

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Lausitz Łužyca Łužica

Cornelius Pollmer
ENDSPIEL IN DER LAUSITZ?

Stefan Wolle
„SCHWARZE PUMPE“
UND DIE SOZIALISTISCHE
WOHNSTADT HOYERSWERDA

Winfried Müller · Swen Steinberg
EINE KURZE GESCHICHTE
DER LAUSITZ(EN)

Astrid Lorenz · Hendrik Träger
DIE LANDTAGSWAHLEN 2019:
AUSDRUCK EINES NEUEN
ZENTRUM-PERIPHERIE-
KONFLIKTS?

*Konrad Gürtler · Victoria Luh ·
Johannes Staemmler*
STRUKTURWANDEL
ALS GELEGENHEIT

Fabian Jacobs · Měto Nowak
WIE DER STRUKTURWANDEL
VON DER SORBISCH-
DEUTSCHEN
MEHRSPRACHIGKEIT
PROFITIEREN KANN

Anna Kurpiel
VERWAISTES ERBE.
DIE LAUSITZ UND
DIE SORBISCHE KULTUR
IN POLEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Lausitz

APuZ 6-7/2020

CORNELIUS POLLMER

ENDSPIEL IN DER LAUSITZ?

Die gewaltigen Herausforderungen für die Lausitz, die unter dem Begriff „Strukturwandel“ verhandelt werden, bedeuten Stress und Chance zugleich. Kann die Region den düsteren Prognosen mit Blick auf ihre Zukunftsfähigkeit etwas entgegensetzen?

Seite 04–07

STEFAN WOLLE

„SCHWARZE PUMPE“ UND DIE SOZIALISTISCHE WOHNSTADT HOYERSWERDA

1955 wurde der Bau des Kokskombinates „Schwarze Pumpe“ beschlossen und das nahe gelegene Hoyerswerda zu einer sozialistischen Wohnstadt für die Arbeiter des Kombinats. Vom Mythos „Schwarze Pumpe“ ist nicht viel übrig geblieben.

Seite 08–14

WINFRIED MÜLLER · SWEN STEINBERG

EINE KURZE GESCHICHTE DER LAUSITZ(EN)

Der Name der Region geht auf die slawischen Lusizer zurück, bis heute wird sie von der sorbischen Minderheit mitgeprägt. Lange Zeit mit Sonderrechten ausgestattet, fungiert(t)en die Lausitzen historisch wie aktuell als Brückenlandschaft im deutsch-polnisch-tschechischen Länderdreieck.

Seite 15–22

ASTRID LORENZ · HENDRIK TRÄGER

DIE LANDTAGSWAHLEN 2019: AUSDRUCK EINES NEUEN ZENTRUM- PERIPHERIE-KONFLIKTS?

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen schnitt die AfD in der ländlichen Grenzregion, die unter anderem durch die Braunkohleförderung geprägt ist, deutlich erfolgreicher ab als landesweit. Ist das Wahlergebnis Ausdruck einer neuen Konfliktlinie?

Seite 23–31

**KONRAD GÜRTLER · VICTORIA LUH ·
JOHANNES STAEMMLER**

STRUKTURWANDEL ALS GELEGENHEIT

Nach dem Strukturbruch der 1990er Jahren steht der Region mit dem Ausstieg aus der Braunkohle ein neuerlicher Wandel ins Haus. Dieser ist ein Anlass, damit Lausitzer*innen sich darüber verständigen können, in welcher Zukunft sie leben wollen.

Seite 32–39

FABIAN JACOBS · MĚTO NOWAK

WIE DER STRUKTURWANDEL VON DER SORBISCH-DEUTSCHEN MEHRSPRACHIGKEIT PROFITIEREN KANN

Historisch gesehen, sind die slawische Prägung sowie die deutsch-slawische Beziehungsgeschichte das einzige verbindende Element der Lausitz. Die daraus resultierende Mehrsprachigkeit kann im Sinne regionaler Identität im Strukturwandelprozess genutzt werden.

Seite 40–47

ANNA KURPIEL

VERWAISTES ERBE. DIE LAUSITZ UND DIE SORBISCHE KULTUR IN POLEN

Nach 1945 wurde ein Teil der Lausitz polnisch. Das Interesse an dem Erbe der Region und das Wissen darum sind in Polen mittlerweile gewachsen, doch als Teil einer regionalen Identität und Element einer grenzübergreifenden Kooperation ist es bisher nicht verankert.

Seite 48–54

EDITORIAL

Die Lausitz (niedersorbisch Łužyca, obersorbisch Łužica) erstreckt sich über zwei Bundesländer (Brandenburg, Sachsen), zwei beziehungsweise drei Staaten (Deutschland, Polen, je nach Definition auch Tschechien) und in Polen über zwei Woiwodschaften (Niederschlesien, Lebus). Es gibt eine Nieder- und eine Oberlausitz. Mit etwa 100 000 Einwohnern ist Cottbus/Chóśebuz die größte Stadt der Niederlausitz und ein Zentrum sorbischer Sprache und Kultur; in der Oberlausitz ist es mit etwa 57 000 Einwohnerinnen Görlitz/Zgorzelec, deren früherer Ostteil heute eine eigenständige Stadt in Polen bildet. Mit der Lausitz verbindet man im Rest der Republik höchstwahrscheinlich noch: viel Natur, wenig Menschen, dafür Wölfe und natürlich Braunkohle, spätestens seit vergangenem Jahr, als die „Kohlekommission“ tagte, sowie ein handfestes Rechtsextremismus-Problem.

Wie es sich anfühlt, in der „neuen deutschen Sorgenregion“ zu leben, hat der Schriftsteller Lukas Rietzschel („Mit der Faust in die Welt schlagen“) für die „Zeit“ aufgeschrieben. Mit Blick auf die vorgesehenen Strukturhilfen berichtet er: „Ich kenne LausitzerInnen, für die das nicht die ersten Versprechen und Umstrukturierungspläne sind. Die haben seit der Wende oft genug von Förderprogrammen gehört und lächeln jetzt müde darüber.“ Auch fragt er sich, ob die geplante Ansiedlung von Bundesbehörden oder Forschungseinrichtungen trägt: „Als würden alle ehemaligen ArbeiterInnen und prekär beschäftigten DienstleisterInnen auf einmal BeamtInnen oder WissenschaftlerInnen.“

Verabschiedet man sich von der Vorstellung, dass der (erneute oder fortdauernde) Strukturwandel eine reine Erfolgsgeschichte ohne Verlierer sein wird, und lernt man aus den Fehlern, die in der Transformationsphase nach 1990 gemacht worden sind, ist die Gelegenheit da, dass mit dem Braunkohleabbau 2038, gegebenenfalls früher, auch der Status als „Sorgenregion“ endet. Dazu wäre es hilfreich, die Lausitzerinnen selbst als Akteure ernst zu nehmen, Raum für neue Ideen zu schaffen und vorhandenes Engagement zu unterstützen. Das industriegesellschaftliche Erbe gilt es dabei ebenso zu pflegen wie die reiche Geschichte und Kultur jenseits der Braunkohle in dieser Grenzregion im Herzen Europas.

Anne Seibring

ESSAY

ENDSPIEL IN DER LAUSITZ?

Cornelius Pollmer

In einer Nacht im November fühlt sich Görlitz auf einmal an, wie Berlin schon lange nicht mehr ist. Zwar ist wie jeden Abend bereits viel Licht und Leben aus den Straßen geflohen, zwar wacht der große Philosoph Jakob Böhme einsam über den Friedenspark, er sitzt auf seinem Sockel, zu Recht, aber wie immer, wenn man an einem Denkmal vorbeiläuft, kann auch hier die Frage keimen, wie klein sich jede Gegenwart macht, die zu ehrfürchtig das Vergangene ehrt. Zwar kriecht auch die Kälte in dieser Nacht im November 2019 so langsam in alle Knochen, aber an der Ecke desselben Parks schwingt auch eine Holztür auf und hinter dieser Holztür raucht und trinkt die Hoffnung.

Wer vorher noch nie im Café Hotspot gewesen ist, der muss sich in dieser Nacht sofort an sowie in Ort und Stelle verlieben. Junge Menschen sitzen in Knäueln hier und dort herum, sie spielen Skat oder sprechen wechselnd in verschiedenen Sprachen und das in einem Bundesland, wo man sonst oft nur verschiedene Sorten Sächsisch zu hören bekommt. Das Café Hotspot versteht sich selbst als „interkultureller Erprobungsraum“, es geht hier ernsthaft, aber äußerlich unangestrengt darum, einander zuzuhören, zu verstehen, zu helfen, ganz gleich ob jemand aus Görlitz kommt oder von sonstwo auf der Welt, ganz gleich ob er Hilfe für den nächsten Umzug braucht oder eine Idee einbringen will für die Stadt und das Zusammenleben. Und wem danach ist, der kann hier auch seinen Magen als interkulturellen Erprobungsraum zur Verfügung stellen und zum Beispiel vom polnischen Haselnusswodka probieren, auch das gehört ja zur europäischen Idee, gerade hier im Dreiländereck.

Der Name dieses wunderbaren Cafés lässt sich wie ein Funksignal ausbringen, er steht letztlich für die ganze Region. Sie ist in Gänze ein Hotspot deutscher Gegenwart und die konnotative Ambivalenz dieses Wortes kommt nicht von ungefähr. Die Lausitz steht einmal mehr vor einer gewaltigen Herausforderung, die in der Sprache von Politik und Nachrichten oft nur kühl „Struk-

turwandel“ genannt wird. Strukturwandel bedeutet aus Perspektive der Lausitz zunächst einmal: Stress. Dass er auch eine Chance bedeuten kann, gerät deswegen oft in Vergessenheit. Dabei gilt es, beidem, dem Stress und der Chance, hinreichend Aufmerksamkeit zu schenken, anders lässt sich die Lausitz nicht begreifen.

Zunächst zum Stress. Ein großer Teil des regionalen Stolzes und der regionalen Identität speiste sich in der Lausitz lange aus dem Bergbau. Wie man sich das vorzustellen hat, war 2018 in der popkulturellen Wiederauferstehung des Liedermachers Gerhard Gundermann noch einmal zu erfahren. Wer den Film von Andreas Dresen sah, der schaute sich auch die Liedzeilen von Gundermann wieder an, und wer Glück hatte, blieb dabei an diesen Zeilen aus „Brigitta“ hängen: „Ich war ’n Bergmann, weiter hab’ ich nüscht gelernt / Ich hab dieses Land in jedem Winter treu gewärmt.“ Dass die Zeiten sich ändern, weiß nicht nur Bob Dylan, in dessen Vorprogramm Gundermann einmal spielte. Wie schnell es gehen kann und dass Braunkohle mittlerweile bei vielen Menschen synonym steht für die Gräueltaten des Menschen an der Natur, das ist fordernd. Ein politisches Ergebnis dieser Veränderung ist der für spätestens 2038 terminierte Kohleausstieg in Deutschland. Der zeitliche Rahmen für den Stress ist damit gesetzt.

Die Lausitz hat seit 1990 wie kaum eine andere Region Deutschlands gelitten. Die Natur litt, vorher noch mehr als seitdem, unter der Braunkohle, die Braunkohle litt unter den politischen Entwicklungen, und auch sonst brachen reihenweise große Industrien fort. Derlei Rückschläge verlängerten ihre Wirkung in die Demografie und nährten eine Erzählung vom Abstieg, die letztlich auch den politischen und gesellschaftlichen Raum übel vergiftete, auch dies ließ sich in Görlitz besonders gut spüren, im Oberbürgermeisterwahlkampf des frühen Sommers 2019.

Die AfD hatte mit dem Kandidaten Sebastian Wippel Chancen, den ersten OB-Posten in Deutschland überhaupt zu besetzen. Ihm gegen-

über standen die Kandidaturen des späteren Siegers Octavian Ursu (CDU) und vor allem die der Grünen Franziska Schubert. Die Wahlkämpfe von Wippel und Schubert offenbarten eine Bruchlinie der Lausitz. Notwendigerweise verkürzt betrachtet, machten hier zwei politische Lager zwei sehr unterschiedliche Angebote. Das erste Angebot lautete, die Verhältnisse möglichst radikal zu schützen, also unbedingt zu bewahren, was und wie es schon immer war (beziehungsweise imaginiert wurde). Das zweite Angebot lautete, den gewaltigen Veränderungsdruck auf die Region anzuerkennen, anzunehmen und schrittweise Ideen der Anpassung zu entwickeln.

Diese Bruchlinie ist auch in der Retrospektive dieser politischen Auseinandersetzung interessant. Das Wählerpotenzial der AfD in der Lausitz ist enorm, das haben weitere Wahlen mehrfach erwiesen. Es sind nicht allein ältere Bürger, die diese Partei stützen. Sie wird von einer Sehnsucht getragen, die auch jüngere Jahrgänge in Teilen erfasst, einer Sehnsucht nach der Beständigkeit alter Ordnungen. Wie sehr man dieser Sehnsucht trauen kann und wie aussichtsreich es ist, sich auf diese zu verlassen, muss und darf jeder für sich selbst definieren. An der Gegenposition, die die Grünen in einem anderen Wahlkampf auch mal mit der schönen Nena-Zeile paraphrasierten, Zukunft werde aus Mut gemacht, lässt sich zumindest gedanklich schneller und leichter der Weg vom Stress zur Chance finden.

Stress, Chance, Zukunft. Das Zusammenspiel dieser Kräfte auch anderswo im Osten beschäftigt mich schon eine Weile, und ich habe für mich eine Maßeinheit erfunden, um dieses Zusammenspiel zu messen. Ich nenne diese Maßeinheit Deutschland-Dioptrien. Mein Deutschland-Dioptrienwert liegt bei ungefähr +50, ich bin also deutschlandweit-sichtig. Praktisch sieht das so aus, dass ich auf Überlandfahrten durch den Osten generell und ganz besonders eben in der Lausitz oft durch Orte komme, in denen ich nicht anders kann, als mich zu fragen, wie sieht es hier einmal aus, in fünfzig Jahren?

Die Orte, in denen ich mich das frage, haben Gemeinsamkeiten. In ihnen hängen Rollläden vor Fenstern wie schwere Lider vor müden Augen. In ihnen kleben Zettel an Türen von Geschäften und berichten von deren Aufgabe: „Liebe Kunden, nach 35 Jahren ...“. In diesen Orten kommt mir oft der Esel aus den Bremer Stadtmusikanten in den Sinn. Jener Esel, der behauptete, etwas Besseres als der Tod sei überall zu finden.

Sooft ich diese Orte dann wieder verlasse, nie verlassen sie mich. Der Grund dafür liegt in den düsteren Prognosen, die über dem Osten liegen wie ein tief dräuender Himmel. Diese Prognosen haben die Frage des Ob schon beantwortet und bislang nur offengelassen, wo genau und wie heftig es bald knallen und gewittern wird. Rund 3,7 Millionen vor allem jüngere Menschen haben den Osten seit 1990 verlassen, ein Viertel seiner Gesamtbevölkerung. Das Durchschnittsalter ist auch deswegen von 37,9 auf 46,3 Jahre gestiegen. Fast drei Viertel derer, die noch im Osten leben, wohnen im ländlichen Raum. Ihr Vermögen, ihr Lohn, folglich ihr Steueraufkommen – alles liegt im Durchschnitt deutlich unter dem Niveau des Westens, und wenn es mal wieder ein „Ranking der Regionen“ in Deutschland gibt, ist klar, wo die roten Laternen leuchten. Sie hängen in der Lausitz, sie hängen in Mansfeld-Südharz, in Vorpommern-Greifswald, im Altmarkkreis Salzwedel.

Die Bürgermeisterin des sächsischen Pulsnitz erzählte vor ein paar Jahren, ihr Ort sei ein Schwerpunkt der Altenpflege und das vierte Pflegeheim gerade fertiggestellt und eingerichtet worden, „bis zur letzten Tasse“. Eröffnen konnte sie es trotzdem nicht, es fehlte an Bewerbern für die Arbeitsplätze in dem Heim. Der Bürgermeister von Rothenburg in der Oberlausitz sagte, seine Leute im Ort würden den eigenen Markt nur noch „die toten Augen von Rothenburg“ nennen, so viele stumpfe Schaufenster gebe es dort, so wenige offene Geschäfte. Der Bürgermeister von Johanneergeorgenstadt im Erzgebirge erwiderte, das Problem habe er so nicht, denn einen richtigen Markt gebe es bei ihm nicht mehr.

In Sebnitz habe ich einen Pfarrer mal gefragt, wie viele Beerdigungen, Taufen und Hochzeiten er im Jahr durchführe. Er sagte, Hochzeiten seien es etwa zwei, Taufen vielleicht zehn, Beerdigungen locker fünfzig. In Zittau erzählte mir eine ältere Frau, es gehe schon lange nicht mehr darum, ob man bei Krankheit einen guten Arzt finde. „Man muss froh sein, wenn man überhaupt einen findet!“ Und wo wir jetzt gerade doch schon wieder in die Lausitz zurückgekehrt sind: Der Wirtschaftswissenschaftler Joachim Ragnitz sagte in einer Diskussion zur Zukunft der Region, eigentlich könne man „über jeden Arbeitsplatz froh sein, der nicht entsteht, weil wir ihn sowieso nicht besetzen könnten“.

In Sachsen-Anhalt trat in einem Landtagswahlkampf eine satirische Initiative auf und

schlug vor, nur Halle und Magdeburg zu erhalten und den weiten Rest des Landes einfach aufzuforsten. Es passierte mehr als einmal, dass auf diesen Vorschlag nicht nur Gelächter folgte, sondern Leute so ein lüsternes „Warum eigentlich nicht?“-Gesicht machten. Nie vergessen werde ich eine Veranstaltung in Pirna, auf der eine Studie vorgestellt wurde. Es ging um urbane Wachstumszentren und auch um die Frage, wie die Zukunft außerhalb dieser aussehen könnte. Meine Heimat Sachsen war auf einer Karte wie so oft ziemlich kräftig eingefärbt, und als ich in der Legende nachlas, was es mit dieser kräftigen Farbe auf sich hatte, blieben mir Luft und Spucke weg: Die meisten Orte im ländlichen Raum, so lautete der offizielle und nicht gänzlich satirische Vorschlag an die Politik, solle man „palliativ begleiten“.

Ich sehe die Statistik und die Prognosedaten, ich höre die Geschichten – und ich frage mich, was das alles gemessen in Deutschland-Dioptrien bedeutet. Ist der demografische Kipppunkt bereits erreicht, und forsten wir zum Beispiel die Lausitz irgendwann einfach auf, und das wäre ja auch nicht weiter schlimm, weil vor allem ein Beitrag zum Klimaschutz? Oder ist dieses Endspiel um einen ganzen Landesteil noch nicht verloren, ist es womöglich grundsätzlich gar nicht zu verlieren, weil auch das Überleben des ländlichen Raums keine Frage des Ob ist, sondern nur eine des Niveaus?

Wenn ich in der Frage eines sicher weiß, dann, dass ich keine Ahnung habe. Ich weiß ja nicht mal, ob es schon ein Wert an sich ist, wenn irgendwo Menschen wohnen. Ob das besser ist, als wenn da niemand wohnte. Ich weiß aber, dass trotz Freizügigkeit und gleichwertiger Lebensverhältnisse und trotz allem anderen, was noch so im Grundgesetz steht, nicht jedes Straßendorf aufrechterhalten werden wird. Die Frage ist also nur, ob gerade etwas stirbt – oder ob es schon gestorben ist und der Tod sich bislang nur versteckt wie bei einem Baum, der von außen noch im Leben steht, während drinnen schon die Fäule tobt.

Es ließen sich etliche Bereiche nennen, in denen Systeme kollabieren werden, von der medizinischen Versorgung über den Feuerwehnnachwuchs bis zum Busfahrplan. Aber dann bliebe am Ende wieder nur ein bequemer Grusel beim Aus-der-Ferne-Betrachten des Endzeit-Thrillers Demografie. Und so düster die Aussichten für einige Regionen speziell im Osten sind, so oft haben sich in der Vergangenheit Aussichten dann

überraschend doch einmal geändert. Die „Österreichische Neue Tageszeitung“ titelte schon 1959: „Sozialstaat ist in der Sackgasse – Wer zahlt morgen die Renten?“ Und sechs Jahre zuvor hatte Adenauer die damalige Bevölkerungsentwicklung mit dem ziemlich voreiligen Satz kommentiert: „Dann sterben wir ja aus.“

Gegen die Prognosedaten stehen auch viele Pioniere und Bürgerinnen, Ehrenamtliche und Bürgermeisterinnen in den abgehängten und abgerankten Regionen. Sie geben den genannten Zahlen trotz aller Schwierigkeiten ein oft erstaunlich fröhliches Gesicht – und eine Zukunftslaupe, die so langsam von der Depression fortgeht in Richtung Sven Regeners Delmenhorst: „Erst wenn alles scheißegal ist, macht das Leben wieder Spaß.“

Es sind Menschen, die mehr Vertrauen in ihre Stadt haben als in kalte Extrapolationen irgendwelcher Daten. Und es kann doch sein. Es kann sein, dass gerade in den Regionen, die nicht unter so einem hohen sozialen und wirtschaftlichen Druck stehen wie gegenwärtig die größeren Städte, sich neue Formen des Zusammenlebens etablieren. Formen, in denen das Wachstum materiellen Wohlstands nicht mehr das dominante (und auf hohem Niveau ein bisschen dumme) Ziel allen Strebens ist. Es kann sein, dass die durchaus noch jungen Leute, die zum Beispiel in der Lausitz gerade zunehmend Verantwortung übernehmen für ihre Heimat, auf lange Sicht genauso belebend wirken wie zuletzt die Leuchtturmpolitik und der Rückzug des Staates aus der Fläche abtötend gewirkt hatten. Es kann sein, dass Regionen sich in den nächsten Jahren gesunderstehen, dass sie einige Orte aufgeben und dafür einen kräftigen zivilen Kern so stärken, dass dort Geschäfte geöffnet bleiben und die Häuser entgegen aller Prognosen nur nachts ihre Rolllädenlider senken. Und solange solche Dinge sein können, ist das Endspiel nicht vorbei. Der Glaube daran kann mithelfen, selbst Zahlenberge zu versetzen.

Damit das geschieht, muss von diesen Menschen mindestens genauso umfangreich erzählt werden, wie oft über die Ängste und auch die Ressentiments von Menschen berichtet wird. Es muss erzählt werden vom Kühlhaus in Görlitz, in dem staatliche Prepper zu DDR-Zeiten Vorräte einlagerten, um in Ernstfällen die Bevölkerung versorgen zu können – und wo heute junge Menschen mit großer Eigenleistung Räume und ein Klima schaffen, in dem andere junge Menschen

Platz finden, sich zu entwickeln. Es muss erzählt werden von dem gar nicht mehr so jungen Oberbürgermeister von Weißwasser, Torsten Pötzsch, der den Wettlauf in seiner Stadt angenommen hat, der Überalterung und Fortzug mit Mitstreitern die Entwicklung eines soziokulturellen Zentrums entgegenstellt, in dem es an guten Tagen schlichtweg wieder brummt vor Leben. Es muss erzählt werden von vielen jungen Frauen, die sich in der Lausitz vernetzen und die teilweise in Stadträte eingezogen sind, um dort sehr verengte Perspektiven wieder zu erweitern. Es muss erzählt werden von Thomas Zenker, der als Oberbürgermeister von Zittau die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas mitgetragen hat, die mindestens in ein paar Köpfen mal wieder wichtige Funken schlug und in Erinnerung rief: Nicht alles wird kleiner, hört auf, ist schlecht. Es gibt immer noch Anfänge.

Es ist hilfreich und erbaulich, sich mit jenen zu unterhalten, die jetzt nicht nur den Stress erleben, sondern die vor allem die Zukunft in größerem Umfang noch erleben werden. Da trifft es sich ganz gut, dass in der Nacht im November im Café Hotspot auch Lukas Rietzschel an der Bar sitzt. Rietzschel, 1994 in Räckelwitz in Ostachsen geboren, hat einen Entwicklungsroman über seine Heimat geschrieben. Sein Buch heißt „Mit der Faust in die Welt schlagen“, und es verhandelt bedrückend Konflikte und Ratlosigkeit, wie sie in den Biografien hier weder zufällig noch selten auftreten.

Die Lausitz ist das Revier von Rietzschel, er hat sich, nach ein paar Jahren in Kassel, neu verschossen in seine Heimat. Kassel muss man wollen, das schon, aber das gilt für die Lausitz nicht minder, und Lukas Rietzschel hat Bock, das kann man so sagen. Bevor er da gleich selbst ins Detail geht, kommt noch eine Art Haftungsausschluss. Die Zeit könne man natürlich nicht zurückdrehen, die Abwanderung nicht, deswegen auch nicht die Überalterung. Selbst die frühere Innovationskraft der Lausitz lässt sich auch mit 18 Milliarden Euro staatlicher Umbauhilfe nicht einfach wieder aufdrehen wie ein Heizkörper an einem hässlichen Wintertag. Aber das heiße eben nicht, dass man gar nichts tun könne. Rietzschel wünscht sich, dass nicht wieder nur Straßen gebaut und Sanierungen gefördert werden. Er wünscht sich, dass am besten jetzt seine Heimat zu einer Art Modellregion, zu einem Labor wird, in dem nicht alle aufs Bruttoinlandspro-

dukt schielen und sich von ihm sagen zu lassen, wie glücklich sie gerade sein dürfen und sollten. Wirtschaft komplett neu organisieren, Ökologie in den Mittelpunkt nehmen, ja, warum denn eigentlich nicht? „Dass das nicht passiert, ärgert mich wie Sau“, sagt Rietzschel.

Er wünscht sich auch, dass die Leute sich wieder mehr Zeit nehmen, zum Beispiel für das Fragen nach Identität. Herausfinden, wer und was da mal war, wo ich herkomme. Die Wurzeln spüren, darüber Halt finden, eine Verantwortung entwickeln und empfinden für die eigene Heimat. Das wären seine Wünsche, aber statt Interesse an der Zukunft und Wissen um Vergangenheit wuchert überall ja nur noch Echtzeit. Im Internet ist alles Leben eine Story, mit 24 Stunden Maximalhaltbarkeitsdatum – und dann, sagt Rietzschel, „haben wir auch noch eine große Koalition, die keine richtige Idee von Zukunft vermittelt, alle sind irgendwie im Jetzt gefangen und der einzige Weg da raus führt angeblich zurück, wenn überhaupt“.

In der Lausitz läuft gerade der langsamste Countdown der Welt weiter, noch knapp 19 Jahre bis zum Kohleausstieg. Wie mutig und schön wäre es, wenn sie in der Lausitz mit dem Geld, das sie jetzt zur Abfederung dieses Ausstiegs bekommen, mal wirklich etwas komplett Anderes und Neues anstellen würden, außerhalb aller bisherigen Pfade. Das ganze Land könnte davon profitieren. Es geht also in der Lausitz, ganz grundsätzlich gesprochen, um eine wichtige Wurst. Und wie man sich im Konkreten gut verhält, wenn es um die Wurst geht, auch dafür hatte Lukas Rietzschel bei einem anderen Treffen schon mal einen Vorschlag unterbreitet, zur Mittagszeit, bei einem kurzen Stopp zum Lunch in einer Fleischerei. Rietzschel hatte zügig zwei Käsewiener mit Kartoffelsalat bestellt, eine solide Wahl, aus Erfahrung. Erst danach aber hatte er sich etwas Zeit genommen, in die Auslage geschaut und gesehen, dass auch komplett andere Varianten ein gutes Essen ergeben hätten. Ein Aha-Moment für mehr Flexibilität im Leben. Oder anders formuliert, aus der Sicht und mit den spontanen Worten von Lukas Rietzschel: „Boah, Brühpolnische, auch geil!“

CORNELIUS POLLMER

ist studierter Volkswirt und Journalist. Zurzeit arbeitet er als Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Leipzig.

cornelius.pollmer@sueddeutsche.de

ENERGIE FÜR DIE ZUKUNFT

Das Kombinat „Schwarze Pumpe“ und die sozialistische Wohnstadt Hoyerswerda

Stefan Wolle

Inmitten endloser Kiefernwälder an der Fernstraße zwischen Spremberg und Hoyerswerda befand sich seit langer Zeit schon der Gasthof „Zur Schwarzen Pumpe“. Der seltsame Name, so will es eine Legende, stammte aus dem Dreißigjährigen Krieg. Um die schwedische Soldateska von Plünderungen abzuhalten, hatten die Bewohner des Gehöfts die Pumpe mit schwarzer Farbe bestrichen. Dies war das übliche Zeichen dafür, dass in der Gegend die Pest hauste. So war es damals gelungen, die fremden Söldner fernzuhalten. Das Straßendorf in der Trattendorfer Heide blieb für lange Zeiten einer jener Orte, von denen der Volksmund meint, dass sich hier Fuchs und Hase „Gute Nacht“ sagen. Dies sollte sich Mitte der 1950er Jahre auf dramatische Weise ändern.

An einem Frühlingstag im Jahre 1955 betrat ein Fremder den Schankraum des Gasthofes, berichtet eine Reportage drei Jahre später.⁹¹ Der Ankömmling, der mit dem Bus vom Bahnhof Spremberg gekommen war, setzte sich an einen freien Tisch und bestellte ein Bier. In die abgelegene Gegend verirrt sich nur selten ein auswärtiger Gast, zumal einer mit Anzug und lederner Aktentasche, wie sie damals höhere Angestellte oder Funktionäre der Partei mit sich führten. In der Kneipe wurde es nun mucksmäuschenstill. In letzter Zeit war einiges durchgesickert. In den Wäldern der Umgebung hatte man Autos mit Berliner Kennzeichen und Vermessungstrupps gesehen. Also sprachen die Leute den Fremden an, um herauszufinden, was in der Gegend vor sich ging. Laut der Reportage von 1958 entwickelte sich die Unterhaltung zu einer Art erster Informationsveranstaltung über die großen Pläne, die Partei und Regierung der DDR mit der Region hatten. Offenbar waren die Bewohner der Region weder informiert noch gefragt worden. Über solche Nebensächlichkeiten gingen die Entscheidungsinstanzen der jungen Republik hinweg

wie die Bulldozer über die Heidelandschaft der Lausitz. Für die Partei zählte nur, die Energiebasis für die großen Aufbaupläne zu schaffen. Alles andere hatte dahinter zurückzustehen.

Noch am gleichen Tag wurde dem Wirt mitgeteilt, dass in seine Gaststätte der Aufbaustab des geplanten Energiekombinats einziehen würde. Die beiden Gästezimmer wurden sofort bezogen. Im Tanzsaal, der Schankstube und dem Vereinszimmer eröffnete das Büro sein vorläufiges Hauptquartier. Die Mitarbeiter meldeten sich am Telefon mit: „Hier Aufbaustab Schwarze Pumpe ...“. So wurde der Gasthof in der Trattendorfer Heide Namensgeber des größten Energiekombinats der DDR.

ENERGIEBASIS FÜR DIE VOLKSWIRTSCHAFT

Seit dem ersten Fünfjahrplan von 1951 bis 1955 war der Aufbau der Schwerindustrie das vorrangige Ziel der Wirtschaftsentwicklung. Zugunsten der Stahlproduktion und des Maschinenbaus wurden andere Bereiche der Wirtschaft stark vernachlässigt. Das betraf auch solche in Mitteldeutschland traditionell starke Industriezweige wie Textilindustrie, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik. Das Dogma vom Primat der Schwerindustrie folgte dem sowjetischen Vorbild und war deswegen nicht zu hinterfragen. Selbst der massive Unwille der Bevölkerung über die schlechte Versorgung, wie er bei dem Volksaufstand am 16./17. Juni 1953 zum Ausdruck kam, änderte diese wirtschaftspolitische Orientierung nur zeitweilig.

Dabei war die Ausgangslage für die Schwerindustrie alles andere als günstig. Während die Bundesrepublik 1949 über 121 meist moderne Hochöfen verfügte, waren es in der DDR nur vier veraltete Anlagen. Stahl- und Walzwer-



Gasthof „Schwarze Pumpe“ 1957

© Brück & Sohn Kunstverlag Meißen [CC BY-SA <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>]

ke fehlten völlig. Diesen Rückstand galt es aufzuholen. Durch den Verlust von Oberschlesien und der Unterbrechung der Verbindungen zum Ruhrgebiet lagen die herkömmlichen Standorte der deutschen Kohle- und Erzförderung sowie der Stahlproduktion außerhalb der DDR. Auch Importe aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei vermochten den Bedarf langfristig nicht zu decken. Die DDR hatte allerdings eines im Überfluss: Braunkohle. Und sie hatte hervorragende Wissenschaftler und Techniker, die sich daran machten, Verhüttungsverfahren auf Braunkohlenbasis zu entwickeln. Auf der Grundlage älterer Versuchsreihen entwickelte das Institut für technische Brennstoffverwertung der Bergakademie Freiberg zwischen 1945 und 1951 ein Verfahren zur Verkokung von Rohbraunkohle zu Braunkohlen-Hochtemperaturkoks (BHT). Nach ersten Erfolgen in Lauchhammer beantragte der Minister für Schwerindustrie, Fritz Selbmann, im September 1953 den Produktionsbeginn. Doch bald schon wurde klar, dass die Kapazitäten in Lauchhammer nicht ausreichen würden.

01 Vgl. Heinrich Goeres, Entdeckungsreise Schwarze Pumpe, Berlin (DDR) 1958.

Auf dem IV. Parteitag der SED, der vom 30. März bis 6. April 1954 in Berlin tagte, wurden die Weichen für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft gestellt. Im Bericht des Zentralkomitees der SED heißt es dazu: „Die wichtigste Aufgabe in der Industrie ist die Entwicklung der Brennstoffindustrie, vor allem des Braunkohlebergbaus, der Energieerzeugung und einiger Zweige der chemischen Industrie. Diese Zweige müssen in den nächsten Jahren solch ein Entwicklungstempo erhalten, ihnen müssen solche Investitionen gewährt werden, dass das Zurückbleiben der Brennstoff- und Energiebasis der Deutschen Demokratischen Republik hinter den Erfordernissen der Wirtschaft und der Bevölkerung beseitigt wird und dass sie einen Entwicklungsvorsprung gegenüber den anderen Zweigen der Volkswirtschaft unserer Republik erhalten.“⁰²

In erstaunlich kurzer Frist wurde ein Projekt für ein riesiges Energiekombinat fertiggestellt und die Standortentscheidung für das Areal im Niederlausitzer Braunkohlerevier gefällt. Rohkohlegewinnung und Brikettproduktion sollten

02 Bericht des Zentralkomitees auf dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 31. März 1954, Berlin (DDR) 1954, S. 12.

hier zusammen mit der Veredelung in Elektroenergie, Gas und Koks in einem vernetzten Betrieb stattfinden. Ein Riesenwerk sollte förmlich aus dem Boden gestampft werden, ebenso alle dazugehörigen Einrichtungen, von den Verkehrsanbindungen über die Wasserversorgung bis hin zu den Unterkünften für die Werktätigen mit Schulen, Kindergärten, Polikliniken und Kultureinrichtungen.

„GEWALTIGE PERSPEKTIVEN“

Am 23. Juni 1955 setzte der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates seine formelle Unterschrift unter das Projekt. Am 29. Juli berichtete das „Neue Deutschland“ auf der ersten Seite über den Bau des Kokskombinates „Schwarze Pumpe“. „Gewaltige Perspektiven unserer Braunkohlenindustrie im zweiten Fünfjahrplan“, jubelte das Zentralorgan der SED. Auch von der sozialistischen Stadt bei Hoyerswerda war bereits die Rede. Der Artikel zitierte aus der Rede von Selbmann vor den Abgeordneten des Bezirkstages Cottbus: „Die DDR ist der größte Braunkohlenproduzent der Welt. In diesem Jahr wird die Fördermenge erstmals 200 Millionen Tonnen übersteigen. Im Jahre 1936 betrug die Förderung dagegen nur 97,5 Millionen Tonnen. Diese gewaltige Entwicklung unserer Braunkohlenindustrie im ersten Fünfjahrplan wird auch in den folgenden Fünfjahrplänen fortgesetzt werden.“⁰³

Bis 1960 sollte sich die Braunkohleförderung gegenüber 1955 um 127 Prozent steigern. Eine Reihe neuer Tagebaue sollten angelegt und neue Brikettfabriken errichtet werden. Im Senftenberger Revier, so der Minister für Schwerindustrie, lagerten nämlich noch ungeheure Braunkohlevorräte. Vorläufige Schätzungen würden bis zu 30 Milliarden Tonnen gehen. Vier neue Tagebaue sollten aufgeschlossen werden. Von jährlich 61 Millionen Tonnen im ersten Fünfjahrplan würden die Senftenberger Kumpel ihre Förderung auf 107 Millionen Tonnen im zweiten Fünfjahrplan erhöhen. Die Lausitz entwickle sich damit zum größten Braunkohlenrevier der Welt, hieß es in dem Artikel stolz.

Man ging davon aus, dass die Senftenberger Kohle eine für die Verkokung günstige chemische Zusammensetzung hätte. Das ermögliche,

die Produktion immer mehr von Rohbraunkohle und Briketts auf veredelte Brennstoffe, wie Koks und Gas, umzustellen. Damit würden auch die in der Braunkohle enthaltenen Kohlewertstoffe in Form von Teer und Leichtöl restlos gewonnen werden können. Deshalb war es vorgesehen, den Brikettfabriken Kokereien anzuschließen, in denen die Briketts entgast und in Koks umgewandelt werden. Im Raum zwischen Hoyerswerda und Spremberg, so sah es der Perspektivplan vor, sollte das größte Kokskombinat der Republik, „Schwarze Pumpe“, entstehen. Der Bau dieses Industriegiganten, für den die Regierung 1,1 Milliarden Mark ausgeben würde, war für Mitte 1956 geplant und sollte nach drei Baustufen 1964 abgeschlossen sein. „Gewaltige Perspektiven eröffnen sich vor unserer Braunkohlenindustrie, Perspektiven, die von der ununterbrochenen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft unseres Arbeiter- und Bauern-Staates künden“, beschloss das „Neue Deutschland“ seinen Bericht.⁰⁴

DIE SOZIALISTISCHE WOHNSTADT

Das Tempo war in der Tat rasant. Bereits am 31. August 1955 vollzog Minister Selbmann den ersten Spatenstich. Von der Standortentscheidung bis zum Baubeginn waren nicht einmal anderthalb Jahre vergangen. Die bis dahin abgelegene Region wurde gründlich durcheinandergewirbelt. Aus der ganzen DDR strömten Arbeitskräfte in die beschaulichen Kleinstädte der Niederlausitz, insbesondere nach Hoyerswerda.

Das kleine Ackerbürgerstädtchen mit Schloss und Renaissancerathaus entwickelte sich zu einer sozialistischen Wohnstadt für die Arbeiter des Kombinats „Schwarze Pumpe“. 1955 beschloss die Regierung der DDR den Bau einer neuen Stadt mit 38 000 Einwohnern. „[D]ie Hoyerswerdaer Neustadt wird aus Arbeiterwohnungen mit allem Komfort – Zentralheizung, Müllschlucker usw. bestehen“, hieß es in einem Zeitungsartikel vom 30. August 1955.⁰⁵ Geplant waren eine Großwäscherei, Kindergärten, Kinderkrippen und andere Einrichtungen. „Im Mittelpunkt der Stadt soll ein Hochhaus entstehen. Die künftige Stadtsilhouette wird schon dadurch voll Rhyth-

⁰³ In Senftenberg wird größtes Kokskombinat entstehen, in: Neues Deutschland, 29.7.1955, S. 1.

⁰⁴ Ebd.

⁰⁵ Rudolf Reinhardt, Am Wirtshaus „Schwarze Pumpe“ steht ein weißer Pfahl, in: Neues Deutschland, 30.8.1955, S. 3.

mus und Bewegung sein. Es ist weiter eine besonders interessante Aufgabe für die Architekten, dafür zu sorgen, dass das künftige Hoyerswerda, obwohl es aus der alten und der neuen Stadt bestehen wird, ein geschlossenes Ganzes bildet.“⁰⁶

Von dem Hochhaus und der dynamischen Skyline war später nicht mehr die Rede. Der Wohnungsbau hatte absolute Priorität. Entlang einer Hauptverkehrsstraße zum Bahnhof sollten sieben Wohnkomplexe mit einem jeweils gleichen funktionalen Aufbau entstehen, noch im selben Jahr erfolgte die erste Grundsteinlegung. Zunächst wurden Ziegelbauten errichtet. Das Tempo reichte aber längst nicht aus. Ein erheblicher Teil der Erbauer des Werks war immer noch in Barracken untergebracht und konnte seine Familien nicht nachkommen lassen. Gute Wohnungen waren eine Voraussetzung, um Arbeitskräfte aus anderen Teilen der DDR in die wenig attraktive Gegend zu locken. Also musste das Baugeschehen vorangetrieben werden. Dadurch entwickelte sich Hoyerswerda zum Experimentierfeld für die damals modernsten Methoden der Großblockbauweise, die später in allen Bezirken der DDR übernommen wurden und bis heute das Gesicht der Städte prägen.

Am 15. Juni 1957 erfolgte im Wohnkomplex I in der damaligen John-Schehr-Straße, der heutigen Otto-Damerau-Straße, die Grundsteinlegung des Blocks 2 bis 10 durch den Minister für Aufbau der DDR, Heinz Winkler. Erstmals wurde die Großblockbauweise in Anwendung gebracht, das heißt, vorgemauerte Blöcke wurden mit dem Kran versetzt. Doch in Hoyerswerda entstand praktisch eine ganz neue Stadt von Großplattenhäusern. Im gleichen Jahr begann in der Nähe die industrielle Produktion von Großplatten. Das Werk hatte eine Jahreskapazität von 700 Wohnungen. Die Platten verließen das Werk bereits verputzt. Fenster und Türen waren schon eingesetzt. Auch Treppen, Decken, Keller und Balkone waren vorgefertigt. Die neue Bauweise kam auch in anderen Städten zum Einsatz, auch in Ost-Berlin. Später sprach man landläufig von „Altneubauten“, denn die Wohnungen waren recht klein und einfach in der Ausstattung. Die neuen Wohnkomplexe von Hoyerswerda bestanden ausschließlich aus solchen Neubauten. Seit den 1960er Jahren entstanden noch höhere Plattenbauten mit sogenannten Vollkomfortwohnungen. Insgesamt lebten rund 90 Prozent der Einwohner der Stadt in der Platte, wie man damals sagte.

Die Industrialisierung des Bauens war bei allem Stolz auf die hohen Produktionsziffern auch das Problem. Die Wohngebiete waren mitsamt der Kindereinrichtungen, Schulen und Kaufhallen von extremer Eintönigkeit. Selbst die praktischen kurzen Wege zwischen Wohnung, Einkaufsmöglichkeit, Ambulatorium und so weiter konnten nicht darüber hinwegtrösten, dass die Stadt vor allem Trostlosigkeit ausstrahlte, genauer gesagt, dass es gar keine richtige Stadt war, sondern eine Aufreihung von durchgeplanten Wohnkomplexen, von denen es schließlich zehn gab.

1955 lebten 7555 Menschen in Hoyerswerda, 1981 erreichte die Bevölkerungsentwicklung mit 71 124 Einwohnern ihren Höhepunkt. Bis in die 1980er Jahre wurden vier Neubaugebiete mit insgesamt 2998 Wohnungen in die Kiefernwälder der Umgebung gesetzt. Parallel entstanden Kindergärten, Schulen, Kaufhallen, Badestellen, Schwimmbäder und gastronomische Einrichtungen. Am 1. Mai 1984 öffnete ein Haus der Berg- und Energiearbeiter im Stil des Berliner Palastes der Republik seine Pforten. Neben Eisenhüttenstadt, dem früheren StalinStadt, entstand so ein zweites Denkmal sozialistischen Städtebaus mit all seinen funktionalen Vorteilen und in all seiner beklemmenden Monotonie.

DAS KOMBINAT

In drei Bauabschnitten sollten bis 1963 zwei Großraumhochbunker mit einem Fassungsvermögen von jeweils 24 000 Tonnen Braunkohle, eine Aufbereitungsanlage für Braunkohlenhochtemperaturkoks (BHT-Koks), drei Großkraftwerke und drei Brikettfabriken entstehen. Am 30. April 1959 konnten die wichtigsten Objekte der ersten Baustufe, die Brikettfabrik und das Kraftwerk West, in Betrieb genommen werden. Damit war ein gutes Drittel der offenbar zeitlich viel zu knapp geplanten Vorhaben erfüllt. Es folgten die beiden weiteren Ausbaustufen, die 1973 mit ungefähr zehn Jahren Verzögerung abgeschlossen wurden. „Schwarze Pumpe“ lieferte nun einen beträchtlichen Teil der für die Wirtschaft und die Haushalte notwendigen Energie in Form von Briketts, Gas, Strom und Koks. Nach den Maßstäben einer wirtschaftlichen Rechnungsführung war der Betrieb aber wohl immer unrentabel.

Doch solche Bilanzen waren angesichts der planwirtschaftlich geleiteten volkseigenen Betriebe reine Zahlenspielerien, Gewinn und Verlust in

der Planwirtschaft nur theoretische Größen. Zudem wurden seit den 1970er Jahren immer neue Betriebe aus der ganzen DDR dem Stammbetrieb „Schwarze Pumpe“ zugeordnet. Auf der Grundlage eines Ministerratsbeschlusses vom 20. Oktober 1969 wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1970 das „Gaskombinat Schwarze Pumpe“ (GSP) gegründet. Die Kombinatbildung sollte damals die Entscheidungsprozesse konzentrieren. Dies war die Antwort auf die Politik des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) der 1960er Jahre, die sich die Verlagerung von Verantwortung auf die untere Ebene zum Ziel gesetzt hatte. In einer nach der Wende von ehemaligen Ökonomen und Ingenieuren der „Schwarzen Pumpe“ verfassten Darstellung der Betriebsgeschichte heißt es dazu lapidar: „[D]ie besonders in den achtziger Jahren zunehmende Hinwendung zur zentralistischen Leitung und Planung fügte aber den Kombinat und seinen Betrieben erheblichen ökonomischen Schaden zu und engte die potentiellen Möglichkeiten und den Spielraum für die Gestaltung der erweiterten Reproduktion ein.“⁰⁷

Den Kern des neu gebildeten „Gaskombinat Schwarze Pumpe“ (GSP) bildete das Kohleveredelungskombinat, also der alte, 1955 gegründete Betrieb. Er hatte sich ökonomisch und organisatorisch stabilisiert und übernahm nun die Rolle des Stammbetriebes des GSP. Hier lag die Verantwortung für die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs an Stadtgas, Erdgas und Produkten der Kohleveredelung wie Teere und Öle. Zum Stammbetrieb gehörten nun auch alle Ferngasleitungen und Untergrundspeicher, die über das gesamte Gebiet der DDR verteilt waren. Die Projektierung und der Bau von Ferngasleitungen sowie das Institut für technische Brennstoffverwertung der Bergakademie Freiberg waren ebenfalls dem GSP angeschlossen. Das Ausbleiben von Lieferungen zwang auch das Kombinat „Schwarze Pumpe“, mit hohen Kosten Ersatzteile selbst zu produzieren. „Da es aber zur Gewährleistung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unerlässlich war, die Betriebe ständig zu modernisieren und zu rationalisieren, wurde auch das Kombinat Schwarze Pumpe gezwungen, einen eigenen Rationalisierungsmittelbaubetrieb, im Prinzip einen Maschinenbaubetrieb aufzubauen, um fehlende Zulieferungen auszugleichen.“⁰⁸

Ein zusätzliches Problem entstand durch eine zentrale Festlegung der Parteiführung, die alle Produktionsbetriebe der DDR verpflichtete, Konsumgüter zu produzieren. Dafür sollten zwei Prozent der Kapazität freigestellt werden. Mit dieser an sich gut gemeinten Maßnahme sollte die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs verbessert werden. Die Versorgungslücken waren vor allem durch die überstürzte und ökonomisch unsinnige Verstaatlichung von Privatbetrieben 1972 entstanden. Nun sollten durch administrative Maßnahmen diese selbstverschuldeten Defizite ausgeglichen werden. Für ein Gaskombinat mit einer Jahresproduktion von acht Milliarden Mark war es schwierig, zwei Prozent der Produktionskapazität auf Konsumgüter umzustellen. Dennoch schaffte man es, in den betriebseigenen Werkstätten Pkw-Anhänger und Wohnwagen in hoher Qualität herzustellen. Der Wohnanhänger „Lausitz 310“ wurde im Einzelhandel angeboten und fand reißenden Absatz. Allerdings war die Produktivität gering, die Kosten zu hoch und die Produktion von Pkw-Zubehör somit unrentabel.

Mit der Zuordnung von Betrieben der Kohle- und Gasindustrie entstand ein zusätzlicher Bedarf an Investitionen, was sich als sehr problematisch erwies, da einige der Betriebe in der Vergangenheit auf Verschleiß gefahren worden waren. Sie waren nicht mehr in der Lage, die einfache Reproduktion ihrer Anlagen zu gewährleisten. Beispielsweise erhielt der Braunkohleveredelungsbetrieb Espenhain über viele Jahre keine ausreichenden Mittel für die Erneuerung seiner Produktionsanlagen. Der Betrieb sollte sogar stillgelegt werden, musste dann aber trotz dramatischer Umweltbelastungen weiterarbeiten. Die DDR stand in den 1980er Jahren mit dem Rücken zur Wand. Sie kämpfte verzweifelt gegen eine gewaltige Schuldenlast an. Gleichzeitig durfte der Lebensstandard der Bevölkerung aus Sorge um die politische Stabilität nicht angetastet werden. Deswegen wurden die Modernisierung der Infrastruktur, die Grundlagenforschung, die Denkmalpflege und der Umweltschutz sträflich vernachlässigt.

Noch folgenschwerer waren die wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen zur Primärenergie. Seit den beginnenden 1960er Jahren hatte die DDR auf sowjetisches Öl und Gas gesetzt. Diese Grundstoffe sollten in den modernen Chemiewerken der DDR in exportfähige Fertigprodukte verwandelt werden. Angesichts der steigenden Weltmarktpreise, die auch die So-

07 50 Jahre Industriestandort Schwarze Pumpe. Aufbau und Entwicklung des Kombinats Schwarze Pumpe zu einem Kohleveredelungs- und Gaskombinat, o.O. 2005, S. 89.

08 Ebd.

wjetunion seit Beginn der 1980er Jahre forderte, stieß diese Wirtschaftspolitik an ihre Grenzen. Neuerlich wurde wie in den 1950er Jahren auf die einheimische Braunkohle gesetzt, die 1989 fast 70 Prozent Anteil an allen Energieträgern aufwies. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik waren es 1989 nur 8,5 Prozent.

Die daraus resultierenden Umweltschäden waren dramatisch. Nur 52 Prozent der im Zeitraum 1949 bis 1989 durch Tagebaue zerstörten Flächen waren wieder nutzbar gemacht worden. Statt wirtschaftlicher Effizienz oder gar Umweltschutz zählten nur die absoluten Produktionsziffern. Die Braunkohleindustrie erreichte nur 45 Prozent der Arbeitsproduktivität vergleichbarer Werke in der Bundesrepublik. Dieser Raubbau ging nicht zuletzt auf Kosten der 15016 Mitarbeiter, die unter schwersten Bedingungen dafür sorgten, dass die Energieversorgung der Industrie und der Haushalte bis zum bitteren Ende aufrechterhalten blieb.

ZERSTÖRUNG EINES MYTHOS

„Schwarze Pumpe“ war von Anfang an mehr als nur ein Industriebetrieb. Das Werk war Teil der großen mythologischen Erzählung vom Heldenzeitalter der jungen Republik. Der Mythos handelte davon, wie aus dem kargen Sandboden der Niederlausitz Großbetriebe und neue Städte gestampft wurden. Das war der Stoff, aus dem Legenden gewoben wurden. Doch es ging nicht allein um die Goldgräberstimmung der ersten Jahre. In den volkseigenen Kombinat und den angeschlossenen Wohnsiedlungen sollte eine neue Welt mit neuen Menschen geschaffen werden. „Sozialistisch arbeiten, sozialistisch leben, sozialistisch lernen“ lautete die Losung. Auf dem Reißbrett der Technokraten und Ideologen entstand eine Zukunftsvision. Noch in den 1960er Jahren schien auf der Basis von Wissenschaft und Technik alles möglich. Die schöne neue Welt des Kommunismus entstand nach den Vorstellungen der Partei auf den Großbaustellen des Landes, die Arbeit dort wurde in Büchern und Filmen verherrlicht. Das war zum Teil reine Agitation. Doch ohne Zweifel fiel der utopische Anspruch insbesondere bei Intellektuellen auf fruchtbaren Boden.

Die Partei schickte in jenen Jahren ihre Künstler auf den sogenannten Bitterfelder Weg. Namensgebend für diesen kulturpolitischen Kurs war eine Schriftstellerkonferenz im Kulturhaus

der Chemiearbeiter in Bitterfeld im April 1959 gewesen. Die Dichter sollten sich unter die Arbeiterklasse mischen und sich dort geistig befruchten lassen. Die Arbeiter ihrerseits sollten die Höhen der Kultur erstürmen und Schriftsteller dabei erste Hilfestellung leisten. So machte sich 1959 das junge Schriftstellerpaar Brigitte Reimann und Siegfried Pitschmann auf den Weg nach Hoyerswerda. Sie begannen, in „Schwarze Pumpe“ zu arbeiten, und verpflichteten sich, einen Zirkel Schreibender Arbeiter zu gründen. Brigitte Reimann, die, wie ihre Aufzeichnungen zeigen, ansonsten durchaus kritisch reflektierte, schrieb am 12. September 1959 in ihr Tagebuch: „Vorige Wochen waren wir in Hoyerswerda; (...) H. ist überwältigend, das Kombinat von einer Großartigkeit, dass ich den ganzen Tag wie besoffen herumliefe. Beschreibungen will ich mir hier versagen – H. und das Kombinat werden noch oft genug – falls dies literarisch überhaupt zu bewältigen ist – in Erzählungen oder sogar einem Roman auftauchen.“⁰⁹ Einige Monate später liest sich das schon ganz anders. Am 21. Januar 1960 vertraut sie ihrem Tagebuch an: „Diese ganze Stadt Hoyerswerda war mir unsympathisch in ihrer aufdringlichen Neuheit (obgleich ich recht gut weiß, was die schönen und komfortablen sonnigen Wohnungen für unsere junge Stadt und für die Bewohner bedeuten, die zum größten Teil aus engen und beengenden Verhältnissen kommen); sie hat keine Tradition, keine Atmosphäre, sie ist nur modern.“¹⁰ So schwankte Brigitte Reimann zwischen Enthusiasmus und kritischer Distanz.

Bis zum frühen Tod der Schriftstellerin 1972 und dem Erscheinen des nachgelassenen und von der Zensur verstümmelten Romanfragments „Franziska Linkerhand“ 1974 war es noch ein weiter Weg. Bereits der Literaturzirkel war eine Enttäuschung. Es erschienen nur vier Leute. In „Schwarze Pumpe“ wie auch anderswo erhob sich die Arbeiterliteratur kaum über das Niveau von Brigadetagebüchern oder gereimten Leitartikeln. Doch das war es nicht allein. Die junge Frau wurde von den SED-Dogmatikern verdächtigt und verleumdet. Ihr Mann wurde nach der Vorlage seines ersten Romanentwurfs durch die vernichtende Kritik der SED-Funktionäre in einen Selbstmordversuch getrieben. Auch Hoy-

⁰⁹ Brigitte Reimann, *Ich bedaure nichts. Tagebücher 1955–1963*, Berlin 2000, S. 120.

¹⁰ Ebd., S. 131.

erswerda als Stadt verlor mit dem sinkenden politischen Enthusiasmus in den Augen der Dichterin an Schönheit. Die Wohnblocks ähneln nun „einer Bienenwabe ... vollgestopft mit bedrohlich fremden Menschen“. So wurde der Roman „Franziska Linkerhand“ zu einer Geschichte der Desillusionierung. „Es muss sie geben, die kluge Synthese zwischen Heute und Morgen, zwischen tristem Blockbau und heiter lebendiger Straße, zwischen dem Notwendigen und dem Schönen, und ich bin ihr auf der Spur, hochmütig und ach, wie so oft, zaghaft, und eines Tages werde ich sie finden“.¹¹ Dies sollte sich als Illusion erweisen. Es gab diese Synthese nicht – weder in Hoyerswerda noch anderswo.

Als der Mythos „Schwarze Pumpe“ starb, blieb allein die Poesie des Ortes. Der jung verstorbene Baggerfahrer und Liedermacher Gerhard Gundermann fühlte sich dieser von Braunkohlegruben und Kraftwerken gemarterten Landschaft verbunden. In dem Lied „Straße nach Norden“, das er 1998 auf seinem letzten Konzert vorstellte, heißt es:

*„zuerst komm ich in schwarze Pumpe übern berg
und da schimmert in der sonne das nagelneue
kraftwerk
das sieht aus als ob ein ufo hier gelandet wär
es glänzt wie gelogen und passt hier nicht richtig
her*

*nebenan verdienten einst vierzehntausend ihr brot
die sind vom wind verweht und die alte dreck-
schleuder ist tot
vom wind verweht ist auch der russ die ganze di-
cke schicht
heut verheizen sie ihr giftmüll und das gift das
sieht man nicht*

(...)

*ich hab ein schönes auto da muss ich nicht mehr
drunterliegen
und das autoradio von diesem auto kann einhun-
dert sender rankriegen
doch die songs bei denen ich meine unschuld verlor
kommen in dem autoradio nicht mehr vor
und ich seh auf der strasse nach norden“*

¹¹ Brigitte Reimann, *Franziska Linkerhand*, München 2005, S. 582.

Das Ende der „Pumpe“ war für ihn ein Abschied ohne Ankunft. Die Melancholie der Erinnerung schwebt bis heute über dem Ort. Die alten Anlagen sind verschwunden und auf dem Gelände stehen blitzsaubere und umweltfreundliche Anlagen in der Landschaft „als ob ein ufo hier gelandet wär“.

In Hoyerswerda begann nach der Wende der Wegzug der Einwohner. Das Werk arbeitete nun nur noch mit einem Bruchteil der alten Belegschaft. Die Arbeitslosigkeit griff noch mehr als in anderen Städten um sich, viele Bewohner zogen weg. Die Bevölkerung halbierte sich bis 2015 nahezu. Parallel vollzog sich der euphemistisch als Rückbau deklarierte Abriss von Neubauten. Die Wohnviertel aus den 1950er Jahren, auch das Haus in der Otto-Damerau-Straße, haben den Schrumpfungsprozess bisher gut überstanden. Das gesamte Wohngebiet ist erstklassig saniert. Die Bäume und Sträucher sind gewachsen und verbreiten das Flair einer Gartenstadt. Doch gegen den Eindruck der Sterilität helfen weder planwirtschaftliche Großprojekte noch marktwirtschaftliche Investitionshilfen und Steuerergünstigungen. Auch nach einem guten halben Jahrhundert schwebt über dem Wohnkomplex I immer noch der Geist der rationalisierten Planstadt.

Das nahe gelegene Spremberg, das von den Neubauplanungen der DDR weniger berührt war, hat sich den Namenszusatz „Perle der Lausitz“ verliehen, und das nicht ganz zu Unrecht. Der alte Stadtkern blitzt vor Sauberkeit und Wohlstand. Sogar die Gaststätte „Schwarze Pumpe“, in dem 1998 von Spremberg eingemeinden Ortsteil Terpe, hat die Zeiten überdauert. Der alte Name des Gasthofes ist unter dem neuen Anstrich verschwunden und in dem renovierten Haus befindet sich eine AutomatenSpielhalle. Doch es scheint sich nur selten ein Gast in die abgelegene Gegend zu verirren. Nur wenige Schritte weiter beginnt die Heidelandschaft, wo sich heute wieder Fuchs und Hase „Gute Nacht“ sagen. Die abwehrende Wirkung der schwarz gestrichenen Pumpe scheint die Epochen überdauert zu haben.

STEFAN WOLLE

ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Leiter des DDR Museums in Berlin.

stefan.wolle@ddr-museum.de

REGION IM WANDEL

Eine kurze Geschichte der Lausitz(en)

Winfried Müller · Swen Steinberg

Quert man auf der A4 bei der Fahrt von Dresden nach Görlitz die Oberlausitz oder streift auf der A13 die Niederlausitz, verrät die blaue Beschilderung vor den Ausfahrten noch nichts von einer der Besonderheiten der Region.⁰¹ Diese erschließt sich erst, wenn man die Autobahn verlässt und die gelben Orts- sowie die Straßenschilder der Region in näheren Augenschein nimmt. Große Kreisstadt Bautzen/Wulke wokrjesne město Budyšin, Lübbenau (Spreewald)/Lubnów (Błota) – diese Zweisprachigkeit verweist auf die Minderheit der Sorben, die seit Jahrhunderten neben der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung ihre Kultur und Sprache behauptet hat; das Obersorbische zählt allerdings für die Soziolinguistik zu den gefährdeten, das Niedersorbische sogar zu den ernsthaft gefährdeten Sprachen.⁰² Auch der ursprünglich eine feuchte Niederung oder ein Sumpf-land anzeigende Name der Region leitet sich vom Sorbischen ab und bezeichnete das Siedlungsgebiet der slawischen Lusizer, die sich um 700 im Gebiet der heutigen Niederlausitz niederließen, aus dem die germanische Vorbevölkerung spätestens im 6. Jahrhundert abgewandert war. Auf das Siedlungsgebiet der slawischen Milzener und Besunzaner wurde der Name Lausitz erst wesentlich später übertragen: Von Böhmen kommende Kaufleute, die das noch im 13. Jahrhundert nach den Hauptorten Bautzen und Görlitz benannte Gebiet durchquerten, um die (Nieder-)Lausitz zu erreichen, sprachen von einer „oberen Lausitz“. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts fand diese Bezeichnung zunächst in der latinisierten Variante – „Lusatia Superior“ –, dann im 16. Jahrhundert in der deutschsprachigen Form Eingang in die Amtssprache. Erst seither bürgerten sich „Niederlausitz“ und „Oberlausitz“ als regionale Selbstbezeichnungen ein.

VOM LANDESAUSBAU ZUR REFORMATION

Die Situation der Wenden – so die deutsche Fremdbezeichnung für die Sorben – hatte sich seit

dem 10. Jahrhundert entscheidend verändert: Zunächst waren die von ihnen besiedelten Regionen in den Herrschaftsbereich des deutschen Königtums integriert, christianisiert und wechselnden regionalen Herrschaftsträgern zugewiesen worden. Vor allem aber waren dann ab der Mitte des 12. Jahrhunderts im Zuge der deutschen Ostsiedlung bäuerliche Siedler insbesondere aus Flandern, (Nieder-)Sachsen, Thüringen und Franken zugewandert,⁰³ die zusätzliche Ackerflächen erschlossen und neue Dörfer anlegten. Dazu kam im 13. Jahrhundert der mit Klostergründungen – Dobrilugk und Neuzelle in der (Nieder-)Lausitz, Marienthal und Marienstern in der späteren Oberlausitz – verbundene Landesausbau durch kirchliche Einrichtungen, und nicht zuletzt wurde im 13. und 14. Jahrhundert eine Vielzahl von Städten gegründet. Teilweise erfolgte die Ansiedlung durch deutsche Zuwanderer und Sorben gemeinsam, sodass mitunter die deutsche Bevölkerung in der sorbischen Mehrheit aufging, teilweise kam es – etwa im Falle von Deutschbaselitz und Wendischbaselitz – zum Nebeneinander von Deutschen und Sorben. Und auch in den Städten konnte die sorbische Bevölkerung ein eigenständiges Leben führen. Städte wie Hoyerswerda und Muskau galten als „wendische Flecken“, und in Bautzen lag der Anteil der Sorben an der Bevölkerung bei etwa 35 Prozent. Damit unterschied sich die Entwicklung in der (Nieder-)Lausitz und in den Ländern Bautzen und Görlitz grundsätzlich von den weiter westlich um Elbe und Saale gelegenen slawischen Siedlungsgebieten, wo es zu einer relativ raschen sorbischen Assimilation kam. Dass diese in den Regionen unterblieb, die im späten Mittelalter zu Nieder- und Oberlausitz wurden, wird in der Regel auf eine gewisse Dezentralität und geringeren Homogenisierungsdruck zurückgeführt, der sich sowohl von häufigen Herrschaftswechsels ableitete als auch von der Tatsache, dass die Landesherrschaft nur partiell vor Ort war.

Letzteres galt speziell auch für die böhmische Periode. Böhmen war zwar zuvor schon in der Region präsent gewesen, übernahm diese aber nach 1319 unter Zurückdrängung und Ausschaltung der beiden Konkurrenten – der wettinischen Markgrafen von Meißen und der wittelsbachischen Markgrafen von Brandenburg – erst in Teilen, bis 1370 in Gänze. Die beiden durch die böhmische Krone konturierten Markgraftümer Ober- und Niederlausitz, so die sich nun durchsetzende offizielle Nomenklatur, wurden der Krone Böhmen staatsrechtlich inkorporiert und standen damit unter einer gemeinsamen Landesherrschaft, führten aber ihr jeweiliges Eigenleben. Ein Ausdruck dieser Autonomie war die Ausbildung eigener ständischer Korporationen, also des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Herrschaft über Land und Leute ausübenden Lokalgewalten, vor allem des Adels und der Städte, aber auch der grundbesitzenden Klöster. Die niederlausitzischen Stände schlossen sich seit dem frühen 15. Jahrhundert zu gemeinschaftlichen Handlungen gegenüber dem fernen Landesherrn zusammen, und als ihr Versammlungsort setzte sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts endgültig Lübben durch. In ihren Reihen dominierte der Adel, da die ökonomische Bedeutung der Städte Luckau, Calau, Lübben und Guben nur gering war, allein Guben zu einem bedeutenderen Handelsort aufstieg. In der Oberlausitz fanden die sich im Laufe des 14. Jahrhunderts formierenden Stände auf der Bautzener Ortenburg zusammen, um ihre Interessen gegenüber dem Landesherrn zu artikulieren. Für die Oberlausitz ist hier die starke Position der Städte

hervorzuheben, deren energischer Ausdruck das 1346 geschlossene Bündnis der Städte Bautzen, Görlitz, Kamenz, Löbau, Lauban und Zittau war. Wie sehr dieser Sechsstädtebund zur begrifflichen Klammer regionaler Identität wurde, kam in der darauf rekurrierenden Landesbezeichnung „terra hexapolitana“ beziehungsweise „Sechsstädte-land“ zum Ausdruck.⁰⁴

Die urbane Verdichtung in der Oberlausitz, die auch als eine „Brückenlandschaft“ bezeichnet wird, war auf deren Transitfunktion zurückzuführen, verlief doch mit der in den Quellen zumeist „Hohe Straße“ genannten via regia die bedeutendste Ost-West-Verbindung der Vormoderne durch die Region.⁰⁵ Im Wesentlichen die Wegstrecke zwischen Frankfurt am Main und Breslau bezeichnend, berührte diese in der Oberlausitz unter anderem Kamenz, Bautzen und Görlitz. Seit 1319 mit dem Stapelrecht privilegiert – durchziehende Kaufleute waren verpflichtet, ihre Waren vorübergehend niederzulegen und zum Verkauf anzubieten –, war Görlitz neben Leipzig im 15. und 16. Jahrhundert zwischen Erfurt und Breslau die bedeutendste Kommune an der via regia. Ober- und Niederlausitz sowie Schlesien und Mähren waren die Nebenländer in dem auf das Kernland Böhmen zugeschnittenen Herrschaftskomplex der Corona Regni Bohemiae – der böhmischen Krone, die ihren Herrschaftsmittelpunkt in Prag hatte. Die geringe Präsenz der Landesherren in den Nebenlanden, die in den Lausitzen fast nie persönlich erschienen und sich dort durch Landvögte vertreten ließen, blieb für die Austarierung von fürstlichem Herrschafts- und ständischem Mitwirkungsanspruch nicht folgenlos, zumal der schmale Umfang des landesherrlichen Besitzes – in der Niederlausitz beschränkte er sich auf das Amt Lübben – die königlichen Handlungsmöglichkeiten zusätzlich begrenzte. Wie störanfällig diese Konstellation war, zeigte sich beim Übergang der böhmischen Krone an das Haus Habsburg,⁰⁶ die durch einen die starke Position der Stände signalisierenden Wahlsieg erfolgte: Ferdinand I. wurde 1526 allerdings nur von den Ständen Böhmens zum König gewählt;

01 Die Abschnitte zur Vormoderne schrieb Winfried Müller, jene zum 19. bis 21. Jahrhundert Swen Steinberg. Die Autoren danken Klaus Neitmann (Potsdam) für zahlreiche wichtige Hinweise und Anregungen. Vgl. als Überblickswerke Rudolf Lehmann, *Geschichte der Niederlausitz*, Berlin 1963; Joachim Bahlcke (Hrsg.), *Geschichte der Oberlausitz. Herrschaft, Gesellschaft und Kultur vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*, Leipzig 2001; Winfried Müller/Lars-Arne Dannenberg/Edmund Pech/Swen Steinberg, *Kulturlandschaften Sachsens*, Bd. 4, Leipzig 2011; Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann/Uwe Tresp (Hrsg.), *Die Nieder- und Oberlausitz. Konturen einer Integrationslandschaft*, Bd. 1–2, Berlin 2013/14.

02 Zur sorbischen Geschichte und Kultur siehe die Website des Sorbischen Instituts Bautzen/Cottbus unter www.serbisk-institut.de sowie Peter Kunze, *Kurze Geschichte der Sorben. Ein kulturhistorischer Überblick*, Bautzen 2017.

03 Vgl. Enno Bünz (Hrsg.), *Ostsiedlung und Landesausbau in Sachsen. Die Kührer Urkunde von 1154 und ihr historisches Umfeld*, Leipzig 2008.

04 Vgl. Gunter Oettel/Volker Dudeck (Hrsg.), *650 Jahre Oberlausitzer Sechsstädtebund 1346–1996*, Bad Muskau 1997.

05 Vgl. Winfried Müller/Swen Steinberg (Hrsg.), *Menschen unterwegs. Die via regia und ihre Akteure*, Dresden 2011.

06 Vgl. Joachim Bahlcke/Volker Dudeck (Hrsg.), *Welt – Macht – Geist. Das Haus Habsburg und die Oberlausitz 1526–1635*, Görlitz–Zittau 2002.

die Stände der Nebenlande waren von der Wahl ausgeschlossen und erkannten ihn jeweils unabhängig voneinander an.

Das Verhältnis von Krone und Ständen war in der Folgezeit in Finanzangelegenheiten von stets schwierigen Aushandlungsprozessen zwischen fordernder königlicher Zentralgewalt und bewilligenden ständischen Partikulargewalten geprägt. Vor allem war es im Zeitalter der Reformation auch die religiöse Frage, die das Verhältnis zwischen Fürst und Landständen belastete. Für die Habsburger, die selbst in ihren österreichischen Stammländern mit einer protestantischen Ständeopposition zu kämpfen hatten, war das Prinzip des *Cuius regio, eius religio*, wonach der Landesherr den Konfessionsstand seines Territoriums bestimmte, zunächst weder in Böhmen noch in den Nebenländern der böhmischen Krone durchsetzbar. Hier verlagerte sich die Entscheidung für oder gegen die Reformation von der fürstlich-zentralstaatlichen Ebene auf jene der Landstände, also Adel und Städte. Die Reformation, die aufgrund des Prinzips der Verkündigung des Gotteswortes in der Volkssprache in den Lausitzen auch wichtige Impulse für die Entwicklung einer sorbischen Sprach- und Buchkultur gab, setzte sich dabei seit den 1520er Jahren nahezu vollständig durch. Anders als in einem auf konfessionelle Geschlossenheit hinarbeitenden Fürstenstaat gab es aufgrund der ständischen Struktur des Landes aber auch Ausnahmen. In der Oberlausitz blieben die vier geistlichen Landstände – die Zisterzienserinnenklöster Marienstern und Marienthal, das Kloster der Magdalenerinnen in Lauban und das Domstift Bautzen – mitsamt ihren Grunduntertanen bei der alten Kirche, sodass 13 katholische Pfarrstellen erhalten blieben, vier davon im sorbischen Sprachgebiet. In der Niederlausitz hielt sich immerhin das grundbesitzreiche Zisterzienserkloster Neuzelle, das dann bis in die preußische Ära im 19. Jahrhundert ein Vorposten des Katholizismus blieb.

PLURALITÄT IN DER VORMODERNE

Zwar fehlte es nicht an Versuchen der Habsburger, mit harter Hand durchzugreifen, etwa im sogenannten Pönfall 1547, als der oberlausitzische Sechsstädtebund wegen des Vorwurfs der Illoyalität und Befehlsverweigerung abgestraft wurde. Anders als später dann in den österreichischen

Erbländen und in Schlesien und Böhmen blieb in den Lausitzen eine gezielte Rekatholisierungspolitik aber aus. Diese im Territorialstaat der Frühen Neuzeit eigentlich nicht vorgesehene Pluralisierung machte namentlich die gemischtkonfessionelle Oberlausitz zu einem Experimentierfeld: Die Bautzener St. Petri-Kirche wurde seit 1524 von Protestanten und Katholiken gemeinsam genutzt und war damit wohl im gesamten Reichsgebiet die erste Simultankirche. Zugleich kam es zu einem verstärkten Austausch von Personen und Ideen mit den Nachbarregionen: Aus Schlesien und Böhmen kamen Protestanten in die Oberlausitz, um dort in Grenz- und Zufluchtskirchen den Gottesdienst zu besuchen, emigrierte Geistliche pflegten grenzübergreifende Kontakte und stabilisierten den Kryptoprotestantismus in Böhmen. So gesehen ist es wohl nicht nur Zufall, dass sich im Länderdreieck von Lausitzen, Böhmen und Schlesien Beispiele für eine eigene, sich von der Amtskirche teilweise entfernende Spiritualität finden lassen. An den Görlitzer Mystiker Jakob Böhme ist hier ebenso zu denken wie an die seit den 1720er Jahren von Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf als einem Hauptvertreter des Pietismus geförderte, weit über die europäischen Grenzen hinaus agierende Herrnhuter Brüdergemeine.⁰⁷ Und nicht zuletzt finden sich frühe Ansätze, religiöse Toleranz theoretisch zu begründen. Der Kamenzer Ratsherr und Bürgermeister Theophil Lessing zog mit seiner 1669 an der Universität Leipzig verteidigten Dissertation die Lehren aus den konfessionellen Verwerfungen des Dreißigjährigen Krieges und kam zu dem Schluss, dass die Obrigkeiten um des öffentlichen Friedens willen verschiedene Religionen zulassen sollten. Sein ebenfalls in Kamenz geborener Enkel Gotthold Ephraim Lessing wurde dann zu einem der Vordenker der in der Aufklärung geführten Toleranzdebatte.

Der Dreißigjährige Krieg hatte insbesondere seit den 1630er Jahren und dem Eingreifen des schwedischen Königs Gustav Adolf nicht nur Leid und Zerstörung gebracht – wiederholte Brandschatzungen in der Niederlausitz oder der große Stadtbrand in Bautzen 1634 sind hier zu nennen –, sondern auch einen Herrschaftswechsel. Dass sich der sächsische Kurfürst Jo-

⁰⁷ Vgl. Gisela Mettele, *Weltbürgertum oder Gottesreich? Die Herrnhuter Brüdergemeine als globale Gemeinschaft 1760–1857*, Göttingen 2009.

hann Georg I. auf der kaiserlich-habsburgischen Seite profilierte und in der ersten Kriegsphase als kaiserlicher Kommissar in den Lausitzen und den schlesischen Erbfürstentümern agierte, hatte seinen Preis: Als Sachsen die Rechnung für die Kriegskosten präsentierte, sah sich der Kaiser außerstande, diese zu begleichen. Nieder- und Oberlausitz wurden stattdessen 1623 an Kur-sachsen verpfändet und dann mit dem Traditions-rezess von 1636 dauerhaft übergeben.⁰⁸

Beide Lausitzen behielten nach dem Herrschaftswechsel ihren Sonderstatus insofern, als eben nun die sächsischen Kurfürsten bei Regierungsantritt jeweils die Huldigung der Stände einholen und diesen weiterhin erhebliche Mitbestimmungsrechte einräumen mussten. Zugleich hatte das neue Unterstellungsverhältnis zur Folge, dass die Zäsuren der sächsischen Politik auf die Region durchschlugen, wobei Nieder- und Oberlausitz erneut und auf ganz unterschiedliche Weise zu Transitregionen wurden. Hier ist zum einen die sächsisch-polnische Personalunion zu nennen: 1697 zog August der Starke mit großem Gefolge durch die Oberlausitz, um in Görlitz den Ausgang der polnischen Königswahl abzuwarten und dann durch das seinerzeit noch habsburgische Schlesien zur Krönung nach Warschau weiterzuziehen. Dieses Durchzugsrecht war für Sachsen von substanzieller Bedeutung. Die Okkupation Schlesiens durch Preußen in den seit 1740 geführten Schlesischen Kriegen berührte deshalb die sächsischen Interessen massiv. Namentlich der auch als dritter Schlesischer Krieg apostrophierte Siebenjährige Krieg, den Friedrich II. 1756 mit dem Einmarsch in die Niederlausitz und der anschließenden Besetzung ganz Sachsens eröffnete, führte dabei zu schweren Belastungen und Zerstörungen, etwa 1757 in Zittau. Nach dem Siebenjährigen Krieg hatten sich die Gewichte im preußisch-sächsischen Nachbarschaftsverhältnis verschoben: Schlesien war nunmehr endgültig preußische Provinz, Preußen selbst hatte sich im europäischen Mächtesystem etabliert und war im Reich neben dem Haus Habsburg zur zweiten deutschen Großmacht aufgestiegen.⁰⁹ Parallel dazu musste Sachsen seine machtpolitischen Ambitionen begrä-

ben. Nach dem Ende der sächsisch-polnischen Union mussten nach 1763 mit dem als Rétablissement bezeichneten Reformprogramm der Wiederaufbau des Landes und die Schuldentilgung vorangetrieben werden. Sachsen und die Lausitzen befanden sich zugleich politisch in einer wenig beneidenswerten Zwischenlage. Dies galt nicht nur in Bezug auf den preußisch-österreichischen Dualismus, sondern vor allem im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert in der Ära der Koalitionskriege, in denen Sachsen und die Lausitzen aufgrund ihrer geostrategischen Lage zu Hauptschauplätzen wurden. Dass sich das 1806 von Napoleon zum Königreich erhobene Sachsen nicht früh und energisch genug von Frankreich absetzte, sollte nach der Leipziger Völkerschlacht vom Oktober 1813 fatale Folgen haben: Auf dem Wiener Kongress konnte zwar die angestrebte Totalannexion durch Preußen verhindert werden, aber etwa 60 Prozent des sächsischen Territoriums und über 40 Prozent der Bevölkerung gingen an Preußen beziehungsweise die preußischen Provinzen Brandenburg und Schlesien über – darunter die Niederlausitz und ein Teil der Oberlausitz. Und auch die Sechsstädte wurden auseinanderdividiert, fielen doch Görlitz und Lauban an die preußische Oberlausitz, während Bautzen, Kamenz, Löbau und Zittau bei Sachsen blieben.¹⁰

WANDEL IN EINER WIRTSCHAFTSREGION

Diese Entwicklung war allerdings nicht gleichbedeutend mit einer starren Trennung, die Grenzen blieben vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht fluide: Die in der sächsischen und preußischen Oberlausitz dominante Textilwirtschaft entwickelte sich schon im 18. Jahrhundert in einem Dreiecksverhältnis mit Böhmen und Schlesien.¹¹ Eisenbahnverbindungen wie Berlin-Breslau 1846, Dresden-Görlitz 1847 oder Berlin-Görlitz

⁰⁸ Vgl. Frank Müller, *Kursachsen und der Böhmisches Aufstand 1618–1622*, Münster 1997.

⁰⁹ Vgl. Frank Göse et al. (Hrsg.), *Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft*, Dresden 2014.

¹⁰ Vgl. Ulrike Höroldt/Sven Pabstmann (Hrsg.), 1815: Europäische Friedensordnung – Mitteldeutsche Neuordnung. Die Neuordnung auf dem Wiener Kongress und ihre Folgen für den mitteldeutschen Raum, Halle 2017; Thomas Brechenmacher/Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann (Hrsg.), *Die Nieder- und Oberlausitz. Konturen einer Integrationslandschaft*, Bd. 3, Berlin 2014.

¹¹ Vgl. Lars-Arne Dannenberg/Matthias Herrmann/Arnold Klaffenböck (Hrsg.), *Böhmen – Oberlausitz – Tschechien: Aspekte einer Nachbarschaft*, Görlitz-Zittau 2006.

1867 förderten zudem eher ein Zusammenwachsen der Regionen. Und auch die Landwirtschaft oder Hausindustrie waren von „kleinräumiger Mobilität“ und der Durchlässigkeit der Grenzen abhängig.¹² Die Teilung der Lausitzen schlug sich viel deutlicher im rechtlichen Rahmen nieder, hatte Preußen seit 1810 doch ein liberaleres Gewerbegesetz. Dennoch konnten vor allem in Lauban oder Görlitz die Innungen zumindest bis zur Einführung der Gewerbefreiheit 1845 die Verwendung neuer Produktionstechniken erfolgreich verhindern. In Sachsen war dies formal gar bis 1861 der Fall. Allerdings war hier mit der Verfassungsreform von 1831 und der damit verbundenen Anpassung der oberlausitzischen Partikularverfassung der alte Rechtsrahmen angegriffen worden: Über gewerbliche Ansiedelungen entschieden zwar weiterhin Städte und Rittergüter. Die Aufhebung des Innungszwangs 1831 bewirkte aber schon in der Mitte der 1840er Jahre, dass sich bislang städtische Handwerke und Gewerbe in hoher Dichte auch auf dem Land ansiedelten und die für die sächsische Oberlausitz typische Siedlungsform des Industriedorfs entstand – Landgemeinden mit teils mehr als 2000 Einwohnern und oft nur einem mittelständischen Arbeitgeber, zumeist aus der Textilwirtschaft.¹³ Mit dem Deutschen Zollverein 1834, dem Norddeutschen Bund sowie schließlich der Reichseinheit 1871 vereinheitlichten sich die Rahmenbedingungen dann nochmals überregional.

Während im sächsischen Süden ebenso wie in der preußischen Oberlausitz vor allem in und um Görlitz oder Lauban sowie im niederlausitzischen Spremberg, Forst und Cottbus die Textilherstellung dominierte, waren die nördliche Ober- wie auch die Niederlausitz in der Fläche dagegen von Land- und Forstwirtschaft geprägt. Erst die Erschließung der Braunkohlevorkommen im Zuge der Industrialisierung, die damit verbundene Entwicklung von Zuliefer- und Verwertungsindustrien sowie die Erzeugung von

Energie in Kraftwerken änderten dies grundsätzlich. Hinzu kamen die sich nach 1871 etablierende Glasindustrie im Raum Weißwasser und der schon in den 1850er Jahren einsetzende Fahrzeug- und Maschinenbau vor allem in der sächsischen Oberlausitz, beispielsweise in Bautzen oder Zittau, sowie die Metallverarbeitung etwa in Lauchhammer oder in Fürstenberg – 1950 Ausgangspunkt der Stahlproduktion in Stalinstadt, dem heutigen Eisenhüttenstadt.

Diese wirtschaftliche Kartierung war mit Transformationen in Aufschwung, Krisen oder Kriegen verbunden: Beide Lausitzen waren Orte des Aufbruchs ins Energiezeitalter – das Zeitalter von Straßenbahnen, Heimbeleuchtung und Elektrogeräten, die ihrerseits auch in beiden Regionen hergestellt wurden. Beide Lausitzen waren sozioökonomisch und deswegen politisch prekäre Räume in Zeiten fehlenden Absatzes, etwa in der Textilwirtschaft im Ersten Weltkrieg, in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 oder im Kontext der Demontagen nach 1945. In Erwin Strittmatters autobiografischer Trilogie „Der Laden“, die im niederlausitzischen Bohsdorf und in Spremberg spielt, wird diese Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis in die DDR und unter Einbeziehung der Zweisprachigkeit der Region eindrücklich geschildert. Und beide Lausitzen waren auch Orte der Kriegsproduktion und der Fremd- wie Zwangsarbeit: Vor allem ab 1943 wurden zahlreiche Industriebetriebe in die vor Luftangriffen scheinbar sichere Oberlausitz verlegt, wo Häftlinge der Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, Flossenbürg und Groß-Rosen zur Arbeit gezwungen wurden.

Insbesondere die Wirtschaftszweige Textil und Kohle dominierten, charakterisierten und transformierten die Lausitzen dabei von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1990er Jahre: Nach 1949 entstanden hier einerseits jene für die prekäre Konsumgüterversorgung der DDR notwendigen Prestigeprojekte wie die Produktion von Jeansstoffen im VEB Baumwollweberei und Veredelung Neusalza-Spremberg, der mehr als 70 Betriebe mit 15 000 Arbeitern vereinte. Ganz ähnliche Prozesse der wirtschaftlichen Verdichtung lassen sich andererseits auch im 1952 gegründeten „Kohle- und Energiebezirk“ Cottbus beobachten, der mit ober- und niederlausitzischen Orten wie Schwarze Pumpe, Jänschwalde, Boxberg, Nochten oder Welzow-Süd verbunden ist. Eines der Zentren dieser Entwicklung war Hoyerswer-

¹² Vgl. Katrin Lehnert, *Die Un-Ordnung der Grenze. Mobiler Alltag zwischen Sachsen und Böhmen und die Produktion von Migration im 19. Jahrhundert*, Leipzig 2017; Lutz Vogel, *Aufnehmen oder abweisen? Kleinräumige Migration und Einbürgerungspraxis in der sächsischen Oberlausitz 1815–1871*, Leipzig 2014; Katrin Lehnert/ders. (Hrsg.), *Kleinräumige Mobilität und Grenz Wahrnehmung im 19. Jahrhundert*, Dresden 2010.

¹³ Vgl. Swen Steinberg, *Industriedörfer. Konstitution und Forschungsperspektiven einer modernen Siedlungsform*, in: *Volkswunde in Sachsen* 30/2018, S. 69–90.

da, das von rund 7400 Einwohnern 1950 auf über 65 500 im Jahr 1971 anwuchs. Die Schriftstellerin Brigitte Reimann hat diese Entwicklung mit ihren sozialen Verwerfungen in „Franziska Linkerhand“ erzählt – und vermutete das Ende dieser Entwicklung schon in den 1960er Jahren: „Die Kohle geht zuende, vielleicht ist Hoy[erswerda] in zwanzig Jahren eine Geisterstadt wie die verlassenen Goldgräber-Siedlungen.“¹⁴ Tatsächlich brachte dieser mit der Transformation nach 1989 verbundene Niedergang aber nicht nur eine massive Abwanderung mit sich, sondern auch die immense Aufgabe, wie mit den Altlasten und den Verlusten dieser Landschaftsausbeutung umzugehen ist – angefangen bei den etwa 90 weggebaggerten und in der überwiegenden Mehrheit sorbischen Orten in beiden Lausitzen.¹⁵ Dieser Strukturwandel mit all seinen Folgen für die Identität der Region wurde über Jahrzehnte vom lyrischen Werk des Dichters Kito Lorenc begleitet.

VON DER EIGENSTÄNDIGKEIT ZUR INTEGRATION

Deutet die Wirtschaftsgeschichte beider Lausitzen mehr auf eine Verflechtung, lässt sich dies in politischer Hinsicht nach 1815 kaum noch feststellen: Die Sonderstellung der Oberlausitz seit dem 17. Jahrhundert wurde de facto schon mit der Integration der oberlausitzischen Stände in den Sächsischen Landtag 1817 beendet. Damit galten alle sächsischen Gesetze auch in der Oberlausitz – abgesehen von einigen wenigen Sonderrechten, die bis 1920 erhalten blieben. Spätestens hier begannen die Lausitzen in der bereits bestehenden Verwaltung aufzugehen und sukzessive von den politischen Landkarten zu verschwinden: Die 1835 gegründete Kreisdirektion beziehungsweise spätere Kreishauptmannschaft Bautzen wurde im Zuge der wirtschaftlichen Krise 1932 aufgelöst und mit der Kreishauptmannschaft Dresden vereinigt, schon in den 1920er Jahren etablierte sich immer mehr die Bezeichnung „Ostsachsen“. 1943 wurde auch diese Verwaltungsgliederung aufgelöst. In Preußen war

die Tendenz zur staatlichen Zentralisierung ohne partikuläre Sonderrechte noch stärker und von Beginn an ausgeprägt: Die preußische Oberlausitz wurde in den Regierungsbezirk Liegnitz integriert und damit einer bestehenden Verwaltungsgliederung innerhalb der preußischen Provinz Schlesien zugeordnet. Gleiches galt für die nun preußisch-niederlausitzischen Gebiete und deren Eingliederung in Brandenburg. Das Moment der Trennung auf der identifikatorischen Ebene zeigte sich dabei vor allem in der preußischen Oberlausitz. Denn von jenen 53 Orten, die am Ende des 19. Jahrhunderts ihrem Namen im Bahn- oder Postverkehr den Begriff „Oberlausitz“ oder die Abkürzung „O.-L.“ hinzufügten, lag der Großteil in Preußen beziehungsweise nun in Schlesien. Neben der landständischen Verfassung waren aber auch andere traditionelle Institutionen wie der Sechsstädtebund von der Teilung betroffen, die Delegierten der vier sächsischen Städte Bautzen, Kamenz, Löbau und Zittau traten letztmalig 1868 zusammen.

Die von den preußischen Reformen geprägte Gesetzgebung schlug sich ab 1815 in der Niederlausitz und der schlesischen Oberlausitz auch in der Tolerierung von Minderheiten wie den Juden nieder, die sich in sächsischen Gebieten erst nach 1867 frei niederlassen durften und dies vor allem in den größeren Städten taten. Gerade die Abwesenheit und regelrechte Unsichtbarkeit dieser kleinen Minderheit im sächsischen Teil der Oberlausitz trug vor dem Ersten Weltkrieg auch zum Erfolg des politischen Antisemitismus bei: Als bei den Reichstagswahlen 1903 22 der 23 Reichstagswahlkreise des „roten Königsreichs“ Sachsen an die Sozialdemokraten gingen, fiel der oberlausitzische Wahlkreis Bautzen-Kamenz-Bischofswerda an die antisemitische Reformpartei. Die jüdische Minderheit war lokal teils stark assimiliert beziehungsweise integriert, ihre wenigen Angehörigen überlebten den Holocaust weitgehend nicht.

Deutlich anders gestaltete sich von Anfang an der Umgang mit der viel größeren sorbischen Minderheit, die nach dem Wiener Kongress mit fast 200 000 Angehörigen nun vor allem in Preußen lebte, weitere rund 50 000 Sorben wohnten in der sächsischen Oberlausitz. Der „nationalen Wiedergeburt“ und dem neuen Selbstbewusstsein setzte insbesondere der preußische Staat immer mehr Repressionen entgegen, die sorbische Sprache und die Schulpolitik standen hier im Fokus.

¹⁴ Zit. nach Jana Fink, Sehnsucht nach Identität. „Franziska Linkerhand“ als Medium der Auseinandersetzung Brigitte Reimanns mit sich selbst, Hamburg 2014, S. 41.

¹⁵ Vgl. Frank Förster, Verschwundene Dörfer im Lausitzer Braunkohlenrevier, Bautzen 2014.

1918/19 mündete dies in wiederbelebte Autonomiebestrebungen und die Idee, sich der jungen Tschechoslowakei anzuschließen. Die Nationalsozialisten schränkten dann vor allem die kulturellen Aktivitäten der sorbischen Minderheit in den Lausitzen immer mehr und mit dem Ziel ein, ihre ideelle wie religiöse Basis zu zerstören. Dies änderte sich erneut nach 1945, als wieder eine Loslösung der sorbischen Gebiete der Lausitzen von Deutschland zur Debatte stand – und die Sorben in Widerspruch zu den neuen Machthabern brachte. Erst 1948 wurden zuerst in Sachsen und dann auch in Brandenburg die Wahrung ihrer Rechte sowie eine begrenzte kulturelle und wissenschaftliche Autonomie offiziell anerkannt. Dem folgte beispielsweise die Gründung von Sprachschulen sowie 1951 des Sorbischen Instituts in Bautzen und Cottbus oder die Einrichtung eines Instituts für Sorabistik an der Universität Leipzig. In beiden Lausitzen blieb die kulturelle Eigenständigkeit der Sorben aber vonseiten der SED umstritten, bereits 1958 wurde sie aufgegeben. Erneut begann der Kampf um den Erhalt der eigenen Kultur und Identität, der auch in der Gegenwart für die heute noch etwa 20 000 Sorben in Brandenburg sowie etwa 40 000 in Sachsen nicht abgeschlossen ist.¹⁶

Der Zweite Weltkrieg brachte in Nieder- wie Oberlausitz teils massive Kampfhandlungen und Zerstörungen etwa in Lauban, Bautzen oder Forst mit sich und war von der Unterbringung und Versorgung zahlreicher Flüchtlinge vor allem aus Schlesien und Nordböhmen geprägt – im Mai 1945 bestand beispielsweise die Hälfte der Bevölkerung des Stadtkreises Görlitz aus Vertriebenen.¹⁷ Zudem bedeutete das Ende des Krieges erneute territoriale Veränderungen sowie eine weitere vom Zentralismus geprägte Periode. Denn zwischen 1945 und 1989 gab es keinen staatlichen Willen, zu einem Ausbau von Partikularrechten der Regionen zurückzukehren – eher war das Gegenteil der Fall: Die Potsdamer Konferenz bestätigte im August 1945 die Auflösung des Landes Preußen und die Neiße als Grenze zwischen deutschem und polnischem Gebiet. Die östliche preußische und einst sächsische Oberlau-

sitz gehörte nun also zu Polen, im Juli 1950 wurde dies symbolträchtig in der geteilten Stadt Görlitz/Zgorzelec und im „Görlitzer Abkommen“ von polnischen Vertretern und solchen der gerade mit Souveränität ausgestatteten DDR endgültig besiegelt. Die Auflösung der Länder und die Bildung von Bezirken im Juli 1952 erfolgten zudem unter regionalen Identitäten entgegenlaufenden und vor allem wirtschaftlichen Prämissen – die oberlausitzischen Kreise Weißwasser und Hoyerswerda etwa mit ihren Braunkohlevorkommen wurden dem „Kohle- und Energiebezirk“ Cottbus und damit dem niederlausitzischen Gebiet zugeschlagen. Die ohnehin nicht mehr vorhandene Eigenständigkeit in den Lausitzen war mit diesen Entwicklungen faktisch beendet und erlebte auch nach der politischen Wende von 1989 keine Neuauflage. Zwar kehrten die 1952 abgetrennten Kreise nach deutlich ausgefallenen Volksabstimmungen an Sachsen zurück. Weder dort noch in Brandenburg fanden die Lausitzen aber in ihren historischen Grenzen beziehungsweise als Verwaltungsgliederungen Berücksichtigung – in der sächsischen Verfassung von 1992 wird die Oberlausitz beispielsweise gar nicht mehr erwähnt.

TRANSFORMATION UND IDENTITÄT

Der mit dem politischen und sozialen Wandel sowie der wirtschaftlichen Transformation verbundene Wegfall von Arbeitsplätzen nach 1990 brachte teils massive und örtlich zwischen 20 und 30 Prozent liegende Bevölkerungsverluste mit sich, Hoyerswerda schrumpfte beispielsweise von rund 69 000 Einwohnern 1990 auf etwa 38 000 in 2009. Kaum einer vermochte diesem mit vielen Verlusterfahrungen verbundenen Prozess – ebenso aber auch der Zerstörung des Naturraumes der Lausitzen bereits in den 1980er Jahren – eine so hörbare Stimme zu verleihen wie der Liedermacher und „singende Baggerfahrer“ Gerhard Gundermann.¹⁸ Gleichzeitig gelang es aber auch, vor allem urbane Industriestandorte des Fahrzeug- und Maschinenbaus etwa in Bautzen zu erhalten sowie mit „Leuchtturmprojekten“ wie dem Lausitzring oder dem Cargolifter zumindest kurzzeitige regionale Erfolge zu verzeichnen. Die Fertigungshalle des Letzteren be-

¹⁶ Vgl. Edmund Pech/Dietrich Scholze, Zwischen Zwang und Beistand. Deutsche Politik gegenüber den Sorben vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart, Dresden 2003.

¹⁷ Vgl. Markus Lammert, Die Stadt der Vertriebenen. Görlitz 1945–1953, Görlitz 2012.

¹⁸ Vgl. Andreas Leusink (Hrsg.), Gundermann. Von jedem Tag will ich was haben was ich nicht vergesse ..., Berlin 2018.

herbergt heute das Erlebnissbad Tropical Island, das auf die vor allem mit der Renaturierung von Tagebaugebieten – die Auswilderung des Wolfes eingeschlossen – und der Schaffung großer Seenlandschaften verbundene Tourismuswirtschaft verweist, die fraglos ein weiteres Standbein beider Regionen werden kann. Im Spreewald oder im Zittauer Gebirge hat der Tourismus schon seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und bis heute Bedeutung. Gleiches gilt für die von Innenstadtsanierungen nach 1990 profitierenden Städte wie das als „Pensionopolis“ vermarktete Görlitz/Zgorzelec.¹⁹ Hinzu kommen Hochschulstandorte wie Cottbus oder Görlitz-Zittau, eine reichhaltige Museumslandschaft sowie die Transitslage der Lausitzen als „Brückenlandschaft“ zwischen Ost und West, Nord und Süd.

Als allerdings – und dies ist die Kehrseite dieser Medaille – 1991 die mit verfehlter DDR-Integrationspolitik, aber auch mit schneller Vereinigung und schwieriger Transformation eng verbundenen Gewaltausbrüche gegen Migranten stattfanden, lag mit Hoyerswerda eines der Epizentren auch in der sächsischen Oberlausitz – und damit in einer Region mit fehlender Zuwanderungserfahrung, einem massiven Strukturwandel und der Grenznahe zu Polen beziehungsweise Tschechien, allesamt bis heute beständige Themen des politischen Diskurses. Den nach 1990 mühsam erhaltenen Arbeitsplätzen etwa in der Braunkohle mit ihrer Zu- und Ablieferstruktur folgte 2019 der beide Lausitzen erneut einende Braunkohleausstieg, der EU-Osterweiterung schon 2004 die zunehmende Bedeutungslosigkeit von Staatsgrenzen. Rückte Letzteres die Lausitzen genau genommen wieder in die Mitte Europas, so deutet beides – wirtschaftliche wie soziale Unsicherheit und eine immer wieder auch politisch instrumentalisierte Grenzkriminalität – auf ein weiteres Signum in der Gegenwart: Folgt man den jüngsten Wahlergebnissen, tendiert in Nieder- wie Oberlausitz ein Viertel der Bevölkerung zunehmend zu rechtsnationalen Antworten auf die etwa mit Migration oder Klimawandel verbundenen Fragen unserer Zeit. Die sorbische Minderheit gerät zunehmend ins Visier von Rechtsextremisten. Lukas Rietzschel hat diese gesellschaftlichen

Erosionen nach der Transformation in seinem bei Hoyerswerda spielenden Roman „Mit der Faust in die Welt schlagen“ (2018) eindrücklich für die Zeit zwischen 2000 und 2015 aus der Perspektive eines Jugendlichen erzählt.

Zwischen simplifizierendem Pessimismus und fragilem Optimismus changierend, zeichnet sich hier also ein Bild in Grautönen. Und auch wenn die beiden Lausitzen auf absehbare Zeit wohl kaum territoriale Sonderrechte oder gar Eigenständigkeit zurückerhalten werden, so ist ihre Eigengeschichte – und hier vor allem die der vergangenen 200 Jahre – noch immer ein Objekt der Aushandlung: Der von 1994 bis 2008 bestehende „Niederschlesische Oberlausitzkreis“ um Weißwasser und Niesky mag ein Ausdruck dessen sein, dass der mit der jüngeren Geschichte der Region verbundene Prozess des Suchens und Definierens einer klaren regionalen Identität zwischen Sachsen und Preußen-Schlesien-Brandenburg auf der einen sowie zwischen Nieder- und Oberlausitz auf der anderen Seite noch immer nicht abgeschlossen ist. Gleiches gilt aber noch viel mehr für den Prozess des Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft, in dem sich die Lausitzen aber genau genommen schon seit mehr als 200 Jahren befinden und der seinerseits nicht erst eine Erfindung des vom Braunkohleausstieg geprägten Jahres 2019 ist.

WINFRIED MÜLLER

war bis 2019 Professor für Sächsische Landesgeschichte an der TU Dresden und ist Direktor des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde, Dresden.

winfried.mueller@tu-dresden.de

SWEN STEINBERG

ist als Post-Doctoral Fellow und Assistant Professor (term adjunct) am Department of History der Queen's University in Kingston/Kanada beschäftigt. swen.steinberg@queensu.ca

¹⁹ Vgl. Erika Steinert/Norbert Zillich (Hrsg.), *Perspektive Pensionopolis! Anfragen an eine alternde Gesellschaft am Beispiel der Europastadt Görlitz/Zgorzelec in der Euroregion Neiße*, Bern 2007.

DIE LANDTAGSWAHLEN 2019 IN DER LAUSITZ

Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts?

Astrid Lorenz · Hendrik Träger

Bei den brandenburgischen und sächsischen Landtagswahlen 2019 lag die AfD in der Lausitz mit 32,8 Prozent der Zweit- beziehungsweise Listenstimmen⁰¹ klar vorn; zudem gewann sie fast zwei Drittel der Direktmandate in der Region.⁰² Die langjährigen Regierungsparteien SPD (Brandenburg) und CDU (Sachsen) waren nur noch in wenigen Wahlkreisen erfolgreich. Mit diesem Ergebnis schnitt die AfD in der an der Grenze zu Polen gelegenen ländlichen Region, die unter anderem durch die Braunkohleförderung geprägt ist, deutlich erfolgreicher ab als landesweit. Ist das Wahlergebnis Ausdruck einer neuen Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie?

Die Konfliktlinientheorie galt in der Politikwissenschaft lange Zeit als etwas überholt. Sie besagt, dass wichtige Parteien in Phasen grundlegenden gesellschaftlichen Wandels entstanden sind, etwa während der Industriellen Revolution. Der Wandel ging mit sozialen Konflikten einher, und die Parteien dienten dazu, Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen in diesen Konflikten politisch zu vertreten.⁰³ Allerdings schien die Theorie die Entwicklung der Parteien seit dem Zweiten Weltkrieg weniger gut erklären zu können. Parteien wurde insgesamt eine abnehmende gesellschaftliche Verankerung bescheinigt. In den post-sozialistischen Transformationsgesellschaften, zu denen mit Ostdeutschland auch die Lausitz gehört, sind Parteibindungen noch deutlich schwächer ausgeprägt und das Wahlverhalten oft volatil.

Doch die Konfliktlinientheorie ist wieder da. Seit einigen Jahren wird vermutet, dass im Zuge von Globalisierung und europäischer Integration ein neues *cleavage* zwischen weltoffenen, kulturell liberalen Kosmopoliten sowie regional und national orientierten Kommunitaristen entstanden sei.⁰⁴ Auch von einem Stadt-Land-Konflikt ist oft die Rede. Unsere nachfolgende Analyse schließt an diese Forschung an, kommt jedoch zu etwas anderen Schlüs-

sen. Wir werten die Wahlergebnisse in der Lausitz im Zeitverlauf seit 1990 und im Vergleich mit anderen Regionen des jeweiligen Bundeslandes aus. Dabei finden wir Indizien für eine neue Spaltung entlang der Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie, die wir genauer beschreiben. Dem Konzept von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan folgend, bezieht sich der Zentrum-Peripherie-Konflikt, wie wir unten genauer erläutern, nicht auf Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen, sondern auf Differenzen zwischen zentralstaatlichen Eliten und Bevölkerungsgruppen, die Minderheiten sind oder sich entsprechend wahrnehmen.

KONFLIKTLINIEN – MEHR ALS NUR DISSENS

Das Konfliktlinienmodell setzt bei den tief wurzelnden gesellschaftlichen Interessen an. Anders als alltagspolitische Meinungsverschiedenheiten werden als *cleavages* langfristige, strukturell angelegte Konflikte bezeichnet, die sich nur schwer politisch befrieden lassen. Die widerstreitenden Positionen müssen nicht zwangsläufig durch Parteien repräsentiert sein.⁰⁵ Da Parteien jedoch im Kampf um Wählerstimmen und politischen Einfluss daran interessiert sind, gesellschaftliche Stimmungslagen aufzugreifen, ist es nicht unwahrscheinlich, dass sie solche strukturellen Konflikte abbilden.

Eine Partei kann als Treiber einer Konfliktlinie fungieren, die bei ihrer Gründung noch keine größere Rolle spielte, oder sie kann zur Projektionsfläche für einen Metakonflikt werden, ohne dass sie dies zunächst selbst beabsichtigte. Die AfD etwa startete als Anti-Euro-Partei, weist aber heute mit ihren Klimaschutz- und einwanderungskritischen sowie gegen „die“ politischen Eliten gerichteten Aussagen ein gewandeltes programmatishes und rhetorisches Profil auf. Reagieren andere Parteien auf solche (Um-)Positionierungen

mit einer polarisierend-abwehrenden Strategie, so kann sich die Konfliktlinie weiter vertiefen und zu einer allgemeinen Mobilisierung beitragen. Die Entstehung eines *cleavage* äußert sich unter anderem in der Themensetzung im Wahlkampf, in einer höheren Wahlbeteiligung und in Veränderungen des Abstimmungsverhaltens.

Zu den früheren Konfliktlinien zählt diejenige zwischen Zentrum und Peripherie. Sie entstand im Zuge der Nationalstaatsgründung – in Deutschland im 19. Jahrhundert – zwischen der zentral-staatlichen Elite und Repräsentanten von ethnischen, sprachlichen oder religiösen Minderheiten. Ferner wurde ein Stadt-Land-Konflikt als Folge der Industrialisierung identifiziert. Wir nehmen an, dass die Wahlergebnisse in der Lausitz Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts sind, wenngleich in einer an die Gegenwart angepassten Form. Im Landtagswahlkampf ging es weniger um die Globalisierung, sondern vor allem um die (vermeintlich) fehlende Responsivität der Politik gegenüber strukturellen Interessen des ländlichen Raums speziell jenseits der Ballungsgebiete. Zu diesem Befund passt die Zentrum-Peripherie-Metapher besser als andere Konfliktlinien.

DIE PARTEIEN UND DER BRAUNKOHLEAUSSTIEG

In ihren Programmen für die Landtagswahlen 2019 präsentierten die Parteien mögliche Lösungen für die Probleme, die in der Gesellschaft Unzufrieden-

heit auslösen: mangelnde Bürgernähe von Verwaltung und Politik, Unterrichtsausfall, fehlende Arztpraxen, sporadische Busverbindungen, schlechte Digitalversorgung und die Ausdünnung der Polizeipräsenz in der Fläche. Viele dieser Probleme sind in der ländlichen Peripherie – wie der Lausitz – besonders relevant. Die Versprechen von Parteien, die in Land oder Bund bereits regier(t)en und damit die Chance hatten, die Schwierigkeiten zu beheben, werden dabei naturgemäß kritischer betrachtet als Forderungen von neuen Akteuren wie der AfD.

Analog zur Asylpolitik auf der Bundesebene gab es bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen mit der Gegnerschaft zum Kohleausstieg ein neues Thema, bei dem sich die AfD von den anderen Parteien in besonderer Weise abhob und dadurch profilieren konnte. Es ist vor allem in der Lausitz als Braunkohlerevier hoch emotionalisierbar, denn schon mit dem Systemwechsel 1989/90 erlebten die Menschen dort einen umfassenden Strukturbruch, der sich neben der neu erlangten politischen Freiheit in einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen äußerte. Da auch das gesellschaftliche und kulturelle Leben in der DDR weitgehend über die Arbeitskollektive organisiert war und sich gleichwertige Beschäftigungsformate nur mühsam schaffen ließen, zog der wirtschaftliche Umbruch erhebliche Konsequenzen bis weit in das persönliche Leben nach sich. Es folgte eine umfassende Abwanderung, die die regionale Gesellschaftsstruktur änderte, denn es gingen vor allem Höhergebildete, Junge und Frauen.

Dennoch ließen spätestens seit 2014 die meisten Parteien in Brandenburg und Sachsen keinen Zweifel daran, dass sie über kurz oder lang eine Energiewende anstreben, die einen erneuten Strukturwandel in der Lausitz erforderlich macht. Inhaltlich lagen dabei die Positionen von Bündnis 90/Die Grünen und jene der AfD am weitesten auseinander. Die brandenburgischen Grünen, die 2014 einen Ausstieg aus der Braunkohleförderung bereits für 2030 anvisiert hatten, verzichteten 2019 zwar auf ein konkretes Datum, forderten aber einen verbindlichen, raschen Ausstiegsfahrplan.⁰⁶ Demgegenüber blieb der Landesverband in Sachsen bei 2030 als dezidiertem Ziel.⁰⁷

01 In Sachsen wird die Zweitstimme „Listenstimme“ genannt.

02 Die Zahlen gelten, wenn die Ergebnisse der 15 vollständig und der vier überwiegend in der Lausitz liegenden Wahlkreise (Tabelle 1) addiert werden.

03 Vgl. Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-national Perspectives*, New York 1967, S. 1–64.

04 Siehe u. a. Wolfgang Merkel, *Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie*, in: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hrsg.), *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017, S. 9–23; Pieter de Wilde et al. (Hrsg.), *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, Cambridge 2019; Liesbet Hooghe/Gary Marks, *Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage*, in: *Journal of European Public Policy* 1/2018, S. 109–135.

05 Vgl. Andrea Römmele, *The Cleavage Structure and the Emerging Party Systems in East and Central Europe*, in: Kay Lawson/dies./Georgi Karsimeonov (Hrsg.), *Cleavages, Parties, and Voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*, New York 1999, S. 11–24, hier S. 22.

06 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg, *Gutes Morgen, Brandenburg! (Landtagswahlprogramm 2014)*, S. 23; dies., *Brandenburg fairwandeln (Landtagswahlprogramm 2019)*.

07 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Sachsen, *Weltoffen. Ökologisch. Gerecht (Landtagswahlprogramm 2019)*, S. 40.

Im Gegensatz dazu forderte die AfD im Wahlkampf 2019 die Beibehaltung des Braunkohleabbaus. Sie übernahm damit eine Position, die zuvor lange CDU und FDP⁰⁸ vertreten hatten, und wählte weit schärfere Worte als noch vor den Landtagswahlen 2014: „Wahnsinn Kohleausstieg: linksgrüne Ideologen opfern die Lausitz – Niedergang vorprogrammiert“, ⁰⁹ hieß es etwa im Programm der brandenburgischen AfD.

Während vor den Landtagswahlen 2014 oft noch nicht erkennbar gewesen war, wie die Parteien den Strukturwandel in der Lausitz wirtschaftlich und sozial bewältigen wollten,¹⁰ waren fünf Jahre später alle Wahlprogramme in dieser Hinsicht ausführlicher. Dadurch versuchten die Parteien, dem Eindruck entgegenzutreten, sie setzten ihr ökologisches Ziel scheinbar planlos gegen die Interessen der betroffenen Menschen durch. Allerdings wurden durch die umfassende Thematisierung auch der Aufwand, die Komplexität und Abhängigkeit der Pläne von externer Finanzierung deutlicher sichtbar – von der nötigen Ansiedlung gleichwertig entlohnter Industriearbeitsplätze bis hin zur Beschaffung von Bundes- und EU-Fördergeldern.¹¹

Zu den Vorschlägen hinsichtlich der Bewältigung des Strukturwandels zählten die Fortsetzung der Sanierung der (ehemaligen) Tagebaue und der Ausbau des Tourismus, um Arbeitsplätze zu schaffen, die Förderung der Forschung zu innovativen Technologien an den Hochschulen (unter anderem der Brandenburgischen Tech-

nischen Universität Cottbus-Senftenberg), der Ausbau von Bahnstrecken und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur. Diese Wirtschaftsförderungsmaßnahmen sollen durch weitere flankiert werden. In den östlichen Bundesländern haben allerdings viele Menschen bereits erlebt, dass ähnliche Aktivitäten trotz großer politischer Anstrengungen nicht wie gewünscht fruchteten.

Die AfD in Brandenburg und Sachsen sowie die sächsische FDP schlugen vor den Wahlen jeweils die Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone vor, um die Lausitz frühzeitig auf ein mögliches Ende der Kohleförderung vorzubereiten. Die brandenburgische AfD sprach sich zur Stärkung der Lausitz auch für eine weitere Lehramtsausbildungsstätte für naturwissenschaftlich-technische Fächer und Berufsschullehrer in Cottbus aus, die sächsische AfD für Infrastrukturverbesserungen. Damit versuchten die Landesverbände der Partei, sich als Energiewendegegner zu profilieren und zugleich, wie die anderen Parteien auch, standortpolitische Vorschläge zu formulieren.¹²

POLARISIERTE WAHLBETEILIGUNG UND WAHLENTSCHEIDUNG

In Brandenburg gehört in zehn der 44 Wahlkreise die Mehrheit der Städte und Gemeinden zur Lausitz; in Sachsen trifft dies auf neun der 60 Wahlkreise zu.¹³ Damit lebt in Brandenburg fast jeder fünfte und in Sachsen fast jeder siebte Wahlberechtigte in der Lausitz. Das ist eine strukturelle Minderheit, die dennoch Relevanz entfalten kann. Die Menschen dort zeigten sich bereits seit Längerem aktiv in der Vertretung ihrer Interessen. Bei den meisten Urnengängen seit 1990 lag hier die Wahlbeteiligung über dem Landesdurchschnitt, wobei die Unterschiede zwischen den Lausitzer Wahlkreisen und dem landesweiten Wert bis zu 2,4 Prozentpunkte betrugen (*Tabelle 1*).

¹² In mehreren Wahlprogrammen tauchte die Lausitz auch im Zusammenhang mit der sorbischen Minderheit auf, die gefördert werden sollte. Aus Platzgründen lassen wir diesen aus unserer Sicht für das Wahlverhalten nachrangigen Aspekt außer Acht. Zur sorbischen Minderheit siehe den Beitrag von Fabian Jacobs und Měto Nowak in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

¹³ 2019 lagen die brandenburgischen Wahlkreise 38 bis 44 sowie die sächsischen Wahlkreise 52, 53 und 55 bis 60 vollständig in der Lausitz; die Wahlkreise 28, 29 und 36 in Brandenburg sowie der Wahlkreis 54 in Sachsen umfassten zumindest mehrheitlich Gemeinden und Städte aus der Lausitz. Demgegenüber befand sich der brandenburgische Wahlkreis 37 zu weniger als der Hälfte auf Lausitzer Gebiet.

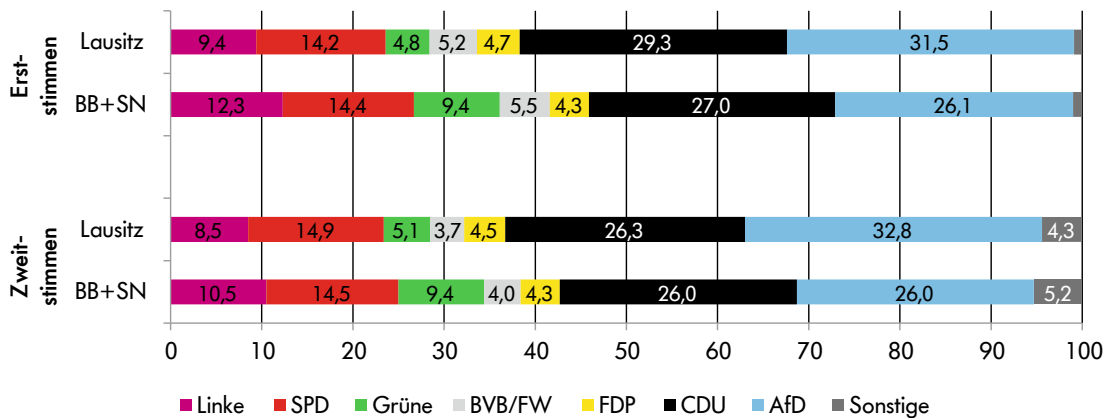
⁰⁸ Die brandenburgischen Liberalen, die sich 2014 noch kritisch gegenüber der Energiewende geäußert hatten, sprachen fünf Jahre später davon, dass der Braunkohleausstieg „früher oder später unumgänglich“ sei. FDP Brandenburg, Brandenburg wächst mit seinen Menschen (Landtagswahlprogramm 2019), S. 22f.

⁰⁹ AfD Brandenburg, Landtagswahlprogramm für Brandenburg 2019, S. 82.

¹⁰ So hieß es damals beispielsweise bei den sächsischen Grünen noch allgemein: „Über das GRÜNE Klimaschutzgesetz werden wir die großen wirtschaftlichen Potenziale der Energiewende für BürgerInnen, Kommunen, Handwerk und Mittelstand erschließen“. Bündnis 90/Die Grünen Sachsen, Sachsens Chancen nutzen (Landtagswahlprogramm 2014), S. 7. Die Lausitz tauchte als solche nur im Zusammenhang mit der Förderung der kulturellen Entfaltung der sorbischen Bevölkerung auf.

¹¹ Die brandenburgische Linke etwa sprach sich für die Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in der Lausitz aus. Die Grünen erklärten, mit Bundesmitteln eine medizinische Fakultät in der Lausitz gründen zu wollen, und forderten ein EU-Programm zur Gestaltung des Strukturwandels im Zuge der Umstellung auf erneuerbare Energien, das auch für die Lausitz genutzt werden könne.

Abbildung 1: Ergebnisse der Landtagswahlen 2019 in Prozent



Anmerkungen: In Sachsen gibt es Direkt- und Listenstimmen. BVB/FW steht für Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/ Freie Wähler.

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen der Landesämter für Statistik.

Auch an den Landtagswahlen im September 2019 beteiligten sich die Lausitzer mit 64,9 Prozent etwas stärker als alle Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und Sachsen (64,5 Prozent) sowie deutlich häufiger als die Einwohner anderer ländlicher Regionen, wie Ostprignitz-Ruppin (55,1 Prozent), Uckermark (55,2 Prozent), Nord-sachsen (61,0 Prozent) und Vogtland (62,3 Prozent). In Sachsen gehören die Lausitzer Landkreise Bautzen (67,6 Prozent) und Görlitz (66,9 Prozent) zu den Gebieten mit einer über dem landesweiten Durchschnitt liegenden Wahlbeteiligung (66,5 Prozent). Gleiches gilt in Brandenburg (61,3 Prozent) für Cottbus (61,6 Prozent) und den angrenzenden Landkreis Spree-Neiße (65,5 Prozent).¹⁴ Es gibt also offenbar eine erhöhte Motivation, Signale an die Politik auszusenden.

Auch die Wahlentscheidungen selbst deuten auf eine neue Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie hin. Als wichtigste Protagonisten treten dabei AfD und Bündnis 90/Die Grünen hervor. In der Lausitz lag die AfD mit 32,6 Prozent der Zweitstimmen fast sieben Prozentpunkte über dem Gesamtwert für Brandenburg und Sachsen. Demgegenüber hatte vor allem

Bündnis 90/Die Grünen unterdurchschnittliche Stimmenanteile zu verbuchen; die Umwelt- und Klimaschutzpartei ist hier nur etwa halb so stark wie auf Landesebene. Mit zwei bis drei Prozentpunkten ist die Differenz zum landesweiten Abschneiden bei Die Linke geringer, aber immer noch erkennbar. Für die CDU (mit Ausnahme der Erst- beziehungsweise Direktstimmen), die SPD, Freie Wähler und FDP sind keine großen Differenzen zu beobachten (Abbildung 1).

Der große Wahlerfolg der AfD in der Lausitz wird mit Blick auf die Veränderungen bei den Direktmandaten gegenüber der Landtagswahl 2014 besonders deutlich: Von den 30 Wahlkreisen in Brandenburg und Sachsen, in denen die meisten Erst- beziehungsweise Direktstimmen¹⁵ auf Bewerberinnen und Bewerber der Partei entfielen, befinden sich zwölf in der Lausitz. Vor allem im brandenburgischen Teil der Region war die AfD erfolgreich; dort verdrängte sie in sieben der zehn Wahlkreise CDU und SPD von der Spitzenposition. In Sachsen trifft dies auf fünf von neun Wahlkreisen zu (Abbildung 2).

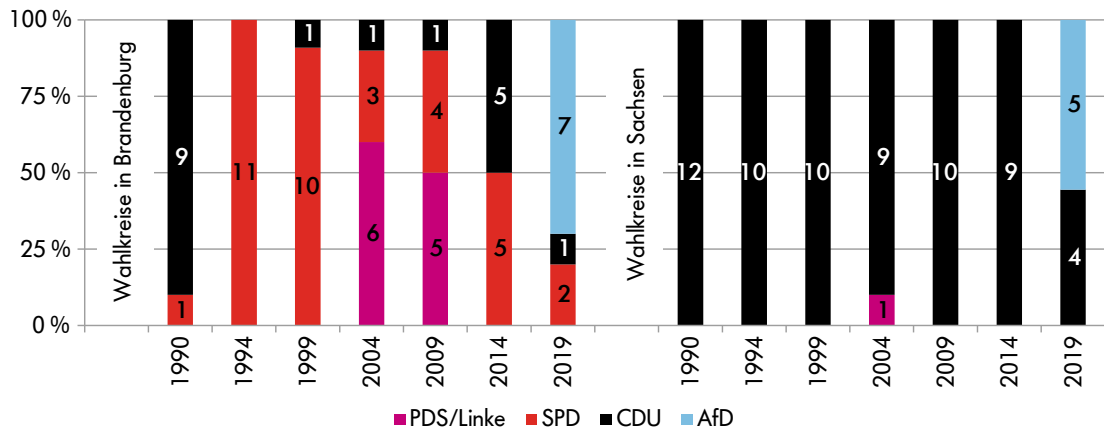
IST DIE LAUSITZ REPRÄSENTATIV FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM?

Auf den ersten Blick scheint das Wahlverhalten in der Lausitz für Besonderheiten auf dem Land zu stehen. So lag in den sächsischen Landkrei-

¹⁴ Auch in den brandenburgischen Landkreisen Dahme-Spreewald (63,7 Prozent) und Elbe-Elster (61,9 Prozent), zu denen jeweils ein „Lausitzer“ Wahlkreis gehört, lag die Wahlbeteiligung über dem landesweiten Mittelwert. Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz (59,4 Prozent) allerdings lag deutlich unter dem Referenzwert.

¹⁵ In Sachsen wird die Erststimme „Direktstimme“ genannt.

Abbildung 2: Direktmandate in den Lausitzer Wahlkreisen seit 1990



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen der Landesämter für Statistik.

sen Bautzen und Görlitz der Listenstimmenanteil der AfD (zusammen 34,8 Prozent) vergleichsweise graduell über dem Durchschnittswert für alle Landkreise von 31,2 Prozent und zeigte damit nur kleine Abweichungen zu anderen Orten im ländlichen Raum. Auf den zweiten Blick offenbart sich jedoch, dass die Ergebnisse das Wahlverhalten speziell in der östlichen Peripherie und besonders das der peripheren ländlichen Räume repräsentieren.

Auffallend hohe Stimmengewinne der AfD traten bislang überwiegend im Osten Deutschlands auf, und dort wiederum in den infrastrukturell schlechter gestellten und von Abwanderung betroffenen Gebieten. Zudem zeigt sich in Brandenburg ein differenziertes Muster: Hier lag der Zweitstimmenanteil der AfD in den Lausitzer Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße (zusammen 32,5 Prozent) weit über dem landesweiten Mittel der ländlichen Wahlkreise (24,3 Prozent). Auch in Cottbus (26,8 Prozent) schnitt die AfD wesentlich besser ab als im Durchschnitt der vier kreisfreien Städte in Brandenburg (19,4 Prozent). Dies spricht für eine gewisse Sonderstellung der Lausitz; innerhalb des Bundeslandes ergibt sich kein konsistentes „ländliches“ und „städtisches“ Wahlverhalten.

Der Kontrast der Lausitz zum Rest des Landes entsteht – wenngleich in abgeschwächter Form – auch mit Blick auf Bündnis 90/Die Grünen: In den Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße (zusammen 4,5 Prozent) war der Stimmenanteil für die Partei halb so hoch wie in allen Landkreisen (9,9 Prozent), wobei die ein-

zelnen Wahlkreise in Brandenburg stark differierten. Bei den kreisfreien Städten unterscheidet sich Cottbus (8,3 Prozent) – ungefähr auf dem Niveau von Frankfurt/Oder (9,1 Prozent) und Brandenburg an der Havel (11,9 Prozent) liegend – deutlich von der Landeshauptstadt Potsdam mit 22,2 Prozent. Es bestehen also erhebliche Differenzen zwischen der Lausitz und anderen strukturschwachen Regionen jenseits der prosperierenden Großstädte Berlin und Potsdam einerseits sowie den Gebieten, in denen das urbane Berlin einen Abstrahleffekt entfaltet beziehungsweise großstädtische Wählerinnen und Wähler diffundieren, andererseits. Diesem Muster entsprechen auch die Uckermark (26,0 Prozent für die AfD) oder in Sachsen der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (33,9 Prozent).

In den „Speckgürteln“ und Einzugsgebieten großer Städte wird anders gewählt, durchaus auch in Dörfern. Die beschriebenen Abweichungen lassen sich als „Hinweis auf die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen“¹⁶ interpretieren: „In der Lausitz hat die Zukunft der gesellschaftlichen Konflikte schon begonnen“, interpretierte Günter Platzdasch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ das Wahlergebnis.¹⁷ Es be-

¹⁶ Oliver Haustein-Teßmer, Warum die Wahlergebnisse für die Lausitz schwierig sind, 1.9.2019, www.lr-online.de/nachrichten/meinungen/landtagswahlen-2019-schwieriges-ergebnis-fuer-brandenburg-und-sachsen_aid-45522263.

¹⁷ Günter Platzdasch, In der Lausitz hat die Zukunft der gesellschaftlichen Konflikte schon begonnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.2019, S. N3.

steht die Gefahr, dass sich diese Konflikte zwischen der ländlichen Peripherie und den urbanen Verdichtungsräumen in den kommenden Jahren verstärken und verfestigen.

MOTIVLAGEN: LAUSITZ-SPEZIFISCHE INTERESSEN UND ALLGEMEINER PROTEST

Die beschriebenen Indikatoren des Wahlverhaltens deuten darauf hin, dass lausitzspezifische Interessen die Wahl der AfD nicht vollständig erklären, sondern allgemeiner Protest gegen „die“ Politik und (frühere) Sparmaßnahmen der Landesregierungen mitsamt des (auch von anderen Parteien) kritisierten Rückzugs des Staates aus der Fläche ebenfalls eine wichtige Rolle spielte. Ob zutreffend oder nicht – viele Wählerinnen und Wähler haben den Eindruck, dass großstädtische Eliten über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Gleichzeitig verzichteten sie darauf, über die Mitgliedschaft in Parteien oder anderen Organisationen dauerhaft Interessenkanäle in die Politik zu nutzen. Aber auch (teils ehemalige) Mitglieder von Regierungsparteien sind nicht selten von ihrer Partei enttäuscht, da diese aus ihrer Sicht zu viele Kompromisse gegenüber den Koalitionspartnern eingehen.

Bei den Wahlen unterstützten viele Menschen die AfD, die kein geschlossenes rechtes Weltbild haben und die in der Vergangenheit Parteien wählten, die bereits regier(t)en. Dies spricht dafür, dass sie die Bilanz der Politik für ihr Lebensumfeld skeptisch betrachteten. Sie begrüßen die parlamentarische Präsenz einer Partei, die in besonderer Weise anstehende politische Entscheidungen in Zweifel zieht, weiteren Wandel rhetorisch drastisch abwehrt und für bisherige Politik nicht verantwortlich ist. Infolge ihrer Position im Parteiensystem muss die AfD keine Kompromisse mit Koalitionspartnern und keine finanziellen Spielräume im Blick behalten.

Genau lassen sich die Wahlmotive allerdings nicht bestimmen, denn die Datenlage speziell zur Lausitz ist begrenzt. Landesweiten Wahltagsbefragungen zufolge votierten 70 Prozent aller AfD-Wählerinnen und -Wähler in Sachsen und 43 Prozent jener in Brandenburg „wegen ihrer politischen Forderungen“¹⁸ für die Partei. Wel-

che inhaltlichen Positionen genau gemeint sind, bleibt jedoch offen, denn die AfD äußerte sich in den Wahlkämpfen zu vielen Themen. Im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Braunkohle ist aufschlussreich, dass es sachsenweit 88 Prozent und in Brandenburg 90 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler begrüßten, dass die Partei „in der Klimadebatte den anderen Parteien etwas entgegengesetzt“. Dies galt offenbar besonders für die ländlichen Räume der Peripherie, wo die Bündnisgrünen weit unterdurchschnittlich abschnitten.

Ähnlich hoch war mit 87 beziehungsweise 83 Prozent der Anteil der AfD-Wählerinnen und -Wähler, für die die AfD ausweislich der Befragungen die einzige Partei ist, um „meinen Protest gegenüber der Politik ausdrücken“ zu können. In Brandenburg befürchteten acht von zehn Personen, die ihre Stimme der AfD gegeben hatten, dass sich das Leben zu stark verändern werde; eine Verschlechterung in den vergangenen Jahren konstatierte fast ein Viertel. Beide Werte sind über alle Parteien hinweg die höchsten.¹⁹ Nochmals unterstreicht dies, dass lausitzspezifische Motive allein die AfD-Wahl nicht erklären.

Mit ihrer Wahlentscheidung nahm die große Minderheit der AfD-Wählerschaft in Kauf, dass die Partei nicht nur Interessenpolitik für die ländliche Peripherie betreibt, sondern auch eine dezidiert rechtspopulistische, gegen bestimmte Minderheiten gerichtete Programmatik vertritt. Dass die anderen Parteien infolgedessen eine Koalition mit ihr ablehnten, war durch die Medienberichterstattung allen klar.

LAUSITZINTERNE UNTERSCHIEDE

Der Fokus auf das starke Abschneiden der AfD in der Lausitz verstellt indes den Blick darauf, dass die Mehrheit der Menschen auch dort andere Parteien wählte. Dabei zeigen sich starke intraregionale Differenzen. Dies spricht gegen das Vorhandensein einer homogenen politischen Lausitzer Identität. Die möglicherweise im Entstehen begriffene neue Konfliktlinie zwischen Zentrum und Peripherie erklärt demnach nicht das gesam-

gruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsI_Bran190902.pdf.

¹⁹ Die referierten Zahlen sind den Wahltagsbefragungen von Infratest dimap entnommen. Siehe <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-LT-DE-BB>; <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-LT-DE-SN>.

¹⁸ Forschungsgruppe Wahlen, Wahlanalyse Sachsen 2019, 3.9.2019, www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsI_Sach190903.pdf. Für Brandenburg siehe www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsI_Bran190902.pdf.

Tabelle 1: Lausitzer Wahlkreise in Brandenburg und Sachsen 1990–2019

JAHR	WAHLBE- TEILIGUNG IN PROZENT	ZWEIT-/LISTENSTIMMENANTEILE IN PROZENT						
		CDU	SPD	PDS/ LINKE	GRÜNE	FDP	AFD	ANDERE RECHTE PARTEIEN¹
Lausitzer Wahlkreise in Brandenburg								
1990	66,3 (–0,8 PP)	33,8 (+4,4 PP)	33,4 (–4,8 PP)	12,8 (–0,6 PP)	6,5 (+0,1 PP)	6,6 (+/-)	n.a.	1,6 (+0,7 PP)
1994	55,3 (+1,0 PP)	21,8 (+3,1 PP)	52,4 (–1,7)	17,1 (–1,6 PP)	2,7 (–0,2 PP)	2,2 (+/-)	n.a.	1,2 (+0,1 PP)
1999	56,0 (+1,7 PP)	27,7 (+1,2 PP)	40,5 (+1,2 PP)	21,4 (–2,0 PP)	1,3 (–0,6 PP)	1,8 (+0,1 PP)	n.a.	6,8 (+0,4 PP)
2004	56,7 (+0,3 PP)	20,3 (+0,9 PP)	30,8 (–1,1 PP)	27,3 (–0,7 PP)	2,2 (–1,4 PP)	3,3 (+/-)	n.a.	8,4 (+1,7 PP)
2009	66,2 (–0,9 PP)	21,1 (+1,3 PP)	32,6 (–0,4 PP)	27,3 (+0,1 PP)	3,9 (–1,7 PP)	6,8 (–0,4 PP)	n.a.	4,8 (+0,9 PP)
2014	50,3 (+2,4 PP)	25,3 (+2,3 PP)	34,2 (+2,3 PP)	15,9 (–2,7 PP)	3,5 (–2,6 PP)	1,2 (–0,3 PP)	13,1 (+0,9 PP)	3,2 (+0,8 PP)
2019	62,3 (+1,0 PP)	16,0 (+0,4 PP)	26,1 (–0,1 PP)	9,3 (–1,4 PP)	5,7 (–5,1 PP)	4,6 (+0,5 PP)	30,1 (+6,6 PP)	n.a.
Lausitzer Wahlkreise in Sachsen								
1990	70,5 (–2,3 PP)	56,5 (+2,6 PP)	16,8 (–2,3 PP)	10,7 (+0,5 PP)	n.a.	5,3 (–1,1 PP)	n.a.	0,8 (+0,1 PP)
1994	60,0 (+1,6 PP)	59,4 (+1,3 PP)	15,6 (–1,0 PP)	16,5 (+/-)	3,1 (–1,0 PP)	1,9 (+0,2 PP)	n.a.	1,6 (+0,3 PP)
1999	61,5 (+0,4 PP)	58,2 (+1,3 PP)	9,0 (–1,7 PP)	22,2 (+/-)	1,8 (–0,8 PP)	1,2 (+0,1 PP)	n.a.	3,0 (+0,1 PP)
2004	60,6 (+1,0 PP)	40,6 (–0,5 PP)	7,7 (–2,1 PP)	24,2 (+0,6 PP)	3,7 (+1,4 PP)	6,5 (+0,6 PP)	n.a.	10,7 (+1,5 PP)
2009	53,1 (+0,9 PP)	42,9 (+2,7 PP)	9,1 (–1,3 PP)	19,4 (–1,2 PP)	4,0 (–2,4 PP)	10,4 (+0,4 PP)	n.a.	7,8 (+1,7 PP)
2014	49,9 (+0,8 PP)	40,9 (+1,5 PP)	10,3 (–2,1 PP)	17,2 (–1,7 PP)	3,4 (–2,3 PP)	4,0 (+0,2 PP)	12,4 (+2,7 PP)	6,8 (+1,7 PP)
2019	67,3 (+0,8 PP)	34,9 (+2,7 PP)	5,6 (–2,1 PP)	7,8 (–2,6 PP)	4,5 (–4,1 PP)	4,4 (–0,1 PP)	34,8 (+7,3 PP)	0,8 (+/-)

In Klammern ist die Differenz zum landesweiten Ergebnis in Prozentpunkten angegeben. Rot hinterlegt ist die zweitstimmstärkste Partei; bei einem Abstand von weniger als einem Prozentpunkt sind die betreffenden Parteien mit einem helleren Rotton markiert.

¹ Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland (ADMP), Bund freier Bürger – Die Offensive, DVU, Freiheitliche Partei Deutschlands, Ja zu Brandenburg, NPD, Offensive D, Pro Deutschland, Republikaner, Sächsische Volkspartei (SVP)

n.a. = nicht angetreten

Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen der Landesämter für Statistik.

te Wahlverhalten in der Lausitz, sondern in erster Linie den Erfolg der AfD und das schlechte Abschneiden von Bündnis 90/Grünen.

Dass in Brandenburg die SPD und in Sachsen die CDU ebenfalls besonders gut abschnitten, ist durch unterschiedliche Pfade je nach politisch-administrativer Zuordnung zu erklären. In den brandenburgischen Wahlkreisen der Lausitz war die SPD seit 1994 bei den Zweitstimmen die stärkste politische Kraft; auch hinsichtlich der Direktmandate dominierten lange Zeit die Sozialdemokraten respektive Mitte-Links-Parteien (SPD, PDS beziehungsweise Die Linke). Demgegenüber gewann in den sächsischen Teilen der Lausitz bis 2014 (fast) ausschließlich die CDU die Direktmandate. Es genoss also in der Lausitz jeweils die Partei des Ministerpräsidenten große Unterstützung, wobei im brandenburgischen Teil der Rückhalt für die SPD wesentlich stärker variierte als jener für die CDU im sächsischen Teil (*Abbildung 2 und Tabelle 1*).

Mit Blick auf die Landtagswahlen 2019 ist zu erwähnen, dass sich beide Ministerpräsidenten – Dietmar Woidke (SPD) in Brandenburg und Michael Kretschmer (CDU) in Sachsen – in Lausitzer Wahlkreisen um Direktmandate bewarben. Dies war jedoch nicht ohne Risiko, denn beiden wäre eine Kandidatur in als sicherer geltenden Wahlkreisen möglich gewesen. Das Risiko galt vor allem für Kretschmer, der 2017 seinen Bundestagswahlkreis in Görlitz verloren hatte, nun erstmals bei einer Landtagswahl antrat und sein Direktmandat – ebenso wie Woidke – in einem Wahlkreis mit der AfD als stärkster Partei bei den Zweitstimmen gewann.

Auch die PDS beziehungsweise die Linke schnitt innerhalb der Lausitz unterschiedlich ab. In den brandenburgischen Gebieten konnte sie bei mehreren Wahlen jeweils deutlich höhere Stimmenanteile als auf sächsischer Seite verbuchen. Bei den beiden vorherigen Abstimmungen vor ihrer Beteiligung an der Regierung in Potsdam im Herbst 2009 gewann sie die Direktmandate in fünf beziehungsweise sechs der zehn Wahlkreise. Mit ihrem verstärkten Engagement für den Kohleausstieg ging die Linke in den vergangenen Jahren ein zunehmendes Risiko ein, die Interessen von Teilen ihrer eigenen Wählerschaft nicht mehr abzudecken.

In Sachsen gewann die PDS hingegen lediglich 2004 – also in der Hochzeit der Proteste gegen die Agenda 2010 der damaligen Bundesregierung aus

SPD und Bündnis 90/Grünen – ein Direktmandat in Hoyerswerda. Im sächsischen Teil der Lausitz erzielten die rechts der CDU zu verortenden Parteien, zu denen neben DVU, NPD und Republikanern auch die AfD zählt, seit Beginn des Jahrtausends wesentlich bessere Ergebnisse als auf der brandenburgischen Seite.

Diese Befunde lassen sich so interpretieren, dass die einen Lausitzer dezidiert links und die anderen dezidiert rechts wählten, um ihren Protest gegenüber den etablierten Parteien auszudrücken oder ein Votum für abweichende Politikinhalt abzugeben. Die beschriebenen Unterschiede führten letztlich bis einschließlich 2014 dazu, dass in den beiden Teilen der Lausitz unterschiedliche politische Lager die (relative) Mehrheit der Zweit- beziehungsweise Listenstimmen auf sich vereinen konnten. Erst in Gestalt der Wahlerfolge der AfD erfolgte eine Annäherung des Wahlverhaltens der Lausitzer in Brandenburg und Sachsen; dies geschah jeweils zulasten der Partei des Ministerpräsidenten (*Tabelle 1*).

Auch wenn ein Teil der AfD-Mitglieder und -Wählerschaft durchaus ein geschlossenes rechtes Weltbild hat, sollte keineswegs ohne tiefer gehende Analysen konstatiert werden, dass es in der Lausitz „[b]raune Wurzeln“ und „ein tief verwurzeltes extrem rechts wählendes Milieu“²⁰ gibt, wie unmittelbar nach den Landtagswahlen 2019 mit Blick auf ganz Ostdeutschland behauptet wurde. Gegen diese Annahme spricht, dass die Stimmenanteile der rechts der Union zu verortenden Parteien seit 1990 erheblich variierten und somit keine Indizien für eine größere Stammwählerschaft liefern (*Tabelle 1*). Hier bedarf es weiterer Forschung, um Zusammenhänge zu verstehen.

POLARISIERUNG AUCH INFOLGE MANGELNDER KONTAKTE

Wesentlich ist, dass sich die Polgruppen in dem sich abzeichnenden Konflikt – Anhänger von Bündnis 90/Grünen beziehungsweise AfD – im Alltagsleben wenig begegnen. Sie tragen diesen Kampf also kaum direkt, sondern eher virtuell-medial aus; den ländlichen Wahlkreisen der Lau-

20 Christian Boof, Braune Wurzeln? Thesen zu den Erfolgen des Rechtspopulismus im Osten, 4.9.2019, www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/296068/braune-wurzeln.

sitz stehen die Zentren und hier zuvorderst die jeweilige Landeshauptstadt, Potsdam und Dresden, gegenüber. Wie in den ländlichen Lausitzer Wahlkreisen lag auch in den Landeshauptstädten die Wahlbeteiligung mit 72,2 Prozent in Dresden und 69,3 Prozent in Potsdam deutlich über dem Durchschnitt des jeweiligen Bundeslandes von 66,5 beziehungsweise 61,3 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen waren hier, wie erwähnt, viel erfolgreicher als im Rest des jeweiligen Landes. In Potsdam und Dresden konnten die Grünen ebenso wie in Leipzig erstmals bei einer Wahl in Ostdeutschland Direktmandate gewinnen. Für diesen Wahlerfolg war die Profilierung als erklärte Gegner der AfD sehr wichtig.

Die alte Kontakthypothese,²¹ die postuliert, dass wenig Kontakte zwischen gesellschaftlichen Gruppen wechselseitige Ängste und Abwehr befördern, während stabile Interaktionen und gemeinsame Erfahrungen ihnen entgegenwirken können, wurde in der deutschen Debatte der vergangenen Jahre überwiegend angeführt, um die im Vergleich weiter verbreitete Fremdenfeindlichkeit respektive Rassismus in den östlichen Bundesländern zu erklären. Sie lässt sich aber auch als Annahme hinsichtlich einer Spaltung der Gesellschaft zwischen peripheren Räumen und verdichteten urbanen Zentren (nicht nur) in Ostdeutschland übertragen. Bleibt es bei diesen eher spärlichen Kontakten und fehlenden gemeinsamen Handlungszielen, würde dies zur Verstetigung der Konflikte beitragen.

EINE NEUE KONFLIKTLINIE?

Die aufscheinende neue Konfliktlinie repräsentiert einen an die Gegenwart angepassten Konflikt zwischen Zentren und (insbesondere ländlicher) Peripherie, nimmt aber auch Elemente eines Stadt-Land- und Globalisierungskonflikts auf. In den Landtagswahlprogrammen der Parteien spielten vor allem Interessen der ländlichen strukturschwachen Regionen im Kontext der Energiewende und des Gefühls des „Abgehängenseins“ eine wichtige Rolle. Die AfD ist mittlerweile die einzige politisch relevante Partei, die die Energiewende ablehnt und damit den Menschen in der Lausitz verspricht, sich dafür einzusetzen, dass alles „beim Alten“ bleibt.

Die Grenzen des Konfliktlinienansatzes sehen wir darin, dass er zwar das Erstarken neuer Parteien – hier der AfD – erklärt, nicht aber die Wahl der anderen Parteien und das unterschiedliche Abschneiden von SPD und CDU innerhalb der Lausitz. Um einen Sieg der AfD zu verhindern, unterstützte die Mehrheit der Wählerschaft unterschiedliche Parteien. Hierfür müssen andere Faktoren, wie regionale Pfade, hinzugezogen werden. Wir konnten außerdem zeigen, dass sich Konfliktlinien nicht in einer Region selbst manifestieren müssen, sondern im Kontrast der Region zu anderen Landesteilen. Die Ortsverschiedenheit der Wählerschaften kann zu ihrer Verstetigung beitragen.

Ob dies tatsächlich geschieht, hängt von verschiedenen Faktoren ab und ist daher nicht prognostizierbar. Dass sich im Gegensatz zu 2014 alle Parteien in Brandenburg und Sachsen in ihren Wahlprogrammen zur Lausitz explizit und zunehmend konkret äußerten, kann ein Zeichen dafür sein, dass die Politik auf erhebliche Stimmenverschiebungen bei Wahlen reagiert und eine höhere Sensibilität für die Interessenlagen vor Ort entwickelt. Die Landtagswahlprogramme lesen sich als Beiträge zu einem entsprechenden Diskurs. Durch eine höhere Responsivität der politischen Entscheidungen gegenüber der regionalen Wählerschaft, eine stärkere Präsenz der Entscheidungsträgerinnen und -träger vor Ort sowie überregionale Begegnungs- und Dialogangebote könnte die Konfliktlinie möglicherweise abgemildert werden. Dann wäre der elektorale Erfolg der AfD in der Lausitz nicht der Startpunkt einer nachhaltigen Änderung im Parteiensystem, sondern ein vorübergehender Trend, um in drastischer Form auf spezifische Interessenlagen hinzuweisen.

ASTRID LORENZ

ist Professorin für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland/Politik in Europa am Institut für Politikwissenschaften der Universität Leipzig und Vorsitzende des Sächsischen Kompetenzzentrums Landes- und Kommunalpolitik.
astrid.lorenz@uni-leipzig.de

HENDRIK TRÄGER

ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Arbeitsbereich Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/Politik in Europa an der Universität Leipzig.
hendrik.traege@uni-leipzig.de

²¹ Für den Ursprung des Ansatzes siehe Gordon Allport, *The Nature of Prejudice*, Cambridge 1954.

STRUKTURWANDEL ALS GELEGENHEIT FÜR DIE LAUSITZ

Warum dem Anfang noch der Zauber fehlt

Konrad Gürtler · Victoria Luh · Johannes Staemmler

Was ist das eigentlich – Strukturwandel? Dieser Begriff wird ganz selbstverständlich verwendet, um grundlegende Veränderungen sozialer, wirtschaftlicher und administrativer Abläufe und Gewohnheiten zu fassen. Wandel klingt dabei sanft, als ginge es um ein geschmeidiges Hinübergleiten von einem Vorher in eine erstrebenswerte Zukunft. Etwas scheint an den alten Strukturen nicht mehr zu funktionieren, was deren Anpassung an neue Gegebenheiten nötig macht. Entweder stimmen die Ergebnisse nicht mehr oder ihre Voraussetzungen haben sich verändert. Beides trifft zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Lausitz, eine Region in Brandenburg, Sachsen und Polen, zu.

Ehemals Zentrum des Braunkohlebergbaus der DDR, musste die Lausitz schon nach 1989/90 einen immensen Strukturbruch verarbeiten. Das anvisierte Ende der Braunkohleverstromung bis spätestens 2038 fordert die Region nun erneut. So erstrebenswert der Kohleausstieg vor dem Hintergrund der ökologischen Krise ist, so herausfordernd ist der Weg dahin für die Lausitz und all jene, die nach Antworten auf die Frage suchen: Wohin soll es gehen in der Lausitz?

In diesem Beitrag rücken wir diejenigen in den Mittelpunkt, die den erneuten Strukturwandel gestalten. Durch sie ist zu erfahren, wie schwierig es ist, dem zum Teil noch unbekannten Neuen den Weg zu bahnen. Die Widerstände gegen Veränderungen sind erheblich und müssen verstanden werden, um diese Transformation auf demokratischem Wege zu ermöglichen. Ausgehend von einer Beschreibung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen leiten wir aus fünf Perspektiven zwei zentrale Wesensmerkmale – Gleichzeitigkeit und Unsicherheit von Strukturwandel – und kollektive Herausforderungen ab. Wir schließen mit Vorschlägen zum Strukturwandel der Lausitz.⁰¹

STRUKTURWANDEL – AUF EIN NEUES

Bis zum Ende der DDR war die zentrale Funktion der Lausitz der Abbau und die Verstromung der Braunkohle für das halbe Deutschland Ost. Mit zuletzt 80000 direkt Beschäftigten setzte die Kohle den ökonomischen, sozialen und sogar kulturellen Rahmen über mehrere Generationen hinweg.⁰² Als in Folge des Zusammenbrechens der DDR und ihrer Volkswirtschaft über 90 Prozent der Arbeiter*innen in der Kohle entlassen und zahlreiche Kraftwerke und Tagebaue geschlossen wurden, zerbrachen Gewohnheiten und Sicherheiten. Nicht nur in der Kohle gingen Arbeitsplätze verloren. Zwischen 1995 und 2015 zog knapp jede*r fünfte Bewohner*in aus der Lausitz weg.⁰³ Mit der Einführung des bundesdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystems vollzog sich der Strukturwandel unsanft und rasch.

Die verbliebenen Kraftwerke und Tagebaue befeuern den Konflikt um die ökologische Verträglichkeit und die Folgen für Menschen und Landschaft. Unter den zehn emissionsintensivsten Industrieanlagen Europas finden sich alle drei Lausitzer Braunkohlekraftwerke.⁰⁴ Die Reste der Kohleindustrie sollen nun stillgelegt werden, damit Deutschland seine Emissionsziele erreicht.⁰⁵ Was bedeutet diese Perspektive für den Strukturwandel in der Region?

Seit der Bundestagswahl 2017 haben sich die Debatten intensiviert. Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass sowohl nationale als auch internationale Ziele zur Emissionsminderung nicht einzuhalten sind, solange die Kohlekraftwerke weiterlaufen. In den vergangenen Jahren verschob sich die Debatte vom Ob zum Wann des Kohleausstiegs. Die Große Koalition setzte im Juni 2018 die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäf-

tigung“ (KWSB, auch Kohlekommission genannt) ein, deren hart errungener Kompromiss den Kohleausstieg bis spätestens 2038 vorsieht. Die Lausitz sowie die anderen Reviere werden umfangreiche Strukturhilfen erhalten. Innerhalb der KWSB spielte die Lausitz eine herausgehobene Rolle,⁰⁶ nicht zuletzt aufgrund der vergleichsweise komplexen Situation vor Ort sowie der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg 2019. Aus Sicht vieler Lausitzer*innen ist der beschleunigte Kohleausstieg mit hohen sozioökonomischen Lasten verbunden. Viele sorgen sich nicht nur um die Arbeitsplätze im Bergbau, sondern auch darum, dass die Region weiter an Bedeutung verlieren könnte.

Während der Kohleausstieg deutschlandweit großen Zuspruch erfährt, sind in der Lausitz weniger Menschen davon überzeugt als im Rest des Landes.⁰⁷ Bemerkenswert ist jedoch, dass die Debatten der vergangenen zwei Jahre auch die Einstellungen in der Region verändert haben. Während Lausitzer Kohlebefürworter*innen den Ausstieg noch vor wenigen Jahren grundsätzlich ablehnten oder einen späteren Ausstieg verlangten, fordern sie nun,

das verabredete Ausstiegsdatum 2038 einzuhalten. Die Möglichkeit, dass der Ausstieg auch noch früher kommen könnte – nicht zuletzt aufgrund übergeordneter energiewirtschaftlicher Dynamiken –, sorgt für Beunruhigung in der Region.

Sollten die finanziellen Zusagen eingehalten werden, werden in der Lausitz in den kommenden zwei Jahrzehnten etwa 17 Milliarden Euro Strukturwandelförderungen zu investieren sein. Davon fließt ein Drittel direkt an die Bundesländer, die übrigen Gelder werden durch die entsprechenden Bundesministerien in den betroffenen Regionen eingesetzt. Legislativ verankert werden die entsprechenden Bestimmungen im Strukturstärkungsgesetz⁰⁸ sowie im Kohleausstiegsgesetz. Für Landesregierungen, Bürgermeister*innen, Strukturwandelorganisator*innen und Engagierte bedeutet das, belastbare Visionen und leistungsfähige Governancestrukturen zur Umsetzung zukunftsweisender Projekte finden zu müssen, die wirkungsvoll und integrativ sind. Impulse, die Strukturpolitik insgesamt setzen kann, dürfen aber nicht überschätzt werden.⁰⁹

Die Mittel sollen in der Lausitz zur Ansiedlung von wissenschaftlichen Instituten sowie zum Ausbau von Straßennetz, Bahnverbindungen und digitaler Infrastruktur verwendet werden. Hinzu kommen Pläne in den Bereichen Energiewirtschaft (unter anderem Wasserstofftechnologien), Gesundheit und Tourismus. Ein eindeutiges Bekenntnis, alle Maßnahmen auf das Ziel einer möglichst emissionsarmen Lausitz auszurichten, fehlt jedoch bisher. Vielmehr beziehen sich viele Hoffnungen weiterhin auf – teils nicht nachhaltige¹⁰ – Großstrukturen, die den Wegfall der bisherigen Industriearbeitsplätze ersetzen sollen.

Angesichts der teilweise traumatischen Erfahrungen im Strukturbruch der 1990er Jahre hat das Vertrauen in die etablierten politischen Akteur*-

01 Dieser Beitrag beruht auf den Erkenntnissen aus dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt „Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz“ am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam (Förderkennzeichen 03SF0561). Unser Dank gilt unseren Kolleginnen und Kollegen aus diesem Forschungsprojekt, deren wertvolle Kommentare und Gedanken in diesen Beitrag eingeflossen sind.

02 Vgl. Öko-Institut, Die deutsche Braunkohlenwirtschaft. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen, Studie im Auftrag von Agora Energiewende und der European Climate Foundation, Berlin 2017, S. 83ff.

03 Vgl. Gunther Markwardt/Stefan Zundel, Strukturwandel in der Lausitz. Eine wissenschaftliche Zwischenbilanz, in: Ifo Institut, Ifo Dresden berichtet 3/2017, S. 17–22; Julian Schwartzkopff/Sabrina Schulz, Zukunftsperspektiven für die Lausitz. Was kommt nach der Kohle?, 2015, www.e3g.org/docs/E3G_Zukunftsperspektiven_Lausitz.pdf.

04 Vgl. The European Pollutant Release and Transfer Register (E-PRTR), Member States Reporting under Article 7 of Regulation (EC) No 166/2006, 2015 Data.

05 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Referentenentwurf eines Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen, 27.8.2019.

06 Vgl. eigene Interviews mit Mitgliedern der KWSB. Siehe auch demnächst David Löw Beer et al., Wie legitim ist die „Kohlekommission“? Beobachtungen unter den Mitgliedern der Kommission und eine normative Einordnung, in: Leviathan (2020, unter Begutachtung).

07 Vgl. Daniela Setton, Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2018. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, IASS Study, Potsdam 2019.

08 Vgl. BMWi (Anm. 5).

09 Vgl. Joachim Ragnitz/Julian Schwartzkopff, Analyse des historischen Strukturwandels in der Lausitz, 2020 (i. E.).

10 Als nicht nachhaltig erachten wir solche Vorhaben, Strukturen und Lebensweisen, die die Bedürfnisse der heutigen Generation so erfüllen, dass die Möglichkeiten künftiger Generationen gefährdet werden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Die von der Brundtland-Kommission vorgenommene Definition von Nachhaltigkeit wird durch die Agenda 2030 mit den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) gefüllt. Nicht nachhaltig ist also, was diesen in Bundes- und Landesstrategien übersetzten Zielen fundamental entgegensteht. Bezogen auf den Strukturwandel wären dies unter anderem Investitionen in klimaschädliche fossile Strukturen oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

innen abgenommen. Viele Bürger*innen fühlen sich und ihre Themen nicht mehr repräsentiert. Rechtspopulistische Strömungen katalysieren diese politische Entfremdung in der Region und nutzen sie zur „populistischen Mobilisierung“,¹¹ zu beobachten auch bei den sächsischen und brandenburgischen Landtagswahlen im September 2019, in denen die rechtsnationalistische AfD mit 23,5 Prozent in Brandenburg und 27,5 Prozent in Sachsen jeweils zweitstärkste Kraft hinter SPD beziehungsweise CDU wurde.¹² Sie hatte sich im Wahlkampf, wie bereits in der Landtagswahl 2014, nicht nur als Anti-Establishment-Partei artikuliert,¹³ sondern sich auch klar für die Braunkohle ausgesprochen. Damit ist es ihr besonders in der Lausitz gelungen, Wähler*innen für sich zu mobilisieren.¹⁴ Einerseits wurden die Karten nun durch die Wahlergebnisse neu gemischt, da die Ministerpräsidenten zwar weiterregieren können, jedoch jeweils in einer neuen Konstellation. Andererseits wird es ein Balanceakt sein, über die nächsten Jahre sowohl vorzeigbare Erfolge zu erreichen als auch dem weiter gewachsenen Rechtspopulismus in der Region zu begegnen. Es wird sich zeigen, ob Mitwirkung und Beteiligung, wie sie in beiden Koalitionsverträgen der neuen Landesregierungen¹⁵ angelegt sind, umgesetzt werden.

FÜNF EINBLICKE IN DIE LAUSITZ

Wer Potenziale und Grenzen des Strukturwandels verstehen will, muss auf diejenigen schauen, die schon heute damit umgehen müssen. Im Strukturwandel kommt diesen Personen eine weitreichendere Funktion zu: Sie müssen gleichzeitig ihre alten Rollen ausfüllen und neue Ideen

entwickeln, für diese werben und Konflikte um divergierende Ziele austragen. Mit dem Auslaufen der Kohle wird es zu Verschiebungen im institutionellen und kulturellen Gefüge der Region kommen. Darauf müssen die Akteur*innen heute, so sie ihre Aufgaben als Bürgermeister*innen, Wirtschaftsförder*innen oder Regierungsmitglieder ernst nehmen, reagieren. Nachfolgend stellen wir fünf Personengruppen vor, die typische Strukturwandelperspektiven abbilden. Aus der Beschreibung ihrer Dispositionen lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, was ihre jeweiligen Bedürfnisse im Strukturwandel sind. Die Grundlage dieser kurzen, verdichteten Erzählungen einzelner Akteur*innen und Personen sind teilnehmende Beobachtungen, Interviews und Erfahrungen aus unserem Forschungsprojekt. Wir kooperieren mit den geschilderten Akteur*innengruppen darüber hinaus auch im Rahmen von wissenschaftlichen Beratungen.

Bürgermeister*innen

In der vergleichsweise dünn besiedelten Lausitz sind die mittelgroßen Städte zentrale Ankerpunkte. Bürgermeister*innen engagieren sich hier, teils beharrlich und unter Umständen, die sie selbst nur bedingt beeinflussen können, für eine lebenswerte Region. Dass die Lebensverhältnisse jenen in den bundesdeutschen Großstädten nicht gleich sind, ist auch ihnen klar. Auch der Rückblick auf frühere Strukturwandel Erfahrungen inklusive mancher Enttäuschung hat sie geprägt. Entsprechend pragmatisch reagieren sie auf die vielversprechenden Ankündigungen, dass in Zukunft zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen werden. Unter ihnen finden sich viele Macher*innen, einige ernüchterte Mangelmanager*innen und wenige Utopist*innen.

Durch die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Lausitz erlebt auch die kommunale Ebene in den vergangenen Jahren einen Bedeutungszuwachs. Ob in der Strukturwandelkommission oder auf EU-Veranstaltungen – neuerdings sind Vertreter*innen beispielsweise der „Lausitzrunde“, einem selbstinitiierten Bündnis von betroffenen Kommunen im Braunkohlerevier, gefragte Gesprächspartner*innen.¹⁶ Der Strukturwandel stärkt die Vernetzung untereinander, gleichzeitig entstehen neue

¹¹ Vgl. Christoph Kopke/Alexander Lorenz, „Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD“. Die Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg im Frühjahr 2015, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 221–235.

¹² Vgl. Landeswahlleiter Brandenburg, Ergebnisse der Landtagswahl am 1.9.2019; Landeswahlleiterin Sachsen, Ergebnisse der Landtagswahl am 1.9.2019.

¹³ Vgl. Kopke/Lorenz (Anm. 11).

¹⁴ Siehe dazu auch den Beitrag von Astrid Lorenz und Hendrik Träger in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

¹⁵ Vgl. SPD/CDU/Bündnis 90/Die Grünen, Ein neues Kapitel für Brandenburg. Gemeinsamer Koalitionsvertrag, 2019, S. 21, S. 66; SPD/CDU/Bündnis 90/Die Grünen, Gemeinsam für Sachsen. Koalitionsvertrag 2019 bis 2024, 2019, S. 2, S. 32, S. 38, S. 57, S. 111.

¹⁶ Beispielhaft seien hier die Deklaration europäischer Bürgermeister für einen gerechten Übergang (*just transition*) oder die Aktivitäten der kommunalen Vertreter in der EU Coal Regions in Transition Plattform genannt.

Konkurrenzen. Kommunen, die heute noch an der Kohle hängen, grenzen sich von denen ab, die sich schon länger umorientieren mussten. Die Grenzen der Lausitz werden hier neu verhandelt. Viele der Bürgermeister*innen sind der Kohle und dem Energieunternehmen LEAG nach wie vor eng verbunden.¹⁷ Einige haben jedoch erkannt, dass diejenigen im Vorteil sind, die als Pionier*innen den Wandel mitgestalten, anstatt ihn zu bekämpfen.

Der durch den Kohleausstieg induzierte Strukturwandel bedeutet für Bürgermeister*innen in der Lausitz eine zusätzliche Herausforderung. Viele Kommunen mussten über längere Zeit mit geringen Mitteln auf Bevölkerungsrückgang und Überalterung reagieren. Um an Förderungen von Land und Bund teilzuhaben, müssen sie jetzt neue Verwaltungskapazitäten aufbauen, die zuvor teils abgebaut wurden. Um dem Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen, brauchen sie vorzeigbare Erfolge.

Lausitzbeauftragte

Die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen haben den Strukturwandel in der Lausitz zur Chefsache erklärt und neue Schnittstellen in die Region geschaffen. Die Lausitzbeauftragten der beiden Bundesländer sind in den Staatskanzleien verortet, sollen aber direkt in der Lausitz als Ansprechpartner*innen fungieren. Sie stehen für einen Wandel von Strukturen auch in den politischen Institutionen selbst.

Als Verbindung in die Region einerseits, zu übergeordneten Politikebenen andererseits, sind ihre Aufgaben divers: Erklären, Kommunizieren, Zuhören, Beschwichtigen, Repräsentieren und Umsetzen gehören dazu. Gemeinsam mit den Landesministerien verhandeln sie auf der Arbeitsebene mit Bund und EU die Rahmenbedingungen der Strukturhilfen. Neben erfolgreicher Strukturpolitik und prestigeträchtigen Ansiedlungen sollen sie dafür sorgen, dass die Lausitz zu einer sogenannten Modellregion für den Strukturwandel wird.¹⁸ Gleichzeitig arbeiten sie darauf hin, Entscheidungen über Zuwendungen und Governancestrukturen möglichst auf der Landesebene zu konzentrieren.

¹⁷ Das Lausitzer Braunkohleunternehmen LEAG ist einer der größten Arbeitgeber in der Region und entstand 2016 durch den Verkauf der Braunkohlesparte von Vattenfall AB an die tschechische EPH-Gruppe und deren Partner PPF Investments.

¹⁸ Vgl. Koalitionsvertrag Brandenburg (Anm. 15), S. 66.

Die Landesregierungen und mit ihnen die Lausitzbeauftragten könnten für die strukturpolitischen Weichenstellungen aus den teils gescheiterten Bemühungen der vergangenen Jahrzehnte in Ostdeutschland lernen, was bisher jedoch nicht zu erkennen ist. Auch sind bisher von ihnen kaum transformative Veränderungen und sozial-ökologische Impulse für den Strukturwandel ausgegangen. Der Spagat zwischen Erhalt von Arbeitsplätzen und neuen Industrieansiedlungen ist schwer zu bewältigen. Auch sind die Landesregierungen über Jahrzehnte stabile Partnerinnen der Kohleindustrie gewesen und somit in den etablierten Denkstrukturen verhaftet. Angesichts von Umfang und Gleichzeitigkeit vieler Entwicklungen sind auch die Lausitzbeauftragten überlastet, versuchen aber zugleich, Optimismus zu verbreiten.

Engagierte

In der Lausitz haben sich vielfältige zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Strukturen entwickelt, die die Lausitzer Zukunft jenseits der Kohle heute schon denken und leben. Einige davon sind aus der Umweltbewegung hervorgegangen. Diesen Engagierten steht ein gravierender Wandel bevor, denn die geübten Anlässe und Auslöser ihres Handelns, das heißt Tagebauerweiterungen oder Umsiedlungen, werden bald nicht mehr stattfinden.

Die Kohle längst hinter sich gelassen haben jene, deren Themen beispielsweise Industriekultur, ökologische Landwirtschaft, verwaiste Bahnhöfe oder digitale Bildung sind. Viele von ihnen bearbeiten damit auch die Folgen der Strukturbrüche der 1990er Jahre. Sie sind in ihrer eigenen Weise hoch engagiert, weil sie die Strukturchwäche der Zivilgesellschaft mit Geist, Witz, Kreativität und hohem persönlichem Aufwand kompensieren.

Leben und wirken in der Lausitz heißt für sie, ihre eigenen Geschicke an die Region zu binden und die Grenzen zwischen Arbeit und Engagement aufzulösen. Sie sind stark vernetzt, aber auch strukturell überfordert. Finanzielle, personelle und zeitliche Ressourcen sind so knapp, dass sie in hohem Maße von Zuwendungen der öffentlichen Hand abhängig sind. Damit entsteht eine Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Ressourcen. Ihre Wirkung im unmittelbaren Umfeld ist erheblich, doch können zusätzliche Herausforderungen oder Gelegenheiten oft nicht er-

kannt und wahrgenommen werden. Sie gehören meistens zur mittleren Generation und damit zur Gruppe derer, die in großen Teilen in den 1990er Jahren abgewandert ist. Die vergangenen und gegenwärtigen Erfahrungen, dass die Ressourcen knapp sind und nichts geschieht, wenn es nicht in Eigenregie angegangen wird, prägen diese speziellen und unverzichtbaren Lausitzer Engagierten.

Strukturwandelorganisator*innen

Dass der Strukturwandel kommen würde, war und ist den politischen Akteur*innen bewusst. Deswegen haben sie im Rahmen ihrer administrativen Möglichkeiten versucht, Ressourcen für das Vorausdenken bereitzustellen. Ein Resultat davon ist die Zukunftswerkstatt Lausitz, die versucht, Entwicklungspfade der Lausitz zu identifizieren und dabei möglichst viele Bürger*innen und Stakeholder zu involvieren.

Gerade bei den Zukunftsentwickler*innen entsteht aufgrund der noch unsicheren Förderstrukturen eine Situation, in der komplexe Fragen und Prozesse unter Vollgas entwickelt werden müssen, um insgesamt ein Schnecken tempo zu erreichen. Der Gegendruck von Bürgermeister*innen, Engagierten und Bürger*innen ist dabei spürbar: Die einen haben eine veritable Strukturwandelphobie entwickelt, die sie gegen jede, wenn auch nur imaginierte Veränderung ins Feld führen. Die anderen wiederum versuchen, ihre Position für die Zukunft möglichst zu optimieren, auch wenn das auf Kosten gemeinsamer Positionierungen geht.

Das Fehlen potenter, nicht staatlicher Institutionen, wie beispielsweise Stiftungen, führt dazu, dass die Strukturwandelorganisator*innen von den kommunalen Verwaltungen beauftragt wurden, die wiederum das größte institutionelle Beharrungsvermögen aufweisen. Während die Chance auf die Bildung einer Verantwortungs gemeinschaft greifbar ist, können beziehungsweise wollen die Auftraggeber*innen nicht anders, als kreative Lösungen, innovative Methoden und selbstständiges Handeln durch Verwaltungsvereinbarungen, minutiöse Mittelbescheide und langsame Entscheidungswege fast bis zum Stillstand einzuhegen. Dass die Lausitz obendrein noch in zwei Bundesländern und in Polen liegt, regional weitläufig und infrastrukturell schlecht erschlossen ist, macht es für das Zukunftsdenken noch schwieriger, denn es geht gleichzeitig um das Was, das Wie und auch noch um das Wo.

Auszubildende

Im Strukturwandeldiskurs der Lausitz stehen die unter 25-Jährigen im Fokus, die gerne in der Region bleiben würden. Darunter kommt jenen einen Schlüsselrolle zu, deren Eltern nach dem Umbruch 1989/1990 nicht abgewandert sind, die das familiär verankerte Narrativ der Strukturbruchfolgen kennen und sich heute fragen: Gehen oder Bleiben?

Die Auszubildenden des Energieunternehmens LEAG nehmen eine besondere Rolle ein. Ihre Ausbildung wäre früher eine Garantie für berufliche Entwicklung, guten Lohn und eine stabile Perspektive in der Region gewesen. Mit dem Kohleausstieg ändert sich auch ihr Status: In der Berufsschule sind sie nicht mehr stolze Azubis der LEAG, sondern von ihren Schulkolleg*innen kritisch hinterfragte „Klimasünder“.¹⁹ Greta Thunberg ist über Nacht zur Symbolfigur ihrer Generation, aber nicht für die Auszubildenden selbst geworden. Nur wenige außerhalb ihres Umfeldes können ihre Argumente gegen die Umsetzung der Energiewende nachvollziehen.

Ob sie nach ihrer Ausbildung übernommen werden, ist ungewiss. In Workshops erfahren wir, dass diese Veränderungen die häufig regional und kulturell verwurzelten Auszubildenden verunsichern. Biografisch und familiär stark mit der Kohleindustrie verbunden, ist für sie noch ungeklärt, wo ihr Platz in der Transformation sein kann. Sie verärgert, dass ihr erfahrungsbasiertes Denken, wie eine Energiewende gestaltbar wäre, bestenfalls am Rande vorkommt, obwohl sie als Auszubildende in der Energiebranche viele Einblicke liefern können. Peu à peu müssen sie neue Orientierungspunkte entwickeln, um ihr Wissen und ihre Ressourcen so in die Strukturwandeldynamik zu integrieren, dass sie sich selbst zum unverzichtbaren Bestandteil des Wandels werden lassen.

GLEICHZEITIGKEIT UND UNSICHERHEIT

Die fünf beschriebenen Personengruppen teilen, dass sie damit konfrontiert sind, gleichzeitig stattfindende Prozesse zu erfassen und zu konzeptualisieren, die auch noch in unterschiedlichen Dringlichkeiten auftreten. Nach der deutschen Wiedervereinigung war Hoffnung auf Verbes-

¹⁹ Gespräch mit Ausbilder, Kraftwerk Jänschwalde, 10.9.2019.

serung eine Triebfeder des Aufbruchs. Die Enttäuschungen von damals und die Verdrängung an den sozialen, geografischen und politischen Rand stehen heute als Hemmnisse vor einigen der Strukturwandelakteur*innen.²⁰ Zuweilen stecken sie auch in ihnen selbst. Dies verstärkt die Krisenwahrnehmung, da progressive und strukturkonservative Positionen miteinander ringen. Die Belastbarkeit demokratischer und administrativer Verfahren kommt an ihre Grenzen, da sie selbst angezweifelt werden.

Die Lausitzbeauftragten versuchen, mehrere parallele Entscheidungsprozesse zu koordinieren, während die Strukturwandelorganisator*innen beklagen, dass die konkrete Gestaltung von Strukturwandel ausgebremst wird, solange Entscheidungswege und politische Ideen für eine zukunftsfähige Lausitz unklar bleiben. Lausitzer Bürgermeister*innen wollen schnelle Erfolge vor Ort zeigen, doch ihr Verhältnis zu den außerhalb der Lausitz skizzierten optimistischen Szenarien ist gespalten. In einem Klima hoher Dringlichkeit sind sie gleichzeitig laut und abwartend, hängen doch ihre Spielräume von Entscheidungen der Bundes- und Landesebene ab.

Die hier skizzierten Akteur*innen erleben den Strukturwandel in sehr unterschiedlichen Phasen. Während die Progressiv-Engagierten bereits beweisen, dass alte Fabrikhallen auch als Co-Working-Spaces funktionieren, kämpfen Strukturwandelorganisator*innen um Gehör in den Landratsämtern. LEAG-Azubis sehen sich stigmatisiert, weil ihr „neues“ Wissen und ihre „neue“ Position doch schon heute zum Gestern gehören. Die Bürgermeister*innen vollführen einen kommunikativen Spagat: Sie sprinten von der LEAG-Veranstaltung zur Eröffnung des Co-Working-Space und müssen beides wichtig und gut finden. Die Problem Diagnosen der verschiedenen Akteur*innen unterscheiden sich daher berechtigterweise sehr voneinander.

Allen Akteur*innen gemeinsam sind hingegen die Strukturunsicherheiten und damit einhergehende Konkurrenzen um stabilisierende Ressourcen. Von Engagierten bis Azubis wird deutlich, dass das Bestehende und damit die Orientierungspunkte bröckeln. Hier verdichten

sich auch überregionale Trends, die im Strukturwandel jedoch stärker hervortreten, darunter die demografische und infrastrukturelle Entwicklung ländlicher Räume im Allgemeinen, die Digitalisierung oder der Trend zur postindustriellen Gesellschaft. Angesichts dessen sind Selbstverständlichkeiten und Selbstverständnisse volatil.

Lausitzbeauftragte und ihre Landesregierungen versuchen mittlerweile, den sich zäh vollziehenden Wandel voranzubringen und dabei in den kurzen Legislaturperioden Erfolge zu zeigen. Wie die Lausitzer*innen selbst zu Akteur*innen und Ressourcen des Wandels werden können, bleibt für sie zurzeit noch eine offene Frage. Ist eine stärkere Beteiligung der Bürger*innenschaft jenseits von Wahlen ein probates Mittel? Die Herausforderung besteht darin, Bürger*innen nicht bloß zur Legitimierung und Akzeptanzsteigerung bereits getroffener Entscheidungen zu beteiligen, sondern bereits in Entscheidungsfindungsprozesse einzubeziehen.

HERAUSFORDERUNGEN IM STRUKTURWANDEL

Aus den beiden grundlegenden Dynamiken – Gleichzeitigkeit und Strukturunsicherheiten – ergeben sich Hürden im Strukturwandel. Die Erfahrungen des Strukturbruchs in den 1990er Jahren sind tief im kollektiven Gedächtnis verankert, und derzeitige Herausforderungen – beispielsweise die soziale, demografische und infrastrukturelle Erosion ländlicher Räume – wiegen umso schwerer. Kohleausstieg und Strukturwandel sorgen dafür, dass seit Jahrzehnten schwelende **Konflikte** über den Umgang mit gesellschaftlichem Wandel nicht zur Ruhe kommen. Die Hoffnung auf eine Beruhigung der Region hat sich nicht erfüllt, auch weil die Verbindlichkeit des KWSB-Kompromisses bisher unklar bleibt. Gesellschaftliche Gruppen haben sich darauf eingerichtet, ihre Position in Abhängigkeit von der Kohle – pro oder contra – zu definieren. Den Bezugspunkt Kohleindustrie loszulassen, nach vorne zu schauen und Verantwortungsgemeinschaften durch sektorenübergreifende Kooperationen zu schaffen, scheint aktuell noch schwierig.

Überzogene Erwartungen an den Strukturwandel machen Enttäuschungen wahrscheinlich. So erklären Bund und Länder die Lausitz zur eu-

²⁰ Vgl. Victoria Luh, Randständigkeit. Der Lausitzer Kohleausstieg im Kontext gesellschaftlicher Entkopplungserfahrung nach 1989. Eine Ethnographie im Landkreis Spree-Neiße, Masterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin 2019.

ropäischen Modellregion für den Strukturwandel. Diese Zielsetzung liest sich schon 20 Jahre vor dem Ende der Kohle wie eine Anleitung zum Scheitern. Eine so symbolträchtige Rahmung erfordert eine soziale und kulturelle Entwicklung, die nicht *top down* verschrieben werden kann. Ehrlicher wäre es zuzugeben, dass nicht jede*r Einzelne vom Strukturwandel profitieren wird und dass auch der erneute Wandel der Region für manche schmerzlich wird. Zudem sollte das Beharrungsvermögen von Institutionen und Organisationen nicht unterschätzt werden, deren Funktionen sich durch den Kohleausstieg verändern.

Derzeit sind die **Mitgestaltungsmöglichkeiten** für Lausitzer*innen im Strukturwandel ungenügend; auch so lassen sich die Ergebnisse der Landtagswahlen lesen. Wenn Bürger*innen bei wegweisenden Zukunftsentscheidungen nicht beteiligt werden, drücken sie ihr Unbehagen und Missfallen unter anderem in Wahlen aus. Mit finanziellen Ankündigungen allein werden sie nicht für den Wandel gewonnen. Es müssen die Versäumnisse der 1990er Jahre behoben werden, wo die heute verbreitete Wahrnehmung der **Fremdbestimmung** entstanden ist. Die Gleichzeitigkeit von massiver Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Finanzschwäche und Verwaltungsumbau hat die Erfahrung verfestigt, dass Veränderungen zu struktureller Überforderung führen und dass wichtige Entscheidungen immer außerhalb der Region getroffen werden.

Es ist bisher unklar, welche Rolle Nachhaltigkeit in all ihren Aspekten im Strukturwandel in der Lausitz spielen soll. Der Kohleausstieg ist nicht gleichzusetzen mit einem Wandel hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Im Gegenteil, Bundesregierung und Landesregierungen zögern, konsequent neue Wege zu beschreiten. Die Folge ist, dass **nicht nachhaltige Strukturen** fortbestehen. Auch ist die Versuchung groß, ein wiederum dominantes Großunternehmen in die Region zu locken, anstatt die mittelständischen und kleinteiligen Stärken der Region zu nutzen. Resilienz, das heißt die Fähigkeit, Krisen mit endogenen Kräften zu meistern, fördert dieser Weg nicht. Durch die Fortschreibung nicht nachhaltiger Wirtschaftsmodelle und Lebensweisen wird die Chance vertan, dass die Lausitz als zukunftsfähige Region einen strategischen Vorteil gewinnt.

Die beschriebenen Herausforderungen machen deutlich: Der Strukturwandel in der Lausitz braucht Zeit und sollte nicht mit Erwartungen überfrachtet werden. Die anstehende Transformation ist ein Anlass, damit Lausitzer*innen sich darüber verständigen können, in welcher Zukunft sie leben wollen – in wirtschaftlicher, sozialer, politischer, ökologischer und kultureller Hinsicht. Konflikte sind dabei unvermeidlich, können jedoch produktiv wirken. Was aber braucht es konkret für die Region? Wie können Bürgermeister*innen, Lausitzbeauftragte, Engagierte, Strukturwandelorganisator*innen, junge Auszubildende und Andere Protagonist*innen des Wandels werden?

Der Strukturwandel wird ausgelöst und flankiert von der Bundesebene, umgesetzt und gestaltet werden muss er jedoch lokal. Dazu sind **Spielräume** auf der lokalen und regionalen Ebene nötig, in denen die Akteur*innen bestenfalls kooperativ lernen und auch scheitern dürfen. Bürger*innen, Bürgermeister*innen und Engagierte müssen Gelegenheiten finden, in denen sie ihr Wissen und ihre Ideen aufdecken und einbringen können. Nach jahrzehntelangem Ausharren, wie in Berlin, Potsdam oder Dresden entschieden wird, müssen Ownership und Gestaltungswille in politischen Prozessen erst ausgebaut werden. Lokales Wissen muss stärkere Berücksichtigung finden, denn die Lausitz ist schon aufgrund ihrer Geschichte voller Strukturwandelexpert*innen. Für die bundes- und landespolitischen Weichenstellungen bedeutet dies, dass Entscheidungen über Projekte und Förderprioritäten auch in der Lausitz selbst getroffen werden müssen. Das verändert jedoch Routinen und verkleinert Entscheidungsspielräume etablierter politischer Akteure*innen. Im besten Fall kann sich aber so ein Mentalitätswandel vollziehen, in dem Erfolge im Strukturwandel auch als die eigenen verstanden werden. Von größeren Spielräumen und Vertrauen in ihre Kompetenzen profitierten so gut wie alle von uns beschriebenen Gruppen.

Dieser Ansatz schlägt sich in **neuen Formen der Mitbestimmung und strukturierter Beteiligung** nieder, die die demokratischen Verfahren ergänzen können. Beteiligung bietet hierbei die Gelegenheit, eine gemischte Gruppe von Bürger*innen zu erreichen, die über Interessengruppen hinausgeht. Beteiligung und Mitbestimmung können daher zu besseren Ergebnissen im

Strukturwandel führen,²¹ da die lokalen Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden. Auch kann sich die Selbstwirksamkeit derjenigen erhöhen, die sich bisher übergangen fühlen. Erste Schritte in diese Richtung wurden in der Lausitz im Rahmen der Zukunftswerkstatt bereits unternommen, bisher allerdings mit geringer Reichweite und Wirkung. Die konsequente und kontinuierliche Übung im Miteinander auch über Meinungsgrenzen hinweg ist in der Lausitz ebenso wie an vielen anderen Stellen noch schwer. Beteiligungsverfahren dürfen jedoch nicht nur zur Akzeptanzbeschaffung verwendet werden, vielmehr müssen sie echte Gestaltungsspielräume eröffnen. Vorschläge dazu, welche Rolle unter anderem Bürgerausschüsse im Strukturwandel spielen können, haben wir an anderer Stelle bereits ausgearbeitet.²²

Angesichts der oben beschriebenen Unsicherheiten ist es zudem notwendig, zu klären, welche Rolle **Nachhaltigkeit** im Strukturwandel spielen soll. Hierfür braucht es zunächst einen Verständigungsprozess innerhalb der Lausitz. Nicht nur das Ob, auch das Wie ist hier noch eine offene Frage. Fördermittelgebende müssen sich aber ebenfalls positionieren, welchen Stellenwert Nachhaltigkeit in der Entwicklung früherer Bergbauregionen jenseits des Kohleausstiegs haben soll. Wandel kann dabei auch als Chance verstanden werden, verschiedene Ziele im Sinne der Nachhaltigkeit miteinander in Einklang zu bringen und integriert zu denken, um nicht in einigen Jahren die nächsten Enttäuschungen durch Niedriglohnjobs oder fehlgeleitete Infrastrukturinvestitionen zu provozieren.

Auf kultureller Ebene kann dieser Fokus weiterhin dazu beitragen, die **symbolische Dimension der Kohle von der ökonomischen zu entkoppeln**. Nur so kann es gelingen, die vergangene Bedeutung der Kohle und der Menschen in dieser Industrie zu würdigen und trotzdem das Ende des fossilen Zeitalters ernsthaft ins Auge zu fassen. Trotz des anvisierten Kohleausstiegs ist dieses Ziel ja noch bei Weitem nicht erreicht, we-

der in den kohlenahen Industriezweigen noch in der hegemonialen Lebensweise im Allgemeinen. In jedem Fall ist es für die Lausitz aber wichtig, diejenigen, die bisher von der Kohle leben, nicht zu verteufeln und ihre Expertise für den Strukturwandel mit an Bord zu holen. Beispiele aus Schottland, Nordfrankreich oder dem Ruhrgebiet können hier Impulse geben, wie das Erbe der Region trotz des Wandels fortbestehen kann. Eine stärkere Besinnung auf Nachhaltigkeit kann weiterhin dazu beitragen, den kulturellen Reichtum zu würdigen, den die Lausitz genießt. Dies betrifft nicht zuletzt die sorbische und wendische Kultur in der Region,²³ die in der Vergangenheit besonders unter der Abbaggerung von Dörfern gelitten hat.

Abschließend lässt sich sagen, dass der Kohleausstieg in der Lausitz stellvertretend für weitere unabdingbare sozialökologische Transformationen stehen kann. Die strukturelle Herausforderung, in relativ kurzer Zeit interdependente Entscheidungen in von Unsicherheit geprägten Kontexten zu treffen, wird dabei eher größer als kleiner. Mit dem Strukturwandel in der Lausitz eröffnet sich nun eine Gelegenheit, politische, administrative und ökonomische Strukturen auf Nachhaltigkeit umzustellen.

KONRAD GÜRTLER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz“ am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam.
konrad.guertler@iass-potsdam.de

VICTORIA LUH

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz“ am IASS Potsdam.
victoria.luh@iass-potsdam.de

JOHANNES STAEMMLER

ist Leiter des Projekts „Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz“ am IASS Potsdam.
johannes.staemmler@iass-potsdam.de

²¹ Vgl. Patrizia Nanz/Claus Leggewie, *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*, Berlin 2016.

²² Vgl. Johannes Staemmler et al., *Die Lausitz nach den Wahlen – aktive Beteiligung fest verankern*, 6.9.2019, www.iass-potsdam.de/de/blog/2019/09/die-lausitz-nach-den-wahlen-aktive-beteiligung-fest-verankern.

²³ Siehe dazu auch den Beitrag von Fabian Jacobs und Měto Nowak in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

MEHRWERTE SCHAFFEN

Wie der Strukturwandel in der Lausitz von der sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit profitieren kann

Fabian Jacobs · Měto Nowak

Die Lausitz befindet sich vor allem seit dem 19. Jahrhundert immer wieder in wirtschaftlichen Strukturwandelprozessen. Sei es die Modernisierung der Landwirtschaft, der Aufbau der Kohle-, Textil- und Glasindustrie, die Entwicklung des Tourismus insbesondere seit der Erschließung des Spreewalds durch die Eisenbahn von Berlin aus Ende der 1860er Jahre, der massive Ausbau der Industrie in der DDR, die Deindustrialisierung nach 1990 oder der Ausbau der Kreativwirtschaft und des Dienstleistungssektors – wirtschaftlicher Strukturwandel ist weder ein singuläres noch ein überraschendes Ereignis.

Auch die ethnische und sprachliche Struktur der Lausitz befindet sich in einem dauerhaften Wandlungsprozess. Im Rahmen der Völkerwanderung ließen sich slawische Stämme in der zu der Zeit weitgehend siedlungsleeren Region nieder, machten sie urbar und gaben ihr den Namen Łużyca, der auf Sumpfland verweist. Durch die mittelalterliche Ostkolonisation nahm der deutsche Bevölkerungsanteil stetig zu.⁰¹ Begleitet durch Germanisierungsprozesse von Kirche, Staat, Schule und Gesellschaft führte dies vor allem ab dem 19. Jahrhundert in weiten Teilen der Ober- und Niederlausitz zur Ablösung des Sorbischen⁰² als Umgangssprache durch das Deutsche. Verstärkt wurde dies durch Industrialisierungs- und gesellschaftliche Modernisierungsprozesse, aber auch durch weiteren deutschen Bevölkerungszug ab der Mitte des 20. Jahrhunderts. Daher gibt es – abgesehen von wenigen Gemeinden in der Oberlausitz – heute keine mehrheitlich sorbischen Kommunen und nur noch wenige erstsprachlich-sorbische Milieus. Die Mehrheit der Sorbinnen und Sorben spricht kein Sorbisch. Sorbisch-deutsche Mehrsprachigkeitskompetenz ist, wenn überhaupt in der Region, eher auf sorbischer denn auf deutscher Seite anzutreffen.⁰³

Dennoch ist die historisch gewachsene Mehrsprachigkeit ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen aktuell im Fokus stehenden, vom Ausstieg aus der Kohleverstromung betroffenen Strukturwandelregionen Deutschlands. Für die Region Lausitz existieren keine einheitlich definierten, verbindlichen Grenzen administrativer, natur- und kulturräumlicher oder historischer Art. Sie ist im Inneren äußerst heterogen. Es gibt vorwiegend landwirtschaftlich und dörflich geprägte Räume ebenso wie alt-industrialisierte und industrialisierte, eher kleinstädtische Gebiete und schließlich in der Mitte die Großstadt Cottbus/Chóśebuz mit mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Historisch gehörte die Lausitz nie zu einem einheitlichen administrativen Gebilde. Bis heute ist sie auf verschiedene Staaten aufgeteilt. Einst waren das Brandenburg/Preußen und Sachsen, aber auch Böhmen und Polen. Heute sind es Deutschland, Polen und (je nach Definition) auch Tschechien. Die Grenzverläufe innerhalb der Lausitz variierten dabei immerzu. Somit durchliefen die verschiedenen Teile der Lausitz auch stets unterschiedliche politische, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Entwicklungen. Historisch gesehen, sind die über Jahrhunderte andauernde slawische Prägung der Region sowie die deutsch-slawische Beziehungsgeschichte das einzige verbindende Element der gesamten Lausitz. Wie die daraus resultierende Mehrsprachigkeit im Sinne regionaler Identität und räumlicher Selbstdefinition im aktuellen Strukturwandelprozess fruchtbringend genutzt werden kann, wird im Folgenden ausgelotet.

SORBISCHES SIEDLUNGSGEBIET

Als territorialer Ausgangspunkt für diese Überlegungen dient das aktuelle sorbische Siedlungsge-

biet. Es ist nicht zu verwechseln mit dem einstigen slawischen Siedlungsgebiet oder dem Gebiet, in dem generell heute Sorbinnen und Sorben leben. Es handelt sich um einen Rechtsbegriff, mit dem die Länder Brandenburg und Sachsen den territorialen Anwendungsbereich von einigen Minderheitenrechten definieren. Dieser umfasst Gemeinden und Gemeindeteile, in denen beispielsweise ein Mindestmaß an öffentlicher Zweisprachigkeit und an sorbischen Bildungsangeboten vorzuhalten sind. Damit verfügen diese Kommunen über eine Infrastruktur, um Sorbisches sichtbar zu machen, Mehrsprachigkeit zu fördern und aufrechtzuerhalten.

Die Definition und Begrifflichkeit ist in den beiden Bundesländern nicht identisch. Insbesondere in Brandenburg ist die Zugehörigkeit von Kommunen zum Siedlungsgebiet seit nunmehr 25 Jahren Diskussionsstoff. Der durch Artikel 25 der Landesverfassung von 1992 vorgegebene Terminus „angestammtes Siedlungsgebiet“ weist zum einen eine historische und „nicht deutsche“ Konnotation auf, die zahlreiche Abwehrreaktionen bei mit dem Sorbischen nicht (mehr) verbundenen Einwohnerinnen und Einwohnern entsprechender Gemeinden hervorruft. Maßgeblich für die Zugehörigkeit waren von 1994 bis 2014 laut Sorben/Wenden-Gesetz ein enges Lagekriterium in bestimmten Ämtern sowie der Nachweis von Sprache und Kultur.⁰⁴ Die prekäre Sprachsituation und Fehleinschätzungen in den 1990er Jahren bezüglich vorhandener sorbischer Selbstidentifikation bei der Umschreibung des Lagekriteriums gepaart mit einer kommunalen, vor allem von Befürchtungen finanzieller Folgekosten durch die öffentliche Zweisprachigkeit genährten Tendenz, sich als nicht zugehörig zu erklären, führten dazu, dass aus sorbischer Sicht das juristisch festgestellte Siedlungsgebiet nicht dem

tatsächlich wahrgenommenen entsprach.⁰⁵ Nach einer Novellierung 2014 sah das nunmehrige Sorben/Wenden-Gesetz ein gelockertes Lagekriterium und den Nachweis von lediglich Sprache oder Kultur sowie eine zweijährige Möglichkeit der Neufeststellung der Zugehörigkeit von Gemeinden oder Gemeindeteilen durch das Land vor.⁰⁶ Dieser Prozess ist weitgehend abgeschlossen. Einige Gerichtsprozesse, in denen sich Gemeinden gegen die Zuordnung zum angestammten Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden wehren, sind jedoch noch anhängig. In Sachsen lief ein ähnlicher Feststellungsprozess im Vorfeld der Erarbeitung des Sächsischen Sorbengesetzes (SächsSorbG), das 1999 verabschiedet wurde. Es enthält eine abschließende Liste der Gemeinden und Gemeindeteile des sorbischen Siedlungsgebietes.

Auffällig ist, dass sowohl im Alltagsverständnis als auch in der sorabistischen Literatur⁰⁷ und der Medienberichterstattung Funktion und Definitionskriterien des „angestammten Siedlungsgebietes“ bis heute kaum reflektiert werden. Häufig werden Sprach- und Siedlungsgebiet, historische und aktuelle Gebietsbeschreibungen gleichgesetzt und wenig hinterfragt, auf welcher Datengrundlage und mit welchen „Sorben“-Definitionen die entsprechenden Gebiete beschrieben wurden und werden. In der aktuellen Rechtsordnung wird das Sorbisch-Sein nicht an die Sprachbeherrschung gebunden. Jeder und jedem steht die (nicht nachprüfbar) Selbstidentifikation mit dem Sorbischen frei.⁰⁸ Das auch daraus resultierende Fehlen von Statistiken zu den nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland kollidiert mit einer oft verbreiteten Erwartungshaltung vermeintlich klarer (gegebenenfalls quantitativer) Sprachgebietsabgrenzungen.⁰⁹

Die Summe der Kommunen des sorbischen Siedlungsgebiets bildet den territorialen Rahmen für die Maßnahmen des Minderheitenschutzes,

01 Vgl. Karlheinz Blaschke/Peter Schurmann, Kolonisation, in: Franz Schön/Dietrich Scholze (Hrsg.), *Sorbisches Kulturlexikon*, Bautzen 2014, S. 198–202.

02 Auch: des Wendischen. Besonders in der Niederlausitz hat sich die Selbstidentifikation als wendisch erhalten, weshalb in Brandenburg der Terminus „sorbisch/wendisch“ verbreitet ist. Aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Text „sorbisch“ benutzt.

03 Vgl. Roland Marti, Zweisprachigkeit, in: Schön/Scholze (Anm. 1), S. 548–550.

04 Vgl. § 3 Gesetz über die Ausgestaltung der Rechte der Sorben/Wenden im Land Brandenburg (Sorben/Wenden-Gesetz – SWG) i. d. F. von 1994.

05 Vgl. Měto Nowak, Stillstand, Wandel und Gesetz. Zur Definition des sorbischen Siedlungsgebiets im brandenburgischen Sorben(Wenden)-Gesetz, in: *Létopis* 2/2010, S. 4–14.

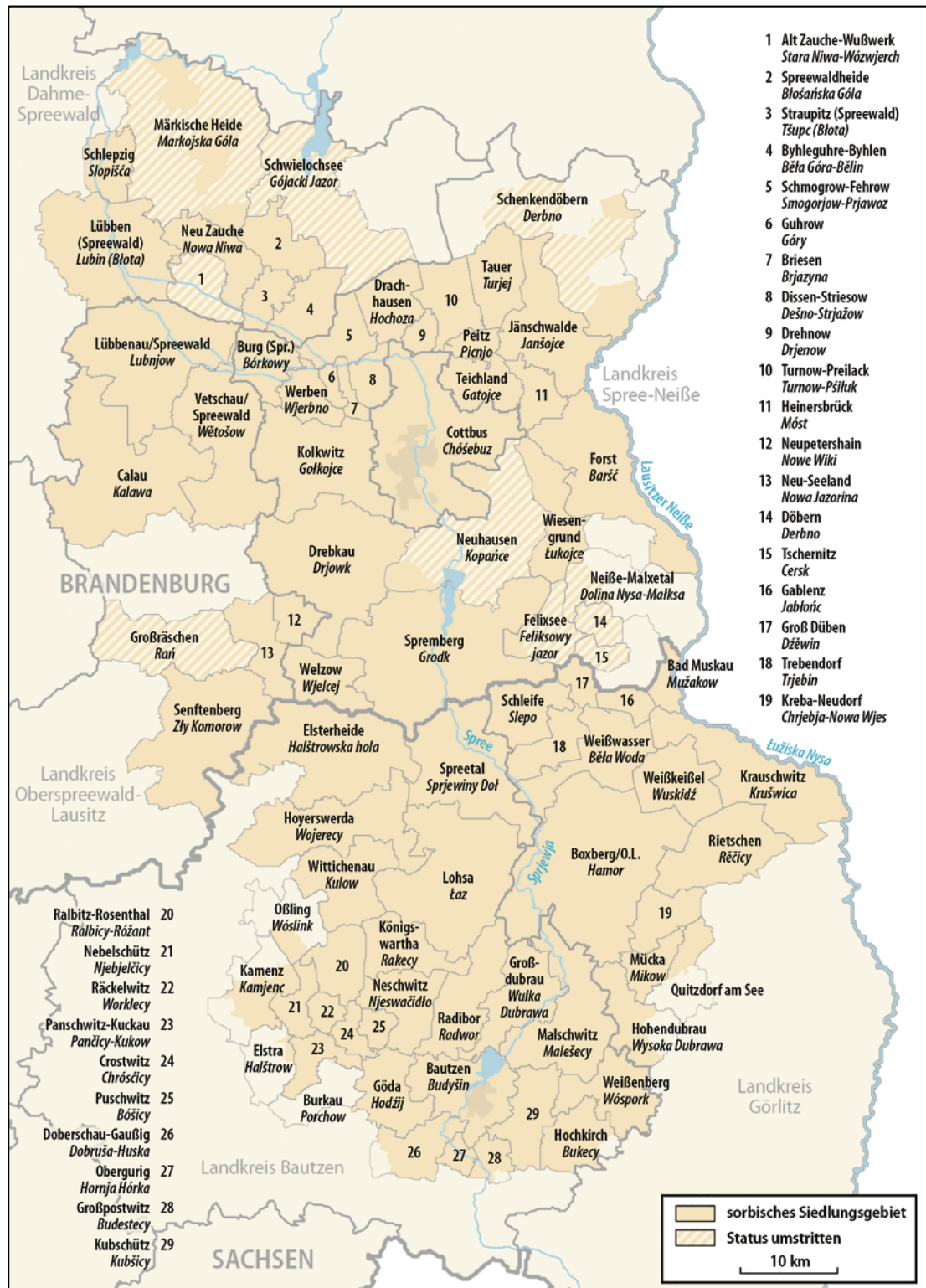
06 Vgl. §§ 3 und 13c SWG i. d. F. von 2014.

07 Vgl. z. B. Ludwig Elle, Siedlungsgebiet, in: Schön/Scholze (Anm. 1), S. 361–363.

08 Vgl. § 2 SWG und § 1 SächsSorbG.

09 Vgl. dazu Ludwig Elle, Wie viele Sorben gibt es – noch? Oder: Kann und soll man Minderheiten zählen?, in: Elka Tschernokoshewa/Ines Keller (Hrsg.), *Dialogische Begegnungen. Minderheiten – Mehrheiten aus hybridologischer Sicht*, Münster 2011, S. 209–223.

Sorbisches Siedlungsgebiet



Quelle: NordNordWest [CC BY-SA 3.0 DE <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>]

um Bildungs- sowie eine kulturelle Infrastruktur vorzuhalten. Alltägliche sorbische Sprachanwendungen und Mediennutzungen, die vielfältigen Aktivitäten im Umgang mit dem sorbischen kulturellen Erbe sowie die Tätigkeiten sorbischer Institutionen und Vereine finden darin eingebettet vorwiegend auf kommunaler Ebene statt, wo sorbische Sprache und Kultur durch kommunalpolitisch und zivilgesellschaftlich engagierte Bewohnerinnen und Bewohner verhandelt, gelebt und weiterentwickelt werden.

SORBISCHE BILDUNGSINFRASTRUKTUR

Seit den 1950er Jahren wurde eine sorbische Bildungsinfrastruktur aufgebaut, die das formelle Erlernen der beiden Schriftsprachen Niedersorbisch und Obersorbisch ermöglicht. In derzeit 42 Kindertagesstätten, 40 Grundschulen, neun Oberschulen, vier Gymnasien – und hier insbesondere den beiden sorbischen Gymnasien in Cottbus/Chóšebuz und Bautzen/Budyšin – wird derzeit jeweils eine der sorbischen Sprachen als Begegnungs-, Fremd-, Zweit- und in Sachsen auch als Muttersprache vermittelt. Es handelt sich bei allen Schulen um staatliche Regelschulen mit sorbischen Bildungsangeboten. Für die Kindertagesstätten wurde das immersive „Witaj“-Konzept¹⁰ entwickelt und ab 1998 umgesetzt, an das sich in Brandenburger Schulen der bilinguale Witaj-Unterricht beziehungsweise in Sachsen das Modell „2plus“ anschließen. Mit diesem über Jahrzehnte aufgebauten bilingualen Bildungssystem verfügt die Lausitz über ein Knowhow, das oft übersehen wird, wenn andernorts punktuell bilinguale Angebote erprobt oder aufgebaut werden. Die überwiegend fakultativen Angebote stehen allen offen, nicht nur Kindern und Jugendlichen aus sorbischen Familien. Somit ist das historisch gewachsene mehrsprachige Potenzial der Region partizipativ angelegt und für alle zugänglich. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für eine positive Wertschätzung der sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit in der Lausitz.

Derzeit nur im Land Brandenburg gibt es zudem eine etablierte Infrastruktur in der Erwach-

senenbildung. Die Schule für niedersorbische Sprache und Kultur bietet nicht nur Sprachkurse in unterschiedlichen Formaten und für verschiedene Zielgruppen an. Sie vermittelt auch historisches Wissen sowie künstlerische und handwerkliche Techniken und bietet damit eine wichtige Plattform für den Erhalt von Sprache und Kultur einerseits und den gesellschaftlichen Austausch in der Niederlausitz andererseits. In der Oberlausitz gibt es Sprachkurse, die beispielsweise durch das Witaj-Sprachzentrum oder in Zusammenarbeit mit Volkshochschulen organisiert werden.

Die universitäre Lehre als eigenständiges Fach Sorabistik und zur Lehrkräfteausbildung für den Sorbischunterricht ist derzeit länderübergreifend an der Universität Leipzig angesiedelt.¹¹ Fachspezifische sorabistische Lehre ist vereinzelt an diversen nationalen und internationalen Universitäten und Fachhochschulen anzutreffen. Sie weist jedoch keine Kontinuität auf und ist abhängig vom Wissen und Interesse der jeweiligen Dozentinnen und Dozenten. Das Einwirken auf Diskurse und gesellschaftliche Prozesse in der Lausitz ist in allen Fällen begrenzt.

SORBISCHE KULTURELLE INFRASTRUKTUR

Im Zuge der DDR-Minderheitenpolitik wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein Netzwerk kultureller Einrichtungen aufgebaut, um einen institutionell geförderten Rahmen für die kulturellen Aktivitäten und die Rezeption sorbischer Sprache und Kultur zu schaffen. Nach der politischen Wende von 1989 blieb die Struktur grundsätzlich erhalten, wurde teilweise transformiert und erweitert. Gestützt auf eine Protokollnotiz zum Einigungsvertrag wurde 1991 die Stiftung für das sorbische Volk gegründet, um in gemeinsamer Finanzierung durch den Bund, den Freistaat Sachsen und das Land Brandenburg die materielle Grundlage für die Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur zu schaffen.¹² Zu den geförderten Institutionen der Stiftung ge-

¹⁰ Unter „immersiv“ wird hier eine Methode des Spracherwerbs verstanden, bei der das Kind in die zu vermittelnde Sprache „eintaucht“, indem diese von Pädagoginnen und Pädagogen konsequent angewendet wird.

¹¹ Vgl. Vereinbarung über eine länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Sorbisch- bzw. Sorbisch/Wendisch-Lehrkräften, Sorabistinnen und Sorabisten, in: Erster Bericht der Landesregierung zur Lage des sorbischen/wendischen Volkes im Land Brandenburg, Landtagsdrucksache 6/7705, S. 161 f.

¹² Vgl. Martin Völkel/Dietrich Scholze, Stiftung für das sorbische Volk, in: Schön/Scholze (Anm. 1), S. 420 f.

hören das Sorbische National-Ensemble als professionelles sorbisches Tanz- und Musiktheater mit den Sparten Orchester, Chor und Ballett und der Domowina-Verlag zur Publikation sorbischer Bücher, Zeitschriften und Zeitungen sowie deutschsprachiger Bücher über sorbische Themen. Des Weiteren zählen das Sorbische Institut als außeruniversitäre Forschungseinrichtung zur Erforschung der Sprache, Kultur und Geschichte der Sorben sowie die im Sorbischen Institut integrierte Sorbische Zentralbibliothek und das Sorbische Kulturarchiv dazu. Als einziges professionelles bikulturelles Theater Deutschlands wird das Deutsch-Sorbische Volkstheater gefördert, zudem als museale Einrichtungen zu sorbischer Kultur und Geschichte in der Niederlausitz das Wendische Museum in Cottbus/Chóšebuz und in der Oberlausitz das Sorbische Museum in Bautzen/Budyšin.

Auch die Schule für Niedersorbische Sprache und Kultur und die Domowina – Bund Lausitzer Sorben e. V. mit ihrem Witaj-Sprachzentrum werden von der Stiftung für das sorbische Volk gefördert. Die Domowina wurde 1912 als Dachverband sorbischer Vereine und Vereinigungen gegründet. Insgesamt 7300 Mitglieder in zahlreichen Ortsgruppen, fünf Regionalverbänden und 13 überregional wirkenden Vereinen organisieren hier als wesentlicher Teil der sorbischen Zivilgesellschaft ihre kulturellen Aktivitäten. Als Interessenvertreterin und Sprecherin des sorbischen Volkes ist sie zudem die Schnittstelle zur Verhandlung vieler kultur- und bildungspolitischer sowie infrastruktureller Angelegenheiten.¹³

SORBISCH-DEUTSCHE MEHRSPRACHIGKEIT ALS MEHRWERT

Das Mit-, Neben- und mitunter auch Gegeneinander der verschiedenen angestammten und migrantischen Sprachen, Kulturen und Identitäten hat über die Jahrhunderte soziokulturelle Traditionen und Innovationen in der Bewältigung multikultureller und mehrsprachiger Kontexte hervorgebracht. Das gilt auch für die Bildung und Aushandlung regionaler und lokaler Identitäten. Vor allem die gewachsene Lausitzer Mehrsprachigkeit, wie sie in der heutigen Bildungsland-

schaft und der kulturellen Infrastruktur lebendig ist, stellt dabei einen Mehrwert dar. Dieser Mehrwert zeigt sich nicht nur im Zusatz an kulturellem Wissen und interkulturellen Kompetenzen, sondern auch in materiellen Werten, die allerdings bisher nur in relativ geringem Umfang als solche erkannt, erschlossen und für die Region „in Wert gesetzt“ werden. Die Herausforderung für die sorbische Gemeinschaft beziehungsweise die Minderheitenpolitik in der Lausitz wäre es daher in erster Linie, zu einer Entfaltung dieser sorbischen Mehrwerte ideeller wie materieller Art beizutragen. Erstrebenswert wäre es einerseits, damit die Überlebensfähigkeit sorbischer Sprache und Kultur im Siedlungsgebiet zu erhöhen, und andererseits – damit einhergehend – zu einer positiven regionalen Entwicklung der gesamten Lausitz beizutragen.

Dass gezielte Minderheitenpolitik in Zeiten struktureller Umbrüche einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl leisten kann, zeigt sich am Beispiel des Strukturwandels in der Region Südtirol (Italien) der 1970er und 1980er Jahre. Im Zuge der Umsetzung des Zweiten Autonomiestatus von 1972 wurde das Zusammenleben der drei dortigen Sprachgruppen der Italiener, Deutschen und Ladinern neu geregelt. Südtirol entwickelte sich infolge von der ärmsten Region Italiens zur wirtschaftlich stärksten Region.¹⁴ Dabei wurde der Fokus auf die Stärkung des ländlichen Raumes nach der einfachen Formel gelegt: Bleiben die materiellen Lebensgrundlagen der Minderheitenangehörigen erhalten oder werden gar verbessert und das soziokulturelle wie natürliche Lebensumfeld intakt, sind das die besten Voraussetzungen für das Überleben einer Minderheitenkultur. Die neu entwickelten Grundsätze in der Raumplanung zielten auf eine endogene Dorfentwicklung – von innen heraus. Dies umfasste beispielsweise die Pflege und Nutzung bestehender Bausubstanzen anstatt der Ausweisung neuer Bauflächen, was zugleich dem Umweltschutz und dem Erhalt bestehender Kulturlandschaften diene. Zudem setzte man sowohl bei der öffentlichen und kulturellen Infrastruktur als auch bei der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe konsequent auf flächendeckende Er-

¹³ Vgl. Annett Bresan, Domowina, in: Schön/Scholze (Anm. 1), S. 102–107.

¹⁴ Vgl. Christoph Pan, Minderheitenschutz und Wirtschaft, in: ders./Beate Sibylle Pfeil/Paul Videsott (Hrsg.), Die Volksgruppen in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen, Bd. 1, Wien 2016, S. 343–383.

schließung mittels einer sogenannten dezentralen Konzentration. Ziel war es, jedes Gehöft mit Straßen-, ÖPNV- und Medienanschlüssen auszustatten und gleichzeitig kurze Wege zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Kulturangeboten und Gewerbebezonen zu ermöglichen. Die Effekte dieser Entscheidung, die Region vom Einzelgehöft her zu denken und zu organisieren statt allein von urbanen Ballungszentren aus, haben nicht nur Angehörige von Minderheitenkulturen im ländlichen Raum zum Bleiben und Zurückkehren bewegt und lokale Strukturen gestärkt. Diese Minderheitenpolitik, über einen eigenen Regionalhaushalt organisiert und durch weitere Maßnahmen wie der Etablierung von drei Amtssprachen flankiert, hat wesentlich zum kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung sowie zur Prägung der Marke „Südtirol“ beigetragen.

Auch wenn die minderheitenrechtlichen Rahmenbedingungen in Südtirol anders gestaltet sind als in der Lausitz, lässt sich die Logik hinter den erfolgreichen endogenen Entwicklungsprozessen in Südtirol in gewissem Sinne übertragen. So besitzen die Kommunen im sorbischen Siedlungsgebiet mit ihrer angestammten Mehrsprachigkeit ähnliche endogene Entwicklungspotenziale, die es im Zusammenwirken der Kommunen sowie regionalen und überregionalen gesellschaftlichen Institutionen zu erkennen und zu nutzen gilt. Entsprechende Maßnahmen für das Gemeinwohl, die zugleich dem Schutz der bedrohten sorbischen Sprachen gemäß der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats von 1992 dienen, ließen sich beispielsweise durch die gezielte Nutzung der Handlungsspielräume der Kommunen entwickeln und umsetzen, wie sie 1985 in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung verankert wurden.

REGIONALE ENTFALTUNG VON MEHRWERTEN

Um den Mehrwert der Lausitzer sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit für die Region auszuschöpfen, muss der Zusatz an damit verbundenen kulturellen Wissensbeständen, interkulturellen Kompetenzen sowie materiellen Werten zunächst als solcher erkannt und erschlossen sein. Ein reiches regionales Wissen liegt etwa in den verschiedensten lokalen Ausdrucksformen des immateriellen Kulturerbes. Traditionelle Handwerkstechniken,

regionale sorbische Dialekte, Lieder, Tänze oder Flurnamen gehören ebenso dazu wie der Brauch der Vogelhochzeit, das Zampern oder das Osterreiten. Letztere wurden zusammen mit vielen weiteren gesellschaftlichen Bräuchen und Festen der Sorben im Jahreslauf 2014 in das bundesweite Verzeichnis „Immaterielles Kulturerbe“ aufgenommen. Regionales Wissen ist auch historisches Wissen zu den Lausitzer Ortschaften, die zum Großteil eine mehr oder weniger kontinuierliche sorbische Komponente in ihren Entwicklungsgeschichten besitzen. Zudem schärft die sorbisch-deutsche Mehrsprachigkeit das Bewusstsein für kulturelle Vielfalt. Sie bietet eine erweiterte Identifikationsmöglichkeit mit der Heimatregion sowie verschiedene Möglichkeiten, sich im Umgang mit kulturellem Anderssein zu üben.

Auch materielle Werte kommen durch die Lausitzer Mehrsprachigkeit zur Geltung. Im Bereich des materiellen Kulturerbes sind das etwa historische Bauformen, Kulturdenkmale, Trachten und andere Lebenszeugnisse sorbischer Kultur. Zudem profitieren Kommunen im sorbischen Siedlungsgebiet von den zusätzlichen finanziellen Mitteln des Bundes sowie Brandenburgs und Sachsens, die in das zweisprachige Bildungswesen und die minderheitenkulturellen Infrastrukturen fließen. Aus ökonomischer Sicht stellt sich das für die Kommunen als Gewinn heraus, da sie produktive Investitionen darstellen und regionale Wirtschaftskreisläufe ankurbeln und fördern.¹⁵ So führt die rechtlich verbrieft Förderung der historisch gewachsenen Mehrsprachigkeit nicht nur zum Mehraufwand des Unterrichts in der Minderheitensprache, sondern auch zum Betreiben von Kindergärten und Schulen, die nicht nur als Bildungsstätten und gesellschaftliche Mittelpunkte in der Gemeinde, sondern ebenfalls als Wirtschaftsunternehmen mit zusätzlichen Arbeitsplätzen anzusehen sind. Um Gebäude zu errichten und zu erhalten, Lehrmaterialien bereitzustellen und sorbische unterrichtergänzende Projekte in der Region vorzunehmen oder den Schülertransport zu finanzieren, werden hier zum Beispiel Investitionen ökonomisch relevant.

Bevor dieser Zusatz an kulturellen Wissensbeständen, interkulturellen Kompetenzen sowie materiellen Werten von den lokalen Akteurinnen und Akteuren für endogene Entwicklungen genutzt werden kann, müssen Wissenslücken be-

¹⁵ Vgl. ebd.

hoben und eventuelle Spannungen und Konflikte gelöst werden, die die Zusammenarbeit vor Ort gegebenenfalls blockieren. Konflikte können sich dabei nicht nur an Themen wie dem Ausstieg aus der Braunkohle oder der Rückkehr des Wolfes entzünden. Es sind auch interethnische Spannungen vorhanden, die etwa im Streit um die Zugehörigkeit zum sorbischen Siedlungsgebiet zum Ausdruck kommen, aber auch bis hin zu sorbenfeindlich motivierten Straftaten reichen. Dazu gehören zum Beispiel wiederkehrende fremdenfeindliche Übergriffe, rassistische Schmierereien sowie das Übermalen sorbischer Namen auf zweisprachigen Beschilderungen.¹⁶

Bildung und interkultureller Dialog sind hier die Stichworte im Kompetenzbereich von Bildungseinrichtungen in der Region, Schulen und auch sorbischen Institutionen wie dem Witaj-Sprachzentrum und der Schule für niedersorbische Sprache und Kultur. Die Vermittlung lokalen und spezifisch sorbischen Wissens wird bei Letzteren bereits auf die Bedürfnisse vor Ort angepasst. Mit kulturellem Wissen und interkulturellen Kompetenzen ausgestattet, bestehen für die lokalen Akteurinnen und Akteure die nötigen Voraussetzungen, um die sorbisch-deutsche Mehrsprachigkeit für die Region in Wert zu setzen. Strategien zur Sprach- und Kulturrevitalisierung sowie neu zu verhandelnde minderheitenpolitische Maßnahmen zur Sprach- und Kulturförderung tragen in diesem Sinne zum Gemeinwohl bei, stärken damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt und haben einen positiven ökonomischen Nebeneffekt. Materielle Wertschöpfungen aus dem kulturellen Erbe heraus finden sich etwa im Bereich des Kulturtourismus, der Kultur- und Kreativwirtschaft oder der ökologischen Landnutzung, die häufig auf lokales, historisches Wissen zu Pflanzen und Anbautechniken zurückgreift und mit der Schaffung regionaler Wertschöpfungsketten verknüpft ist.

INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN

Wenn es im Zuge des Strukturwandelprozesses in der Lausitz gelingt, die Potenziale der sorbisch-deutschen Mehrsprachigkeit auszuschöpfen, ist

mit einem positiven Image als internationalisierte Region zu rechnen, das auch im grenzüberschreitenden Kontext Mehrwerte zu erzeugen vermag. Durch den Austausch und die Weitergabe von Erfahrungswissen mit anderen slawisch-deutschen Regionen könnte ein wichtiger Beitrag im europäischen Sinne des interkulturellen Dialogs und einer Förderung eines Europas der Regionen geleistet werden. Die slawisch-deutschen Regionen finden sich in deutschsprachigen Staaten mit slawischen Minderheiten, slawischen Staaten mit deutschen Minderheiten und nicht zuletzt in zahlreichen Staaten mit deutschen und slawischen Minderheiten. Neben den slawisch-deutschen Kontakträumen gibt es die Minderheitenregionen in Europa, die mit der Lausitz durch eine gewisse periphere Lage und Grenznähe vergleichbar sind und in denen Minderheiten mit den gleichen gesellschaftlichen Herausforderungen aus Globalisierung und Digitalisierung konfrontiert sind. Sie alle könnten vom Austausch erfolgreich entwickelter Strategien zur Inwertsetzung ihrer mehrkulturellen Ressourcen profitieren.

Die Lausitz ist durch sorbische Aktivitäten bereits grenzüberschreitend verflochten. Es werden vielseitige Beziehungen sorbischer Akteurinnen und Akteure, Organisationen und Institutionen im deutsch-slawischen Kontaktraum gepflegt. Darüber hinaus ist die Lausitz etwa über die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten fest eingebunden in ein Netz europäischer Minderheitenregionen. Überall haben angestammte, historisch im ländlichen Raum verwurzelte Minderheiten ähnliche Erfahrungen mit der Industrialisierung, Modernisierung und zunehmenden räumlichen Entflechtung der Lebensräume gesammelt. Sie entwickeln dabei unterschiedliche Strategien, um ihre Minderheitensprache und -kultur auch für die Zukunft lebendig und lebensfähig zu halten. Das umfasst auch die Entwicklung von Perspektiven gerade für jüngere Generationen, auch urbane, als modern konnotierte Lebensperspektiven zu entwickeln. Mit Cottbus/Chóšebuz verfügt die Lausitz über eine Großstadt und ermöglicht das Verbleiben im sorbischen regionalen Kontext, ohne dafür zwingend in benachbarte Großstadtbeziehungsweise Metropolregionen wie Berlin, Leipzig oder Dresden abwandern zu müssen. Die über die Vernetzungen gesammelten Erfahrungen können in der Lausitz ebenfalls eingesetzt werden: Durch die Positionierung als Mo-

¹⁶ Vgl. etwa Sophie Herwig, „Scheiß Sorben“, brüllen sie, 3.2.2019, www.zeit.de/2019/06/rechtsextremismus-sachsen-sorben-slawische-minderheit-opfer-angriffe.

dellregion europäischer Minderheitenpolitik im slawisch-deutschen Kontaktraum können Einheimische, Zurückkehrende und Neuzuziehende die Region Lausitz neu entdecken. International könnten die Lausitzer Erfahrungen und Prozesse ein attraktives Transfergut sein. Von konkretem Interesse für andere Minderheitenregionen und Länder sollte dabei die Gestaltung des slawisch-deutschen (sowohl sorbischen als auch polnischen und tschechischen) Miteinanders, das Ausprobieren verschiedener Wege der politischen, kulturellen und sozialen Partizipation von Minderheiten und schließlich die Umsetzung gefundener Lösungen sein.

FAZIT

Die Lausitz als sorbisch-deutsch-polnisch-tschechische Region umfasst das sorbische Siedlungsgebiet in historischer und aktueller Ausprägung. Eine durch das Miteinander von Mehr- und Minderheiten geprägte Region ist nicht nur als touristisches Ziel attraktiv. Die sozialen, interkulturellen und mehrsprachlichen Kompetenzen sowie

die politisch-gesellschaftlichen Ressourcen einer solchen Region können als weicher wirtschaftlicher Standortfaktor relevant sein. Darüber hinaus können sie aber auch Ansatzpunkt intensiven internationalen Wissens- und Praxistransfers für Minderheitenpolitik sein, wo sich die Lausitz als europäische, gegebenenfalls auch darüber hinaus reichende, innovative Region für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen eines Strukturwandels im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung profilieren kann.

FABIAN JACOBS

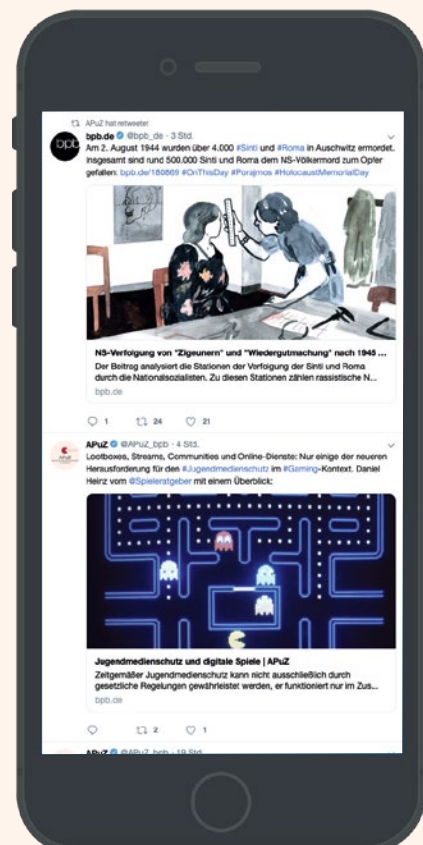
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Kulturwissenschaften am Serbski institut/Sorbischen Institut in Budyšin/Bautzen.
fabian.jacobs@serbski-institut.de

MĚTO NOWAK

ist Referent des Landesbeauftragten für Angelegenheiten der Sorben/Wenden im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.
meto.nowak@mwfk.brandenburg.de

Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei Twitter!



VERWAISTES ERBE

Die Lausitz und die sorbische Kultur in Polen

Anna Kurpiel

Kulturen sind grenzübergreifende Gebilde, sie bestehen über Staatsgrenzen hinweg.⁰¹ Von Hand zu Hand oder auch Mund zu Mund weitergegeben, bewahren sie sich ihre besonderen Merkmale unter verschiedenen Regierungen und ungeachtet politischer und administrativer Einheiten. Ähnlich verhält es sich mit Regionen innerhalb eines Staates, die häufig von Verwaltungsgrenzen durchschnitten werden. Eine Folge ist, dass die voneinander getrennten Teile sich unterschiedlich entwickeln, es ergibt sich daraus aber auch die Möglichkeit eines grenzüberschreitenden Dialogs, einer grenzübergreifenden Kooperation.

Eine solche von Grenzen durchzogene Region ist die Lausitz (polnisch: Łużyce).⁰² Sie unterteilt sich in zwei Gebiete, die Ober- und die Niederlausitz (polnisch: Górne/Dolne Łużyce), in denen eine westslawische Minderheit lebt, die Sorben beziehungsweise die Wenden.⁰³ Sie bedienen sich zweier unterschiedlicher Dialekte der sorbischen Sprache, des Obersorbischen und des Niedersorbischen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dem Staatsgebiet Polens (damals der Volksrepublik Polen) ein Teil der Region zugeordnet. In diesem gab es jedoch bald keine ursprünglichen Einwohner mehr, die das kulturelle Erbe der Region hätten pflegen und Elemente der Lausitzer Kultur an zukünftige Generationen weitergeben können.

In diesem Beitrag befasse ich mich vor allem aus heutiger polnischer Perspektive mit der Lausitz und ihrer Kultur. Ich zeige die Entwicklung des sorabistischen Diskurses in Polen auf und stelle Überlegungen zum gegenwärtigen Wissensstand bezüglich dieser Region an. Das Wissen über die Lausitz könnte in vielen unterschiedlichen Formen wirksam eingesetzt werden – im Branding, bei aktivierenden und identitätsstiftenden Maßnahmen oder auch als Element einer deutsch-polnischen grenzübergreifenden Kooperation.

GRENZREGION

Die Lausitz wird häufig als „Grenzregion“ bezeichnet, mit den Lausitzer Sorben als nationale Minderheit. Die Festschreibung der „Grenznähe“ besitzt viele Dimensionen, die leicht zur Banalisierung des Begriffs führen können. Wie die Anthropologin Agnieszka Pasięka bemerkt, ist „der Terminus der ‚Grenznähe‘ (...) zu einem der Begriffe geworden, die – wenn sie in den verschiedensten Kontexten ge- oder vielmehr missbraucht werden – ihren analytischen Wert verlieren, ja mitunter sogar sinnentleert erscheinen“.⁰⁴ Um dem vorzubeugen, führt sie weiter aus, sei es „vonnöten, grenznahe Regionen als in einer konkreten Zeit und einem konkreten Raum angesiedelte Orte“ zu begreifen, denn „nur ein solcher Standpunkt gestattet es, den gesellschaftspolitischen Kontext, den Einfluss der Politik und die Reaktion der Bewohner dieser Regionen darauf zu beachten, und sich auch der Frage der Ungleichheit, der Diskriminierung und der Marginalisierung zu widmen“.⁰⁵

Was bedeutet der Begriff der Grenznähe für die Sorben? Ein Aspekt hierbei ist sicherlich der ethnische. Die Sorben galten jahrhundertlang als die westlichste „Bastion des Slawentums“; in diesem Kontext werden sie häufig als „eine slawische Insel im deutschen Meer“⁰⁶ bezeichnet. Viele Autoren betonen die Stärke und Widerstandskraft der sorbischen Minderheit, die trotz aller widrigen Umstände und jahrelanger Versuche der Zwangsgermanisierung fortbestand und sich ihre Traditionen, darunter auch die Sprache, bewahrt hat.

Wie die Sorabistin Nicole Dołowy-Rybińska bemerkt, fehlen dieser Enklave in der heutigen Welt feste Grenzen: „Die Sorben sind keine einsame Insel mehr. Auf den ersten Blick unterscheidet sie nichts von ihren Nachbarn; sie tragen die gleiche Kleidung, sehen die gleichen Fernsehprogramme, hören die gleiche Musik, arbeiten

in den gleichen Institutionen. Manchmal könnte man meinen, sie führten ein Doppelleben – in einem bestimmten Lebensbereich sind sie Sorben, in anderen Situationen werden sie zu Deutschen.⁰⁷ Diese Tendenz ergibt sich vor allem aus dem Wandel unserer heutigen Welt, aus den Prozessen der Globalisierung und aus der größeren sozialen Mobilität, sowohl im vertikalen als auch im räumlichen Sinne. Pasięka diagnostiziert in grenznahen Regionen vielfältig abgestufte soziale Beziehungen, die bisweilen eine Vielzahl von Einzel- und Gruppenidentitäten entstehen ließen; diese grenzüberschreitenden oder grenznahen Beziehungen bezeichnet sie treffend als „hierarchischen Pluralismus“.⁰⁸ Der Begriff der „multikulturellen Grenzregion“ sei eine Tautologie und werde allzu häufig missbräuchlich verwendet. Ihre eigenen Studien zeigten, dass „die Vielfalt“, die es in grenznahen Regionen gebe, stattdessen „mit dem tief verinnerlichten Bewusstsein einhergeht, welche der Gruppen die dominierende und normsetzende ist“.⁰⁹ Im Fall der deutsch-sorbischen Beziehungen gebe es keinen Zweifel, dass die Sorben jahrelang die abhängige Minderheit gewesen seien.

Ein weiterer Aspekt, der bei grenznahen Regionen eine Rolle spielt, ist der administrative, das heißt vor allem die Staatszugehörigkeit.¹⁰

01 Vgl. etwa Arjun Appadurai, *Modernity at Large: Cultural Dimensions of Globalization: Cultural Dimensions in Globalization*, Minneapolis 1996; Zofia Sokolewicz, *Jedność w różnorodności. Europa zintegrowana wobec Europy regionów*, in: Anna Weronika Brzezińska/Jacek Schmidt (Hrsg.), *Regiony i regionalizmy w Europie*, Wrocław 2014, S. 15–34.

02 Die Sorben bezeichnen sich auf Obersorbisch als *Łužicy Serbja*, auf Niedersorbisch als *Łužyske Serby*. Ober- und Niederlausitz heißen auf Obersorbisch *Hornja Łužica* und *Delnja Łužica*, auf Niedersorbisch *Górna Łužyca* und *Dolna Łužyca* (Anm. d. Übers.).

03 Siehe auch den Beitrag von Fabian Jacobs und Měto Nowak in diesem Beitrag (Anm. d. Red.).

04 Agnieszka Pasięka, *Jak uratować pogranicze? O teoretycznych modach i metodologicznych pułapkach*, in: *Wielogłos Pismo Wydziału Polonistyki UJ* 2/2016, S. 125–144, hier S. 126.

05 Ebd., S. 141.

06 Nicole Dołowy-Rybińska, *Łużyczanie, Niemcy, obywatele świata? – przenikanie się języków i kultur na łużyczach XXI wieku*, in: *Zeszyty Łużyckie* 44/2010, S. 38–53, hier S. 40.

07 Ebd.

08 Pasięka (Anm. 4), S. 137.

09 Ebd., S. 138.

10 Die verwaltungstechnische Teilung setzt sich innerhalb der Staaten fort: In Deutschland fällt das Gebiet der Lausitz unter die Verwaltung zweier Bundesländer – (Sachsen und Brandenburg), in Polen verteilt es sich auf zwei Woiwodschaften – (Niederschlesien und Lebus).

Das Gebiet der Lausitz gehörte und gehört seit dem Zweiten Weltkrieg zu mehreren Staaten: DDR, Bundesrepublik Deutschland und Polen (bis 1989 Volksrepublik Polen). Die Teilung der Lausitz durch eine Staatsgrenze hatte schwerwiegende und unumkehrbare Konsequenzen für die Entwicklung der Region und vor allem für die dort lebende Bevölkerung. Den Sorben, die sich auf der polnischen Seite der Grenze wiederfanden, widerfuhr das gleiche Schicksal wie der deutschen Bevölkerung: Sie wurden gezwungen, ihre *domowina*, ihre Heimat, zu verlassen und nach Deutschland überzusiedeln.¹¹ An ihrer Stelle wurden Polen aus dem ganzen Land angesiedelt, unter anderem aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, den sogenannten *Kresy*, die heute zur Ukraine und Weißrussland gehören. Um die Vorgabe zu erfüllen, die neuen polnischen Westgebiete mit dem Rest des Landes zu verschmelzen, wurden deren neue Bewohner – Anhänger der verschiedensten Kulturen und Bräuche – einer strengen kulturellen Homogenisierung unterzogen. Der nach dem Krieg geltende politische Mythos sprach nämlich nicht von einer Angliederung, sondern von der Rückkehr des „Piastenlandes“, der „Wiedergewonnenen Gebiete“ nach Jahren der Unfreiheit. Die Siedler aus Ost- und Zentralpolen sollten als „Repatrianten“ gelten, die in die westlichen Gebiete als ihre angestammte Heimat zurückkehrten. Aus diesem Grund wurde die Vorkriegsgeschichte der Westgebiete und ihrer damaligen Bewohner in Polen jahrelang verheimlicht und geleugnet.

In der DDR wiederum genossen die Sorben zwar den Status „einer musterhaften, geförderten und staatlich unterstützten Minderheit“,¹² sie zahlten aber dafür den Preis einer Folklorisierung ihrer Kultur, die wie in einem Freilichtmuseum ausgestellt und in Opposition zum modernen (ost)deutschen Lebensstil gesetzt wurde.

Heute verbindet beide Seiten der Grenze eine relativ schwierige wirtschaftliche Situation, die die massenhafte Abwanderung der Bevölkerung zur Folge hat – aus Polen Richtung Deutschland,

11 Vgl. Krzysztof Mazurski, *Łużyczanie po II wojnie światowej we Wrocławiu i w Polsce*, in: Jerzy Tomasz Nowiński (Hrsg.), *Łużyce – bogactwo kultur pogranicza: materiały z Ogólnopolskiego Sejmiku Krajoznawczego*, Żary 2000, S. 25–29.

12 Nicole Dołowy-Rybińska, *Języki i kultury mniejszościowe w Europie: Bretończycy, Łużyczanie, Kaszubi*, Warszawa 2011, S. 221.

und innerhalb Deutschlands in westlicher gelegene Bundesländer. Im deutschen Teil der Lausitz leiden die Gemeinschaft und die zwischenmenschlichen Verbindungen darunter, die Region entvölkert sich, und es entsteht eine Kluft zwischen den Generationen, was die Weitergabe der sorbischen Traditionen und Bräuche erschwert. Im polnischen Teil herrscht aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage ein mangelndes Interesse am kulturellen Erbe der Region; viele Menschen im arbeitsfähigen Alter und auch aus der intellektuellen Elite wandern ab, eine Überalterung der Gesellschaft ist die Folge.

DIE POLNISCHE LAUSITZ

In Polen wurde die von der neuen Grenze durchschnitene Lausitz in den ersten Nachkriegsjahrzehnten kaum thematisiert. Das hatte vor allem politische Gründe, wie der Literaturwissenschaftler Wojciech Browarny bemerkt. In der Volksrepublik habe man den Namen „Łużyce“ als Bezeichnung für das Gebiet „zwischen Kwis und Nysa Łużycka“ tunlichst vermieden, um den – trotz allem – verbrüdereten Nachbarn nicht zu kränken oder des Irredentismus¹³ bezichtigt zu werden.¹⁴ Eben daher rührt die Verbreitung anderer Bezeichnungen für dieses Gebiet mit seiner komplexen Identität und Geschichte, das heute den – umstrittenen – Namen Województwo lubuskie (Woiwodschaft Lebus) trägt und dadurch eine fälschliche Gleichsetzung mit der Ziemia Lubuska, dem Lebuser Land, erfährt.

Erst Mitte der 1970er Jahre erwachte das Interesse an der Lausitz. Zu verdanken ist dies dem Regionalkundler und aktiven Mitglied der Polnischen Gesellschaft für Touristik und Landeskunde Krzysztof R. Mazurski, der vorschlug, das Gebiet „Łużyce Wschodnie“ („Ostlausitz“) zu nennen. Seinen Standpunkt illustrierte er mit folgenden Worten: „Denn man muss es sich klar und deutlich sagen: Auch wenn es hier keine Łużycanie [Lausitzer (mit demselben Begriff werden im Polnischen die Sorben bezeichnet; *Anm. d. Übers.*)]

mehr gibt, so gibt es doch die Łużyce [Lausitz], ebenso wie es Kujawy, Masowsze oder Wielkopolska gibt – auch ohne Kujawianie oder Masowszanie.“¹⁵

Mazurskis Wirken und der von ihm geprägte Begriff „Łużyce Wschodnie“ ließen im Gebiet zwischen Nysa Łużycka und Kwis eine aktive regional- und landeskundliche Bewegung entstehen – deren Aktivitäten sich natürlich auf den Rahmen des Möglichen beschränkten, stand doch die damalige polnische Regierung jeglichen regionalen Bewegungen ablehnend gegenüber. Die Historikerin Małgorzata Ruchniewicz bemerkt, dass „während der ganzen Zeit der Volksrepublik Polen keine besonders förderliche Atmosphäre für die Entwicklung des Regionalismus herrschte“, während zugleich „ein geschichtliches Tabu verhinderte, dass die Geschichte – sowohl der Aspekt der deutschen Vergangenheit als auch die Vergangenheit der polnischen Bevölkerung – zur Gänze erfasst und durchdrungen wurde. Regionale Themen wurden im Schulunterricht stiefmütterlich behandelt“.¹⁶ Das hat sich bis heute nicht geändert, zumindest was die formale Bildung betrifft.

Das größte Interesse an der Region „Ostlausitz“ zeigte in den 1980er und 1990er Jahren ein landeskundliches Zentrum in Wrocław. Die dortigen Landeskundler gaben der neu gebildeten Bezeichnung einen Inhalt, indem sie wissenschaftliche oder populärwissenschaftliche Artikel zu dem Thema veröffentlichten. Doch auch im grenznahen Raum erlebten die regionalistische Bewegung und der Fremdenverkehr einen Aufschwung, was sich größtenteils auf die günstigere politische Situation zurückführen ließ: Die Überquerung der polnisch-deutschen Grenze war erleichtert worden, es genügte der Personalausweis. Von 1984 bis 1989 erschien die Zeitschrift „Lubskie Zeszyty Historyczne“ („Lubskoer Historische Hefte“) herausgegeben von dem bekannten Regionalkundler Mieczysław Wojecki. 1984 gründete sich in Działoszyn eine Gruppe namens „Łużycanie“,

¹³ Als „Irredentismus“ wird der Anspruch und das Ziel bezeichnet, die eigene Ethnie in einem Staatsgebiet zusammenzuführen (*Anm. d. Red.*).

¹⁴ Wojciech Browarny, *Historie odzyskane: literackie dziedzictwo Wrocławia i Dolnego Śląska*, Wrocław 2019, S. 270f.

¹⁵ Ebd., S. 267.

¹⁶ Małgorzata Ruchniewicz, *Budowa kłódzkiej tożsamości regionalnej jako zadanie czasopisma „Ziemia Kłodzka“ w latach 90. XX w.*, in: Joanna Nowosielska-Sobel (Hrsg.), *Dolnoślązacy? Kształtowanie tożsamości mieszkańców Dolnego Śląska po II wojnie światowej*, Wrocław 2007, S. 61–71, hier S. 63.

im selben Jahr fand in Lubsko die erste sorabistische Sitzung statt. Polnische Sorabisten und Regionalkundler traten in Kontakt mit der Domowina, dem Bund der Lausitzer Sorben in Deutschland.

WISSENSCHAFTLICHER UND INSTITUTIONELLER DISKURS

Seit die Lausitz in den 1970er Jahren als Thema wiederentdeckt wurde, hat sich in Polen im regionalkundlichen und wissenschaftlichen Bereich viel getan. Insbesondere das Institut für West- und Südslawistik der Universität Warschau ist hier zu nennen, an dem seit 1990 die Zeitschrift „Zeszyty Łużyckie“ („Lausitzer Hefte“) erscheint, in der Wissenschaftler aus Polen und anderen Ländern in slawischen Sprachen, auch auf Ober- und Niedersorbisch, Artikel zur Sprachwissenschaft, zur Geschichts- und Kulturwissenschaft oder aus dem Bereich Soziologie veröffentlichen.¹⁷ Des Weiteren umfasst die Zeitschrift ein „Literarisches Forum“, in dem literarische Werke in sorbischer Sprache sowie Übersetzungen ins Sorbische vorgestellt werden, sowie eine „Chronik“ der wichtigsten Ereignisse rund um die Lausitz, die Lausitzer Regionalkunde und die Sorabistik.

Ein weiteres sehr aktives sorabistisches Zentrum befindet sich in Opole, wo 2004 die polnisch-sorbische Gesellschaft Pro Lusatia gegründet wurde. Sie ist nicht nur verlegerisch tätig – ihre wichtigste Publikation ist das regionalkundliche Jahrbuch „Pro Lusatia. Opolskie Studia Łużycoznawcze“,¹⁸ das auch regelmäßig die „Dni Łużyckie“, die „Lausitzer Tage“, sowie andere kulturelle oder wissenschaftliche Veranstaltungen organisiert. Als oberste Ziele hat sich Pro Lusatia gesetzt, „1. Wissen über die Geschichte, Kultur und Gegenwart der sorbischen und der polnischen Nation zu verbreiten, 2. die öffentliche Meinung im Sinne eines polnisch-sorbischen gegenseitigen Interesses und einer Annäherung zwischen Polen und Sorben mitzugestalten, 3. darauf hinzuwirken, dass nationale Minderheiten respektiert und ihre Rechte geachtet werden, insbesondere das Recht auf

die Kultivierung der Muttersprache und ein eigenes Schulwesen“.¹⁹

Bei der Erforschung der Lausitz und der Verbreitung von Wissen über die Region spielen auch Museen auf beiden Seiten der Grenze eine bedeutende Rolle. Auf polnischer Seite gibt es seit 2007 das Muzeum Łużyckie in Zgorzelec, das auf eine Initiative des polnischen Vereins Euroopera zurückgeht, Bildungsveranstaltungen anbietet und Öffentlichkeitsarbeit betreibt, indem es Ausflüge, Vorträge und Picknicks für Zielgruppen aller Altersstufen organisiert.

Das Thema Lausitz in all seinen Facetten – sei es die Ober-, die Nieder- oder auch das künstliche Konstrukt der polnischen „Ostlausitz“ – wird, so lässt sich festhalten, heute von polnischen Experten an verschiedenen Wissenschaftszentren recht umfassend erforscht und bearbeitet.

DISKURSE IN DER BREITEREN BEVÖLKERUNG

Am Fall Lausitz zeigt sich allerdings ein spezifisches Ungleichgewicht – eine zahlenmäßige Diskrepanz zwischen der kleinen Gruppe derjenigen, die sich für den Gegenstand interessieren und aktiv werden, und dem Rest der Gesellschaft, der der Möglichkeit zu Beteiligung und Wissenserweiterung passiv gegenübersteht. Die polnisch-sorbischen Kontakte und das Wissen der Menschen in Polen über die Lausitz stellen sich nicht viel anders dar als die polnisch-deutschen grenzübergreifenden Kontakte. Eine Forschungsgruppe an der Universität Zielona Góra hat aufgezeigt, dass diese Kontakte seltener sind, als es angesichts der Nähe zur Grenze und deren Öffnung bei Polens EU-Beitritt 2004 anzunehmen wäre. Dieser Mangel an Interesse wird vor allem bei kulturellen Aktivitäten sichtbar, jedoch auch beim Handel – was eine Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Region im Allgemeinen sein könnte.²⁰ Auch die Soziologen Dorota Szaban und Krzysztof Lisowski weisen in einem Beitrag mit dem vielsagenden Titel „Open Borders – Closed Minds“ auf das mangelnde gegen-

¹⁹ Siehe <https://prolusatia.pl>.

²⁰ Vgl. Beata Trzop, *So Close and Yet So Far ... Lubuskie Inhabitants on the Relations with Their German Neighbours*, in: Elżbieta Opilowska/Jochen Roose (Hrsg.), *Microcosm of European Integration. The German-Polish Border Regions in Transformation*, Baden-Baden 2015, S. 151–166.

¹⁷ Siehe <http://slawistyka.uw.edu.pl/pl/badania/zeszyty-luzyckie>.

¹⁸ Vgl. Bożena Itoya, „Pro Lusatia“ – nowa nadzieja polskiej sorabistyki, in: *Zeszyty Łużyckie* 43/2009, S. 251–259.

seitige Interesse zwischen jungen Menschen in den polnischen und den deutschen grenznahen Regionen hin.²¹

Ein häufig genannter Grund für das beiderseitige Desinteresse ist die hohe Sprachbarriere zwischen beiden Nationen, die an den anderen polnischen Grenzen (zur Slowakei, Tschechien, Belarus oder der Ukraine) nicht so ausgeprägt ist. Diese Barriere bräuchte aber die polnisch-sorbischen Kontakte nicht zu beeinträchtigen, gehören doch das Polnische wie auch das Sorbische zu den westslawischen Sprachen. In diesem Fall scheint die Ursache eher darin zu liegen, dass die Menschen in Polen nach wie vor nur wenig über die benachbarte sorbische Minderheit wissen und die Sorben mit Deutschen gleichsetzen – wie es auch bei den Zwangsaussiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg geschah.

Meine eigenen Studien, insbesondere das Projekt „Zespoły ludowe – laboratorium etnograficzne“ („Folkloregruppen – ein ethnographisches Laboratorium“),²² bestätigen diese Beobachtung. Von den 24 befragten Laienfolkloregruppen aus ländlichen Gegenden in der Woiwodschaft Lebus (Landkreis Żagan, Żary, Ślubice, Międzyzysie, Zielona Góra, Gorzów) nahmen ganze drei, meist in negativ abgrenzender Weise, Bezug auf die Lausitz und deren Geschichte. In allen drei Fällen stand dies im Kontext der Identitätssuche, denn schließlich ist die eigene Identität verknüpft mit der Identität der Region und der Art, wie diese sich ausdrückt – zumeist durch die Volkstracht oder andere als traditionell wahrgenommene Elemente. In ihrem Schaffen aber verwendeten keine der Gruppen lausitzbezogene oder sorbische Elemente. Diese Entscheidung wurde vor allem mit der Andersartigkeit der Sorben begründet:

„Wir sind hier für die Lausitz. Aber als wir nach einer Volkstracht gesucht haben oder so etwas, da sind die Sorben dann doch weiter entfernt – das ist nicht so typisch bei uns in Przewóz. Die sorbische Tracht konnten wir nicht nehmen. Die stand uns nicht zu. Wir haben extra nachgefragt. Wir sind gar nicht mit den Sorben verbunden, also können wir ihre Volkstracht auch nicht nehmen, denn wir haben nichts mit ihnen zu tun. Wir sind

*die Fremden hier. Wir sind diejenigen, die hergezogen sind.“*²³

Interessanterweise treten solche Bedenken in Niederschlesien nicht auf, wo die traditionelle, wie in der Vorkriegszeit gestaltete niederschlesische Tracht sich nicht nur größter Beliebtheit erfreut, sondern den so gekleideten Folkloregruppen sogar ein gewisses Renommee verleiht.

Auch wenn also die Lausitz und die Sorben in Polen oberflächlich bekannt sind, etwa durch Ausflüge und Tagesfahrten über die deutsche Grenze, wird doch eine mangelnde Bereitschaft ersichtlich, sich näher mit dem Thema zu befassen. Im folgenden Zitat setzt ein Mitglied der Folkloregruppe Jarzębina aus Sieniawa Żarska die Sorben mit den Deutschen gleich und bezeichnet die sorbische Volkstracht als „hässlich“:

*„Hier gab es früher vor allem die sorbische Volkstracht. Die sorbische. Denn hier sind die Deutschen. Und die wollten uns immer zeigen, dass hier die sorbische Tracht typisch ist. So dunkle Farben, hässlich! Ich finde die wirklich überhaupt nicht schön! Hier laufen immer noch viele deutsche Frauen herum, wenn ich manchmal nach Deutschland fahre, hier in den Spreewald, mein Mann und ich fahren oft nach Lübbenau zum Kanufahren (...), das sollten Sie mal ausprobieren! (...) Und da haben die sich noch ihre alten Traditionen bewahrt. Ich habe es gesehen, wir waren schon ein paar Mal dort.“*²⁴

Die Mitglieder der Folkloregruppen gaben des Weiteren an, dass die Architektur in ihrer Gegend – auf der polnischen Seite der Grenze – „keine sorbischen Elemente“ enthalte. Dass die sorbische Minderheit auch hier eine Vergangenheit besitzt, ist ihnen gleichgültig; sie beziehen sich lieber auf die mittelpolnischen Traditionen, vor allem aus der Region Krakau.²⁵

Den Arbeiten von Sorabisten lässt sich entnehmen, dass die Situation sich auf deutscher Seite ähnlich darstellt: Es herrscht eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Engagement einiger Sorben oder auch Deutscher und der Gesamtheit der Sorben und der sorbischen Behörden vor Ort, denen nicht selten die wirtschaftliche Lage wich-

²¹ Dorota Szaban/Krzysztof Lisowski, Open Borders – Closed Minds. Lubusz Youth on Their Relations with Germans, in: Opilowska/Roose (Anm. 20), S. 167–178.

²² Siehe <http://fundacja.wazka.org/projekty/9,-Zespoły-ludowe-laboratorium-etnograficzne.html>.

²³ Interview mit der Folkloregruppe Margaretki, Przewóz 2015.

²⁴ Interview mit der Folkloregruppe Jarzębina, Sieniawa Żarska 2015.

²⁵ Interview mit der Folkloregruppe Gościeszanki, Gościeszkowice 2015.

tiger ist als der Erhalt ihrer Identität. Die niedersorbische Sprache ist im Aussterben begriffen,²⁶ die grenznahe Region entvölkert sich,²⁷ dennoch sind viele wichtige Initiativen zur Erhaltung und Pflege der sorbischen Kultur unterfinanziert – wie beispielsweise das Sprachlernprogramm „Witaj“. „Auf Interesse stoßen die Sorben, ihre Sprache, ihre Kultur vor allem bei den deutschen Intellektuellen. Manche haben die sorbische Sprache aus eigener Initiative so fließend erlernt, dass selbst die Sorben erstaunt sind – so ist es etwa bei Professor Eduard Werner, der beide sorbischen Sprachen ausgezeichnet beherrscht. Er leitet das Institut für Sorabistik der Universität Leipzig, den einzigen Ort weltweit, an dem man Niedersorbische oder Obersorbische Philologie studieren kann.“²⁸

Und so liegt die Zukunft der sorbischen Kultur vor allem in den Händen einiger weniger Enthusiasten und Wissenschaftler, die nicht aus der Gruppe der Sorben selbst, ja nicht einmal aus der grenznahen Region stammen – das beste Beispiel hierfür ist wohl die Gründung einer Sorabistik in Warschau.

POTENZIAL FÜR IDENTITÄTSBILDUNG UND GRENZÜBERGREIFENDE KOOPERATION

Mazurkiewicz's Feststellung, dass auf der polnischen Seite der Grenze die Lausitz als Gebiet existiere, auch wenn es dort keine Volksgruppe der Łużyczanie mehr gebe und demzufolge keine Kraft, die eine regionale Identität schaffen könnte, weist auch auf eine Leerstelle, eine Lücke hin, die den Charakter der Region deutlich beeinflusst. Das Fehlen der sorbischen Bevölkerung hat eine hohe Bedeutung für die Entwicklung der Region, für ihre – zurzeit – schwer greifbare Identität. Unterbrochen wurde vor allem die Kontinuität in der Übermittlung von Kultur, Sprache und Brauchtum der Sorben. Anstelle der Sorben siedelte sich eine Bevölkerung

aus vielen verschiedenen Orten Polens an, der es nicht gelungen ist, eine in sich geschlossene, „neue“ Tradition zu schaffen. Im Kontext jener Leere, jener Abwesenheit ließe sich das sorbische kulturelle Erbe in Polen als „verwaist“ bezeichnen, nach einem Begriff, den der britische Archäologe Jon Price geprägt hat: *orphan heritage*. Von einem „verwaisten Erbe“ spricht man, wenn dieses Erbe sich in räumlicher Entfernung von den wahren Erben befindet. Die neuen Erben können es zerstören oder plündern – oder aber es wertschätzen und in den Entstehungsprozess eines neuen lokalen Erbes einbinden.²⁹ Das materielle Erbe der Sorben im polnischen Gebiet der Lausitz wurde jahrelang marginalisiert und vernachlässigt, vor allem die Häuser überließ man dem Verfall. Sorbische Ortsnamen wurden – so wie alle Ortsbezeichnungen in den sogenannten Wiedergewonnenen Gebieten – in polnische umgewandelt. Wie die niedersorbische Aktivistin Maria Elikowska-Winkler treffend feststellt, hat dieses Vorgehen dazu geführt, „dass ein für Wissenschaftler überaus wertvolles Denkmal und Zeugnis der geschichtlichen Wurzeln verloren ging und dass der ethnische und kulturelle Charakter der Region verblasste“.³⁰ Die verwischte Identität der Region war infolgedessen unleserlich auch für die lokale Bevölkerung – und vor allem für die neu zugezogenen Siedler.

Die Lausitz und der Lausitz-Bezug werden manchmal im Sinne eines Brandings zu Werbezwecken genutzt – etwa im Fall von Żary, das sich als die „Hauptstadt der polnischen Lausitz“ bezeichnet. Auf der Internetseite der Stadt liest man: „Żary ist die größte Stadt im polnischen Teil der Lausitz, der sich von Bogatynia bis Gubin erstreckt, und verdient daher den Namen ‚Hauptstadt der polnischen Lausitz‘.“³¹ Dieser Slogan ist allerdings einigermaßen bedeutungsleer, folgen ihm doch keinerlei weiteren Bestrebungen, die Erinnerung an die ehemaligen Bewohner wieder aufleben zu lassen oder der grenznahen Region eine neue Identität zu geben. Auf der Website von Żary ist weder eine regio-

²⁶ Vgl. Tadeusz Lewaszkiewicz, *Dolnołużycki i górnołużycki – języki zagrożone czy wymierające?*, in: *Pro Lusatia* 14/2015, S. 37–53.

²⁷ Vgl. Dołowy-Rybińska (Anm. 12).

²⁸ Łukasz Adamski/Mikołaj Maśluk, *Ostatni Łużyczanie walczą o przetrwanie*, in: *Gazeta Wyborcza*, 6.6.2005, abrufbar unter www.prolusatia.pl/ksiaznica/prasa-o-luzyczach/128-ostatni-luzyczanie-walcza-o-przetrwanie.html.

²⁹ Jon Price, *Orphan Heritage: Issues in Managing the Heritage of the Great War in Northern France and Belgium*, in: *Journal of Conflict Archaeology* 1/2005, S. 181–196.

³⁰ Maria Elikowska-Winkler, *Język i kultura serbolużycka na wschodzie Dolnych Łużyc*, in: *Zeszyty Łużyckie* 44/2010, S. 58.

³¹ Siehe www.zary.pl/pl/87/stolica_polskich_luzyc.

nale Charakteristik zu finden, noch weisen bestimmte Ereignisse oder Objekte auf eine eigene Identität der „polnischen Lausitz“ hin.

Auch einige NGOs beziehen sich auf die Region Lausitz – in diesen Fällen geht der Werbecharakter allerdings mit tatsächlichen Überlegungen zur Identität und zur Geschichte der Region einher. Ein Beispiel dafür ist die Lokalna Grupa Działania – Grupa Łużycka („Lokale Aktionsgruppe – Lausitzer Gruppe“) aus Lubsko, die unter anderem eine Landkarte des polnischen Teils der Lausitz herausgegeben hat, auf der wichtige historische Orte und Ereignisse beschrieben sowie bedeutende Persönlichkeiten genannt sind. Die Karte umfasst den regionalen Wirkungskreis der Gruppe, die Gemeinden Brody, Gubin, Jasień, Lipinki Łużyckie, Lubsko, Łęknica, Trzebiel und Tuplice.³²

Derartige Aktionen fördern sicherlich den Bekanntheitsgrad der Gegend, darüber hinaus haben sie aber eine nicht zu unterschätzende identitätsstiftende Bedeutung für die Region, die ihre ursprünglichen Bewohner verloren hat. Das Potenzial wird auch in der grenzübergreifenden Kooperation nicht zur Gänze ausgeschöpft. Natürlich arbeiten die wichtigen sorabistischen Zentren sowie deutsche und polnische Museen zusammen – das aber ist in der heutigen Zeit ohnehin eine Selbstverständlichkeit, besonders in Polens West- und Nordgebieten. Das Thema Lausitz wird jedoch nicht breiter erkundet, beispielsweise im Rahmen einer Regionalbildung, dabei würde dies für Kinder und Jugendliche auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze die Chance erhöhen, einander kennenzulernen und besser zu verstehen. Auch werden die Lausitz und die Sorben innerhalb des formalen Bildungssystems beider Länder allenfalls als Randerscheinung behandelt.³³ In breiterem Maße nach außen getragen wird das Wissen über diese Region somit einzig von den Aktivisten aus NGOs, denn mit wissenschaftlichen Publikationen zum Thema lässt sich nur ein kleiner Empfängerkreis erreichen.

Trotz des lebhaften sorabistischen Diskurses in Polen und Deutschland und der Aktivitäten der Sorben vor Ort gibt es also noch eini-

ges zu tun. Das Thema Lausitz und Sorben birgt das Potenzial, den allgemeinen deutsch-polnischen Dialog zu fördern und zu stärken. Dank der grenzübergreifenden Lage der Region und der slawischen Abstammung der Sorben eröffnet sich ein Diskussionsfeld zum Thema dieses kulturellen Erbes, der Wege seiner Übermittlung und Strategien zu seinem Schutz. Fände das Wissen über die Lausitz und ihre sorbischen Bewohner Eingang in den Bildungskanon, so würde es sich auch in anderen Landesteilen verbreiten, während mit einer gezielten finanziellen Unterstützung für die Tätigkeit der NGOs eine regionale Aktivierung auf der Grundlage dieses – zwar manchmal schwierigen, aber dennoch gemeinsamen – deutsch-polnisch-sorbischen Erbes möglich wäre.

Aus dem Polnischen von Lisa Palmes, Berlin.

ANNA KURPIEL

ist promovierte Ethnologin und Kulturanthropologin und als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialwissenschaften des Willy Brandt Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław beschäftigt.

anna.kurpiel@uwr.edu.pl

³² Die Karte zum Herunterladen unter www.grupaluzicka.pl/files/2018/10/24/Mapa_LOW.pdf.

³³ Außer natürlich in den größeren sorbischen Zentren in Deutschland, wie in Cottbus/Chóšebuz und Bautzen/Budyšin, wo es sorbische Gymnasien gibt.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. Januar 2020

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink
Michael Ibrahim-Sauer (Praktikant)
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
8–10/2020, 17. Februar 2020
HONGKONG



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz